



Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Signatur

D 2822

Denkschrift

über die

zur Förderung der Landwirthschaft in den letzten Jahren
ergriffenen Maßnahmen.



12959

Berlin.

Buchdruckerei „Die Post“.

1896.

C.7335



65332

„Die andauernd ungünstige Lage der Landwirthschaft nimmt fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit der Staatsregierung in Anspruch. Sie ist entschlossen, alle Mittel in Anwendung zu bringen, welche zur Abhilfe geeignet sind und eine Besserung der Lage dieses für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse so hochwichtigen Gewerbes gewährleisten.“

Diese Worte der Thronrede zur Eröffnung des Landtages vom 15. Januar d. Js., sowie die ganz ähnlichen Ausführungen der Thronreden vom 16. Januar 1894 und 15. Januar 1895, bezeichnen auch heute noch die Lage der Landwirthschaft und die Stellung, welche die Staatsregierung hierzu einnimmt. Man hat zwar die allgemeine Verbreitung ungünstiger Verhältnisse der Landwirthschaft mit dem Hinweis darauf bestreiten wollen, daß eine immerhin größere Anzahl von Landwirthen in einzelnen Gegenden auch jetzt noch ohne Verlust arbeitet. Allein zur Beurtheilung der allgemeinen Lage darf man sich nicht auf besondere Verhältnisse der unter ausnahmsweise günstigen Produktions- und Absatzbedingungen wirthschaftenden oder durch eine besondere fachliche Tüchtigkeit ausgezeichneten Personen berufen, man muß vielmehr die durchschnittliche Lage des Gewerbes und auch nur die durchschnittliche Befähigung der Landwirthe in Betracht ziehen. Bedeutsamer als jene Einzelbeobachtungen ist jedenfalls die zahlenmäßige Bestätigung der allgemein schwierigen Lage der Landwirthschaft in den Ergebnissen der Statistik, welche seit dem Jahre 1886 über die Aufnahme und Löschung von Realschulden geführt wird. Es ergibt sich aus dieser Statistik, daß in den ländlichen Gebietstheilen Preußens eine fortwährende Zunahme der Verschuldung stattfindet und daß der Ueberschuß der Eintragungen von Realschulden über die Löschungen im Durchschnitt der betreffenden 9 Jahre jährlich rund 175 Millionen Mark betragen hat. Wenn nun auch nicht selten Hypotheken ungelöscht bleiben, obwohl sie abbezahlt sind, so kommt dies doch einmal für diejenigen Theile des Staates, in welchen erst seit verhältnißmäßig kurzer Zeit Grundbücher bestehen, weniger in Betracht, und dann enthalten auch die nachgewiesenen Löschungen manche Posten, die in Wirklichkeit keine dem betreffenden Berichtsjahre zu Gute kommende Schuldentilgung bedeuten. Hierher gehören die gelegentlich der Grundbuchregulirung in den westlichen Provinzen bewirkten vielfachen Löschungen veralteter Eintragungen, die Löschungen der bei Zwangsversteigerungen ausgefallenen Posten, auch die Löschungen bei den Ankäufen der Ansiedelungskommission. Das statistische Bureau kommt bei Würdigung der verschiedenen Momente, auch der von einer Anzahl von Amtsgerichten gegebenen speciellen Auskünfte für das Berichtsjahr 1894/95 zu dem Ergebnisse, daß die Löschungsziffer wahrscheinlich höher ist, als die Ziffer der wirklichen Entlastung und demnach die buchmäßige Verschuldungszunahme vielleicht noch geringer ist, als die wirkliche. Die Zunahme der Verschuldung würde nur dann an Bedenklichkeit verlieren, wenn ihr eine entsprechende Werthsteigerung des Grund und Bodens oder eine mit dem Leihkapital bewirkte Schaffung neuer Werthe in Gebäuden und sonstigen Inventarstücken oder in durchgeführten Bodenverbesserungen gegenüberstände. Es mag dieser Fall bei dem städtischen Grundeigenthum mit seinen sich stets vermehrenden Werthen und Neuanlagen vorliegen, bei dem ländlichen Besitz trifft dies

im Allgemeinen nicht zu. Die Grund- und Bodenwerthe sind hier allermeist gefallen oder wenigstens stehen geblieben, sie würden noch mehr gefallen sein, wenn nicht das allgemeine Sinken des Zinsfußes, die Hoffnung auf bessere Zeiten und die vermehrte Nachfrage nach Grundbesitz Seitens solcher städtischer Elemente, denen es weniger um eine vortheilhafte Kapitalanlage, als um die mit dem Großgrundbesitz verbundene äußere Stellung zu thun ist, dem entgegen wirkten. Größere Neubauten und Vermehrungen des Inventars sind in den letzten Jahren auf dem Lande soviel wie möglich vermieden worden und auch die Ausführung von Verbesserungen des Grund und Bodens ist, soweit es sich nicht um Genossenschaften handelt, vielmehr die Kapital- und Kreditkräfte des Einzelnen in Anspruch genommen werden, bedenklich in's Stocken gerathen; man wird daher nicht fehlgehen in der Annahme, daß der größte Theil der Schuldenvermehrung nicht produktiven Anlagen, sondern der Deckung laufender Verpflichtungen gedient hat, also eine thatsächliche Verschlechterung der Vermögenslage der betreffenden Landwirthe bedeutet.

Ueber die Ursachen dieser beklagenswerthen Erscheinung kann kein Zweifel sein. Es ist zunächst das herrschende gesetzliche Erbrecht mit den gleichen Ansprüchen aller Kinder, welches vielfach zu einer zu starken Belastung des Grundbesitzes führt, so lange dieser in der Familie erhalten und in einer Hand vererbt werden soll. Auch beim Ankauf hat sich in der langen Zeit steigender Grundrente die Gewohnheit entwickelt, verhältnismäßig geringe Anzahlungen zu machen und große Restkaufgelber eintragen zu lassen. So lange wie die Landwirtschaft eine gute Rente abwarf, durfte man hoffen, diesen Verpflichtungen gerecht werden und sie durch allmähliche Abzahlungen ablösen zu können; jedes dauernde Sinken der Rente, welches den gleichzeitigen Rückgang des Zinsfußes übertraf, erschwerte die wirtschaftliche Lage ungemein und führte bei dem Mangel genügender Kapitalreserven nur zu leicht zu der Nothwendigkeit neuer Schuldaufnahmen, welche zur Deckung der Zinsverpflichtungen und zu sonstigen laufenden Ausgaben Verwendung fanden. Das thatsächlich eingetretene Sinken der Rente des Grund und Bodens hat aber seine Hauptursache in dem Sinken der Getreidepreise. Die vaterländische Landwirtschaft ist nach Lage ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen und besonders durch die klimatischen Boden- und Absatz-Verhältnisse vorzugsweise auf den Getreidebau angewiesen. Nach Ausweis der Anbaustatistik vom Jahre 1893 entfallen in Deutschland von dem gesammten Acker- und Gartenland auf die Hauptgetreidearten über 54 % und hiervon allein auf Roggen 22,93 %, Weizen 7,79 %, Hafer 14,88 % und Gerste 6,20 %. Rechnet man die anderen weniger angebauten Getreidearten, wie Mais, Hirse zc. und die Hülsenfrüchte noch hinzu, so entfallen auf Getreide und Hülsenfrüchte insgesammt ca. 60 % des Acker- und Gartenlandes. Bei einem solchen Anbau-Verhältniß, welches auch bei noch so großer Ausdehnung des Hackfrucht- und Handelsgewächsbauens oder anderer Kulturen keine wesentlichen Verschiebungen erfahren kann, fallen naturgemäß für die Rentabilität der Wirtschaft die Getreidepreise ausschlaggebend ins Gewicht. Letztere haben nun in den letzten Jahren einen fortwährenden, nur gelegentlich auf kurze Zeit unterbrochenen Rückgang erlitten, wie aus den nachfolgenden Zahlen der Preisstatistik für das Königreich Preußen hervorgeht.

Es stellen sich die Preise in Mark für 1000 kg:

in den Jahren:	für Weizen:	Roggen:	Gerste:	Hafer
1861/70	auf 204,3	154,7	138,2	134,5
1871/80	" 223,3	172,7	166,4	157,0
1881/90	" 181,0	152,0	147,2	141,6
1891	" 222,0	208,0	171,0	162,0
1892	" 189,0	178,0	146,0	149,0
1893	" 152,6	135,0	143,0	158,0
1894	" 132,0	117,0	140,0	140,0
1895	" 138,0	119,0	122,0	119,0
1896 (Januar—Juni)	" 151,0	121,0	127,0	121,0

Setzt man den Durchschnitt der Preise für die Periode 1861/70 gleich 100, so verhalten sich die Preise, in Prozenten dieses Durchschnittes ausgedrückt, zu einander wie folgt:

in den Jahren:	für Weizen:	Roggen:	Gerste:	Hafer:
1871/80	109,3	111,6	120,4	116,7
1881/90	88,9	98,2	106,5	105,3
1891	108,6	134,4	123,7	127,8
1892	92,6	115,1	105,6	110,7
1893	74,5	87,2	103,4	117,4
1894	64,6	75,5	101,3	107,4
1895	67,6	76,2	88,3	88,4
1896 (Januar – Juni)	74,0	78,2	91,8	89,9

Ueber die Ursachen dieses Preisrückganges des Getreides sind die verschiedensten Ansichten geäußert worden. Am nächsten liegt es, an eine Ueberproduktion bezw. an die durch die Ausdehnung und Verbilligung der Frachtgelegenheiten herbeigeführte Ueberfüllung der europäischen Märkte zu denken und es ist auch nicht zu bezweifeln, daß durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes und Vermehrung der Frachtgelegenheiten zur See große Mengen Getreides auf dem Weltmarkt verwertungsfähig geworden sind, welche früher zum Theil gar nicht verwertet wurden, oder nur dem örtlichen Verbräuche dienten. Daneben werden als Ursachen des Preisrückganges angeführt die Währungsverhältnisse, einmal nach der Richtung hin, daß die Demonetisirung des Silbers eine Steigerung des Goldwerthes und damit eine gesteigerte Kaufkraft des Goldes, also eine Verminderung der Preise herbeigeführt haben soll, und dann, daß in den Ländern mit unterwerthiger Valuta in der Verschiedenheit zwischen dem Geldwerthe auf dem Lokalmärkte und demjenigen auf dem Weltmarkte eine erhebliche Ausfuhrvergütung gegeben sei. Des weiteren wird auf die Einwirkung der internationalen Spekulation und des Börsenspiels auf den Heruntergang der Preise hingewiesen und schließlich auch der Umstand betont, daß die hauptsächlich Getreide ausführenden Länder zu bedeutenden Zinszahlungen für ihre Staatsschulden an die Getreide einführenden Länder verpflichtet und in Folge dessen genöthigt seien, auch die niedrigsten ihnen dort gebotenen Preise anzunehmen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können, da ihnen andere Werthe als das selbstgewonnene Getreide zur Ausgleichung dieser Verpflichtungen nicht zu Gebote ständen. Die Entscheidung darüber, ob und in welchem Maße diese verschiedenen Ursachen auf den Niedergang der Getreidepreise eingewirkt haben und noch einwirken, gehört zu den schwierigsten volkswirtschaftlichen Fragen und soll hier nicht weiter verfolgt werden. Es genügt, auf die unbezweifelte Thatsache hinzuweisen, daß die Getreidepreise nicht nur in Deutschland, sondern überall einen Tiefstand erreicht haben, welcher die Rentabilität der Landwirtschaft ernstlich bedroht. Hierzu kommt für unsere Verhältnisse eine gleichzeitige Steigerung der Arbeitslöhne und der sonstigen Wirtschaftskosten, insbesondere der Abgaben und anderen öffentlichen Lasten, welche von der Landwirtschaft getragen werden müssen, daneben der Rückgang der Schafzucht, welche besonders auf den leichteren Bodenarten durch andere Zweige der Viehzucht kaum ersetzt werden kann. Von einer Verlegung des Schwerpunktes unserer Landwirtschaft in die Viehzucht, für deren Erzeugnisse mit Ausnahme der Wolle die Preise nicht in demselben Maße, wie bei dem Getreide rückläufige gewesen sind, kann unter den vorhandenen klimatischen und Bodenverhältnissen nur in verhältnißmäßig beschränkten Gebieten die Rede sein. Eine solche wirtschaftliche Verschiebung könnte zudem schon wegen der Kosten und der auf diesem Gebiete erforderlichen besonderen Kenntnisse nur langsam erfolgen.

Die Ueberzeugung davon, daß für absehbare Zeit in der Hauptsache die Rentabilität des Getreidebaues maßgebend für die Rente der meisten landwirtschaftlichen Betriebe sein wird, ist dann auch die Ursache der verschiedenen

Vorschläge zur künstlichen Hochhaltung der Getreidepreise. Eine Erhöhung der Schutzzölle ist, ganz abgesehen von der Frage, ob sie nicht preisdrückend auf die Weltmarktpreise wirken würde, während der Dauer der Handelsverträge ausgeschlossen. Der Antrag Kanitz in seinen verschiedenen Modifikationen hat wegen seiner Unvereinbarkeit mit den Handelsverträgen und wegen der bei der heutigen Ordnung unseres Wirtschaftslebens unüberwindlichen Schwierigkeiten seiner Durchführung und schließlich wegen der Zweifel, ob die durch ihn zu erreichende Preissteigerung auch den Landwirthen wirklich zu gute kommen werde, weder im Staatsrathe, noch im Reichstage eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen können, und ebenso ist die Staatsregierung mit der Mehrheit des Reichstages einig darin, daß eine Erhöhung und Befestigung des Silberpreises, sowie die dadurch erhoffte allgemeine Preissteigerung nur auf dem bis jetzt wenig aussichtsvollen Wege internationaler Abmachungen und nicht ohne den Zutritt Englands für uns durchführbar sei. Noch größere Bedenken stehen den Ansichten entgegen, welche das Heil der Landwirtschaft in einer allgemeinen Auftheilung des Grund und Bodens in Kleinbesitz befürworten. Denn wenn auch zugegeben ist, was ja auch aus der staatlichen Inangriffnahme der Rentengutsgefeßgebung und der Unterstützung der Rentengutsbildung hervorgeht, daß die Grundbesitzvertheilung nicht in allen Theilen der Monarchie eine normale ist, und daß für den, Getreide nur für den eigenen Verbrauch erzeugenden Kleinbauer der Stand der Getreidepreise von minderer Bedeutung ist, so kann doch, ganz abgesehen davon, daß eine solche Umwälzung sehr viel Zeit erfordern und die gegenwärtige mißliche Lage nicht beseitigen würde, aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen das Bestehen eines größeren Bruchtheiles von mittlerem und Großgrundbesitz in dem größten Theile der Monarchie gar nicht entbehrt werden. Wollte man solchen radikalen Ansichten folgen, so würde man zu einer völligen, in ihren Folgen nicht übersehbaren, und daher in hohem Maße bedenklichen Aenderung aller in der geschichtlichen Entwicklung begründeten Verhältnisse gelangen. Im Hinblick auf diese Erwägungen ist zur Zeit die Aufgabe der Staats-Verwaltung gegenüber der herrschenden mißlichen Lage der Landwirtschaft auf solche Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung beschränkt, welche die Rentabilität der Landwirtschaft dadurch zu heben trachten, daß die landwirtschaftliche Produktion in allen ihren einzelnen Zweigen gehoben und, soweit wie dies nicht schon durch die Vermehrung der Produktion eintritt, auch dadurch verbilligt wird, daß der Landwirtschaft möglichst billige Betriebsmittel zur Verfügung gestellt und die auf ihr ruhenden Lasten vermindert werden. Hand in Hand hiermit müssen die Maßnahmen zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Naturschätze und zur Erleichterung des Verkehrs, sowie zum Schutz der Landwirtschaft gegen Verlust durch Seuchen u. s. w. und diejenigen gesetzlichen Einrichtungen gehen, welche unter Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft die Herstellung eines Rechtszustandes bezüglich des Eigenthums und der Belastung des Grund und Bodens bezwecken, der die Schaffung und Erhaltung richtiger Wirtschaftsgrößen zu sichern und eine Ueberschuldung des ländlichen Besitzes in Zukunft zu verhindern geeignet ist.

Auf alle diese Gebiete hat sich die Thätigkeit der Staatsregierung erstreckt, wie der nachstehende Bericht über das, was in dieser Beziehung in den letzten Jahren schon geschehen ist und gegenwärtig noch angestrebt wird, im Einzelnen darlegen soll.

I.

Massnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der staatlichen, insbesondere der landwirth- schaftlichen Verwaltung.

Schon seit Jahren wurde in landwirthschaftlichen Kreisen darauf hingewiesen, daß der Geschäftsbetrieb an den Börsen die Preisbildung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse ungünstig beeinflusse. Es wurde deshalb die Forderung erhoben, daß die an der Produktenbörse, insbesondere auf dem Gebiete des Terminhandels mit Getreide und hinsichtlich der Benutzung unkontraktlicher Waare zu Kündigungen hervorgetretenen Mißstände im Wege der Gesetzgebung Abhilfe finden möchten. Zur Vorbereitung einer gesetzlichen Regelung des Börsenverkehrs wurde eine Börsen-Enquete-Kommission berufen, um in eine eingehende Prüfung der auf den Börsenverkehr und die Stellung der Börsen im Allgemeinen bezüglichen tatsächlichen und rechtlichen Fragen einzutreten. Auf Grund des Berichts dieser Kommission und der in ihr gemachten Vorschläge wurde dann der Entwurf eines Börsengesetzes ausgearbeitet und dem Reichstage vorgelegt. Was insbesondere die Reform der Produktenbörse angeht, so bevollmächtigte der Entwurf den Bundesrath, den Terminhandel von Bedingungen abhängig zu machen oder in bestimmten Waaren ganz zu untersagen, ferner die Lieferungsqualität des im Börseterminhandel zu liefernden Getreides festzustellen. Auch sollte der Verkäufer schon dann in Erfüllungsverzug gerathen, wenn er vor Ablauf der Lieferungsfrist eine unkontraktliche Waare ankündigte und lieferte. Endlich wurde für alle, die sich an Börsengeschäften in Waaren betheiligen wollten, die Eintragung in das Börsenregister vorgeesehen. Der Reichstag billigte den vorgelegten Gesetzentwurf im Wesentlichen, verlieh aber noch den Landesregierungen die Befugniß, in den Vorständen der Produktenbörse auch eine entsprechende Vertretung der Landwirthschaft und der Mülerei anzuordnen und sprach endlich das gänzliche Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten aus. Das Börsengesetz ist mit diesen Abänderungen am 22. Juni d. J. verkündet worden.

Börsenreform.

Die ungünstige Lage der landwirthschaftlichen Nebengewerbe hat während der letzten Jahre auch zu einer Reform der Branntweinsteuer und der Zuckersteuer geführt.

Das Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887 hatte neben der Vermehrung der Einnahmen für das Reich auch den Zweck, durch die Kontingentirung einerseits das deutsche Brennereigewerbe seiner eigentlichen Bestimmung zu erhalten, ein Nebengewerbe der Landwirthschaft zu sein und deshalb in möglichst vielen Einzelbetrieben über das Land verbreitet zu arbeiten, andererseits eine möglichst weitgehende Einschränkung der Spirituserzeugung herbeizuführen. Dieser Zweck wurde aber, wie sich im Laufe der Zeit herausstellte, nicht voll erreicht. Denn, da die Werthheuerung des Branntweins durch die Verbrauchsabgabe eine nicht unerhebliche Verminderung des Branntweingenußes zur Folge hatte, da außerdem auch ein starker Rückgang der Ausfuhr von Spirit eintrat, so machte sich trotz der Einschränkung der Spirituserzeugung an sich doch eine relative Ueberproduktion geltend und die Spirituspreise fielen derartig, daß der Betrieb der landwirthschaftlichen Brennereien unrentabel zu werden begann. Auch drohte den kleineren Brennereien, die gerade im Interesse der heimischen Landwirthschaft erhalten werden sollten, die Gefahr, durch Anwachsen der großen Betriebe, insbesondere derjenigen, die Melasse verarbeiteten, aufgesogen zu werden.

Branntweinsteuer.

Um der durch diese Umstände schwer bedrängten deutschen Landwirthschaft, vorzugsweise derjenigen des Ostens Hilfe zu bringen, wurde dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher bezweckte, durch Veränderung der Kontingentsbemessung und Beschränkung der Melassebrennereien den Schutz der landwirthschaftlichen Brennereien noch weiter zu verstärken, ferner durch Einführung einer Ausfuhrvergütung die Ausfuhr zu fördern und dadurch auf die Hebung der Spirituspreise hinzuwirken, sowie endlich durch Einführung einer neuen, mit der Ausdehnung des Betriebes wachsenden Brennsteuer nicht bloß die Mittel zur Gewährung der Ausfuhrzuschüsse flüssig zu machen, sondern auch die Kleinbetriebe noch mehr zu begünstigen, die großen Brennereien aber von einer allzu weiten Ausdehnung ihres Betriebes zurückzuhalten und dadurch das Entstehen weiterer preisdrückender Ueberproduktion möglichst zu verhindern.

Dieser Entwurf fand im Wesentlichen die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren und wurde als Novelle zum Branntweinsteuergesetz unterm 16. Juni 1895 veröffentlicht. Das Gesetz hat auf die Spirituspreise günstig gewirkt, indem es trotz des niedrigen Preisstandes der Rohmaterialien und einer außerordentlich starken Produktion d. h. unter Verhältnissen, die andernfalls ein erhebliches Sinken des Spirituspreises herbeigeführt haben würden, eine mäßige Preissteigerung ermöglicht hat. Auch ist es in Folge der steigenden Ausfuhr gelungen, beinahe die ganze Branntwein-Produktion des laufenden Jahres unterzubringen und ein weiteres Anwachsen der Bestände zu verhüten. Um die steuerfreie Verwendung von Branntwein zu gewerblichen u. i. w. Zwecken zu fördern, ist der Handel mit denaturirtem Branntwein frei gegeben worden. Weitere Schritte zur Verbilligung des steuerfreien Branntweins sind in Aussicht genommen.

Zuckersteuer.

Das Zuckersteuergesetz vom 31. Mai 1891 hatte nicht nur mit dem Grundsatz der Materialsteuer gänzlich gebrochen, indem es an deren Stelle eine Verbrauchsabgabe einführte, sondern es hatte auch in der Hoffnung, daß unsere hauptsächlichsten Mitbewerber auf dem Weltmarkt — Oesterreich und Frankreich — in derselben Weise vorgehen würden, bestimmt, daß die Rückvergütungssätze bei der Ausfuhr von Zucker in bestimmten Zeiträumen herabgesetzt werden und mit dem 31. Juli 1897 gänzlich in Wegfall kommen sollten. Da aber die Preise für den Zucker dauernd fielen, Oesterreich und Frankreich unserem Beispiele nicht folgten, sondern ihre höheren Prämien aufrecht erhielten, so gerieth die deutsche Zuckerindustrie und die mit ihr in Verbindung stehende Landwirthschaft in eine bedenkliche Nothlage. Es wurde daher zunächst durch das sog. Zuckersteuer-Nothgesetz vom 9. Juni 1895 festgesetzt, daß die Ausfuhrvergütungen in ihrer bisherigen Höhe bis zum 31. Juli 1897 weitergewährt werden sollten. Demnächst, nachdem die in- zwischen von Oesterreich angeregten Verhandlungen wegen Beseitigung der Ausfuhrzuschüsse zu einem befriedigenden Ergebnisse nicht geführt hatten, entschloß sich die Reichsregierung zu einer organischen Reform der Zuckersteuer, indem sie auch hier, ähnlich wie bei der Besteuerung des Branntweins, darauf ausging, die Zuckerindustrie als Nebengewerbe der Landwirthschaft zu erhalten, durch Erhöhung der Ausfuhrzuschüsse ihr die Fähigkeit, im Wettbewerbe auf dem Weltmarkt aufzutreten, zu bewahren, durch Kontingentirung der Zuckerfabriken einer Ueberproduktion entgegenzutreten und durch Einführung einer gestaffelten Betriebssteuer die kleineren Fabriken gegenüber den größeren lebensfähig zu erhalten. Im Wesentlichen auf dieser Grundlage ist alsdann das Gesetz, betreffend Abänderung des Zuckersteuergesetzes, vom 27. Mai 1896 zu Stande gekommen.

Aufhebung des Identitätsnachweises.

Um die Ausfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten zu erleichtern, war schon seit längerer Zeit, und zwar an- fänglich von den ausführenden Seehandelsplätzen, später auch aus landwirthschaftlichen Kreisen, insbesondere den aus

Rüftengebieten des Ostens, die Forderung auf Aufhebung des Identitätsnachweises erhoben worden. Diesem Wunsche wurde durch das Gesetz vom 14. April 1894 vermittelt der Ertheilung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten entsprochen. In Folge dieser Maßregel hat sich nicht nur die Ausfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten gehoben, sondern es kommt jetzt auch in den Ausfuhrhäfen Danzig und Königsberg der Unterschied des Preises zwischen unverzolltem ausländischen und inländischen Getreide um den Betrag des Zolles, im Gegensatz zu früher, voll zum Ausdruck, und es ist ferner der Unterschied zwischen den Getreidepreisen im Osten (Danzig und Königsberg) und dem Westen (Mannheim und Neuß) erheblich gesunken, zeitweise sogar gänzlich ausgeglichen.

Die Ausfuhr betrug:

für	1893	1894	1895
	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner
Weizen	2 931	791 907	699 109
Roggen	2 705	497 118	359 923
Hafer	2 760	227 594	514 272
Gerste	82 349	194 047	490 137

Auch hat eine spekulative Ausnutzung der Einfuhrscheine, wie sie anfänglich befürchtet wurde, nicht stattgefunden. Der für die Preisbildung günstige Einfluß des Gesetzes ist allerdings, wie dieses auch in der Natur der Sache liegt, in den östlichen Landestheilen mehr in die Erscheinung getreten, als in den mittleren, westlichen und südlichen Erzeugungsgebieten Deutschlands, indessen hat dasselbe dort der Landwirtschaft mindestens keinen Nachtheil gebracht.

Was die näheren Anordnungen, insbesondere in Bezug auf die Beschaffenheit (Mindestqualität) der mit dem Anspruche auf Ertheilung von Einfuhrscheinen ausgeführten Waaren anlangt, so soll nach § 4 des in Rede stehenden Gesetzes der Bundesrath dieselben treffen. Die Ausführungsbestimmungen haben indessen hinsichtlich des Getreides diese Bestimmung bis auf Weiteres den obersten Landesfinanzbehörden überlassen. In Folge dessen hat der preussische Finanzminister durch Erlaß vom 5. Juli 1894 bestimmt, daß bis auf Weiteres Einfuhrscheine nur für Waaren von marktgängiger Beschaffenheit zu ertheilen sind und daß als marktgängige Waare auch solche angesehen werden darf, welche mit unerheblichen Mängeln (leicht dumpfige Beschaffenheit, Sommergeruch, mäßiger Auswuchs, geringer Befall mit Käfern u. s. w.) behaftet ist. Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat sich diese Bestimmung bewährt, da das ausgeführte Getreide durchgängig nicht nur von zweifellos marktfähiger, sondern sogar von durchaus guter Beschaffenheit gewesen ist, so daß ein Bedürfnis nach Festsetzung einer bestimmten Gewichtsgrenze für dasselbe sich bisher nicht geltend gemacht hat. Eine derartige Festsetzung nach bestimmten Gewichtszahlen würde nämlich leicht die Gefahr in sich bergen, daß in solchen Jahren, in welchen die Ernte in Folge ungünstiger Witterung mittelmäßig oder schlecht ausgefallen, gutes Getreide also nicht gewachsen ist, die Ausfuhr leichten und minderwerthigen Getreides, wie es dann in der Regel gewonnen zu werden pflegt, erheblich erschwert und die wohlthätige Wirkung des Gesetzes vom 14. April 1894 in der That zum Schaden der heimischen Landwirtschaft vereitelt werden könnte.

Im Interesse der Landwirtschaft ist die Kreditfrist für die gemischten Privattransitlager für Getreide und die Exportmühlen, welche früher sechs bezw. sieben Monate betrug, auf drei bezw. vier Monate beschränkt worden. Die gänzliche Beseitigung des Zollkredits für Getreide und andere Erzeugnisse der Landwirtschaft, sowie die Aufhebung des den Privattransitlagern für Getreide, sowie den Mühlenkonten gewährten Zollkredits unterliegt noch der Erwägung der zuständigen Organe.

Beschränkung der
Zollkredite.

Gemischte
Privattransitlager
für Getreide.

In Anerkennung der Wichtigkeit der wiederholt aufgestellten Behauptung, daß die Lagerung großer unverzollter Getreidemassen im Inlande geeignet sein könne, einen schädlichen Druck auf die Preisbildung des einheimischen Getreides auszuüben und die Konkurrenz des ausländischen zu bevorzugen, und von der Ansicht ausgehend, daß nur für diejenigen gemischten Privattransitlager eine Berechtigung anzuerkennen sei, welche in der Hauptsache den Absatz des Getreides nach dem Auslande vermitteln, nicht aber für diejenigen, welche eine Ausfuhr überhaupt nicht haben, sondern von ihren Inhabern nur benutzt werden, um sich die Vortheile eines längeren Zollkredits zu spekulativen Zwecken zu sichern, hat der Bundesrath auf Grund einer genauen Kontrolle und auf Grund statistischer Erhebungen über den Verkehr in den Transitlagern beschlossen, daß in den Orten Tilsit, Thorn, Snorwazlaw, Berlin, Ruhrort, Duisburg, Elbing, Rosenheim, Leipzig, Freiburg, Eilsfeth, Bremen, Begeack und Hamburg gemischte Transitlager von den in Nr. 9 des Zolltarifs genannten Waaren nicht mehr zu gestatten und die daselbst vorhandenen derartigen Lager mit dem Ablaufe des Monats September 1896 aufzuheben sind. Ueber den Fortbestand einer Reihe anderer Transitlager schweben noch Erwägungen.

Gesetzliche Regelung
des Verkehrs mit
Handelsdünger,
Kraftfuttermitteln
und Saatgut.

Zahlreich kundgegebenen Wünschen landwirthschaftlicher Interessenvertretungen sowie den gelegentlich einer Interpellation in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. März 1895 von Angehörigen der verschiedensten Parteien erhobenen Forderung entsprechend, ist die gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Düngemitteln, Kraftfuttermitteln und Saatgut in Angriff genommen. Unter Wahrung des Schutzes des reellen Handels und der soliden Fabrikation soll dem Betrage und der Unreellität auf diesem Gebiete wirksamer entgegengetreten werden, als dies nach Maßgabe der bestehenden Gesetze möglich ist. Ein vorläufiger Gesetzentwurf ist nach wiederholter Anhörung von Sachverständigen aus Interessentenkreisen seitens der landwirthschaftlichen Verwaltung ausgearbeitet und es sind Gutachten sowohl von den landwirthschaftlichen Interessenvertretungen als auch von Handels- und kaufmännischen Körperschaften über diesen Entwurf eingeholt worden, welche zur Zeit der Prüfung unterliegen.

Untersuchung aus-
ländischen Getreides.

Eine weitere mehrfach geäußerte Forderung aus landwirthschaftlichen Kreisen geht dahin, es möge ausländisches, über die Zollgrenze eingehendes Getreide bereits beim Grenzübergange auf seine Unreinheit, und insbesondere auf seinen Gehalt an Bakterien untersucht und wenn es nicht nach den im Inlande geltenden Bestimmungen „lieferbar“ oder „marktgängig“ sei, zurückgewiesen werden. Die sorgfältige Prüfung dieser Frage hat zu dem Ergebnisse geführt, daß ein derartiges Verfahren mit den Handelsverträgen nicht vereinbar sein würde, denn nach denselben soll der gegenseitige Verkehr durch keinerlei Einfuhrverbote gehemmt werden. Würde der angedeutete Maßstab an das über die Grenze eingehende Getreide angelegt, so würde alles in diesem Sinne minderverthige Getreide von der Einfuhr ausgeschlossen sein, also insoweit einem, und zwar von einem der beiden vertragsschließenden Theile einseitig erlassenen Einfuhrverbote unterliegen. Nun dürfen allerdings auch nach den Handelsverträgen derartige Verbotsmäßigkeiten aus gesundheits- und veterinärpolizeilichen Rücksichten erlassen werden. In den Kreisen der Hygieniker ist man indessen der Ansicht, daß die bei weitem überwiegende Zahl aus der ungeheueren Menge der verschiedenen Bakterien- und Schimmelpilzarten durchaus harmloser Natur sei, und daß man das Vorhandensein von wirklichen Seuchenerregern unter den dem Getreide anhaftenden Bakterien nicht nachweisen könne. Im Uebrigen kommen auch im inländischen Getreide und in keineswegs geringer Anzahl Bakterien vor, ohne daß sich hieraus jemals Bedenken in gesundheitlicher Beziehung ergeben hätten.

Den Klagen, welche von der Landwirthschaft in Betreff der Gesetzgebung über die Freizügigkeit und die Armenversorgung erhoben worden sind, ist durch die Novelle zu dem Gesetze über den Unterstützungswohnitz vom 12. März 1894 im Wesentlichen Abhilfe geschaffen worden. Durch dieses Gesetz ist für den Beginn des Erwerbes, wie des Verlustes des Unterstützungswohnitzes statt der bisherigen Altersgrenze des vollendeten 24. Lebensjahres das zurückgelegte 18. Lebensjahr gesetzt und neben verschiedenen anderen, für die Landwirthschaft werthvollen Bestimmungen die Verjährungsfrist für die Erstattungs- und Ersatzansprüche aus diesem Gesetze auf zwei Jahre herabgesetzt worden.

Unterstützungs-
wohnitzgesetz.

Durch die Novelle zur Gewerbeordnung sind zum Schutze namentlich der ärmeren Bevölkerung auf dem Lande vor unsolidem Angebote im Umherziehen ausgeschlossen: Bäume aller Arten, Sträucher, Sämereien mit Ausnahme von Gemüse- und Blumenamen, Schnitt- und Wurzelreben und vor Allem auch Futtermittel. Auch kann zur Abwehr von Seuchen auf bestimmte Dauer der Hausirhandel mit Vieh und Geflügel untersagt oder Beschränkungen unterworfen werden.

Gewerbeordnungs-
Novelle.

Unter näherer Darlegung der erheblichen Mißstände, welche, namentlich in Folge des immer mehr um sich greifenden Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter, in dem Gewerbebetriebe der Gesindevermietther und Stellenvermittler hervorgetreten sind, hatte der Deutsche Landwirthschaftsrath an die Reichsregierung den Antrag gerichtet, für diese Gewerbe allgemein die Konzessionspflicht einzuführen, weil die Bestimmung des § 35 der Gewerbeordnung, wonach diesen Gewerbetreibenden das Geschäft untersagt werden kann, „wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun“, einen wirksamen Schutz gegen die zur Zeit bestehenden Mißstände nicht gewähre. In Folge dieser Anregung sind Erwägungen eingeleitet nicht nur über die Einführung der Konzessionspflicht für diese Gesindevermietther und Stellenvermittler, sondern auch über die Regelung des Gebührenwesens nach dem Vorgange der bayerischen Verordnung vom 28. Juli 1879 und über die Ausdehnung des § 38 Abs. 1 der Gewerbeordnung im Wege der Gesetzgebung auf diese Gewerbetreibenden, wonach die Centralbehörden befugt sein sollen, über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Gewerbebetrieb derselben Vorschriften zu erlassen.

Gesindevermietther-
und Stellen-
vermittlungswesen.

Zu einer Revision des Alters- und Invaliditätsgesetzes, sowie der Unfallversicherungsgesetzgebung, die namentlich auch im Interesse der Landwirthschaft wünschenswerth ist, ist es bisher noch nicht gekommen, indessen sind zu diesem Zwecke bezügliche Vorarbeiten im Gange. Die Frage einer Vereinfachung und organischen Zusammenlegung der verschiedenen Zweige der öffentlichen Arbeiterversicherung ist von einer aus Kommissaren des Bundesraths und aus Sachverständigen bestehenden freien Kommission geprüft und erwogen worden. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden bei der Revision der sozialpolitischen Gesetzgebung entsprechende Verwerthung finden.

Sozialpolitische
Gesetzgebung.

Um dem namentlich in den östlichen Provinzen beklagten Mangel an ausreichenden Arbeitskräften zum Betriebe der Landwirthschaft zu steuern, ist die vorübergehende Beschäftigung von ausländischen Arbeitern, vornehmlich aus Rußland und dem österreichischen Galizien, in inländischen Betrieben unter gewissen, vom nationalen Standpunkte aus erforderlichen Einschränkungen gestattet worden. Von dieser Erlaubniß ist in steigendem Umfange Gebrauch gemacht worden.

Arbeitskräfte.

Im Jahre:

1892	wurden	19 505,
1893	"	21 979,
1894	"	26 075,
1895	"	27 249

ausländische Arbeiter zur vorübergehenden Beschäftigung in landwirthschaftlichen Betrieben des Inlandes zugelassen.

Verbot der
Sonntagsarbeit im
Molkereibetriebe.

Die seit Einführung der Sonntagsruhe gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, daß die allgemeinen Ausnahmebestimmungen in dem § 105c des Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 und die auf Grund des § 105c des Gesetzes von den höheren Verwaltungsbehörden für die Versorgung der Kundschaft mit Molkereiprodukten an Sonn- und Festtagen zugelassene Ausnahme nicht ausreichen, um erhebliche Unzuträglichkeiten für den Molkereibetrieb, sofern er unter die Gewerbeordnung fällt, in Folge der Durchführung der Sonntagsruhe auszuschließen. Der Bundesrath hat deshalb auf Anregung Preußens von der ihm nach § 105d des Gesetzes zustehenden Befugniß Gebrauch gemacht und die Beschäftigung von Arbeitern im Betriebe der Molkereien bei täglich einmaliger Milchlieferrung während 5 Stunden bis 12 Uhr Mittags, bei täglich zweimaliger Milchlieferrung außerdem auch noch während einer Nachmittagsstunde zugelassen mit dem Vorbehalte, daß den Arbeitern mindestens an jedem dritten Sonntage die zum Besuche des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben ist.

Gesetzentwurf, betr.
den Verkehr mit
Butter, Käse, Schmalz
und deren Ersatz-
mitteln.

Auch darüber waren vielfach Klagen laut geworden, daß die Vorschriften des Reichsgesetzes vom 12. Juli 1887, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter nicht ausreichend seien, um eine betrügerische Konkurrenz der Margarine mit der Butter zu verhüten. Namentlich von landwirthschaftlicher Seite wurde im Interesse der Hebung der Butterpreise eine Verschärfung der Vorschriften jenes Gesetzes gewünscht. Diese Wünsche erschienen um so gerechtfertigter, als die Produktion der Margarine inzwischen recht erheblich zugenommen hat. Denn während im Jahre 1887 Deutschland 45 Margarine-Fabriken besaß mit einer Jahresproduktion von ungefähr 15 Millionen Kilo und einem Verkaufswerthe von etwa 18 Millionen Mark, sind heute 73 solcher Betriebe mit einer Produktionsmenge von etwa 90 Millionen Kilo und einem Verkaufswerthe von etwa 117 Millionen Mark im Reiche vorhanden.

Die verbündeten Regierungen kamen deshalb dem Verlangen der landwirthschaftlichen Kreise nach stärkerem Schutze bereitwilligst entgegen und brachten im Reichstage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln ein, dessen Bestimmungen dazu dienen sollten, den unlauteren Wettbewerb auf dem Gebiete der Produktion und des Handels mit Margarine gegenüber dem reellen Margarine- und Butterhandel zu bekämpfen. Sie bezweckten, abgesehen von einer schärferen gesetzlichen Festlegung der Begriffe Margarine, Margarinekäse und Kunstpeisefett, eine erhebliche Verschärfung der Kontrolle bei Herstellung und Vertrieb dieser Genußmittel, namentlich aber auch der bisher als unzulänglich erprobten Strafvorschriften. Bei Annahme dieser Vorlage glaubten die verbündeten Regierungen allen berechtigten Klagen nicht nur der Butterinteressenten, sondern auch des kaufenden Publikums begegnen zu können. Leider hat jedoch der Reichstag den Entwurf in einer Form angenommen, welche die Zustimmung des Bundesraths nicht gefunden hat, weil, abgesehen von anderen Aenderungen, zwei Zusätze beschlossen waren, von denen der eine die Färbung der Margarine, welche den Zweck hat, ihr das Aussehen der Butter zu geben, verbot, der andere die Trennung der Verkaufsräume für Butter und Margarine forderte. Beide Vorschriften gehen über den Grundgedanken des Gesetzes, Beseitigung des unlauteren Wettbewerbes, hinaus und würden nach Ueberzeugung des Bundesraths, sowie auch der landwirthschaftlichen Verwaltung in Preußen, der Landwirthschaft nicht nur nicht die gehofften Vortheile, sondern eine Schädigung gebracht haben.

Durch das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 haben die Steuerfäße gegenüber der bis dahin bestehenden Klassen- und Einkommensteuer für die kleineren und mittleren Einkommen bis herauf zu 8000 Mark, und zwar im allgemeinen je kleiner das Einkommen, in umso stärkerem Maße, Herabsetzungen erfahren, was den verschuldeten und den kleineren und mittleren Landwirthen, soweit sie nicht im Besitz erheblicherer anderweiter Einkommensquellen sich befinden, vielmehr im Wesentlichen auf den Ertrag der Landwirthschaft angewiesen sind, besonders zu gute kommen mußte. Die hiermit den Einkommen bis zu 8000 Mark auf dem platten Lande gewährte Erleichterung gegenüber der Steuerleistung, die sie nach den Ergebnissen der Veranlagung für 1892/93 bei Beibehaltung des früheren Tarifs zu tragen gehabt haben würden, betrug rund 1 637 000 Mark, der bei den höheren Einkommen in Folge der stärkeren Progression der Steuerfäße eine höhere Steuerleistung von 1 719 000 Mark gegenüberstand.

Entlastung in Folge
der Steuergesetz-
gebung.

Die Vorschrift des § 18 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, wonach bei den nach einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark veranlagten Censiten für jedes Kind unter 14 Jahren der Betrag von 50 Mark von dem an sich steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen ist, hat auf dem platten Lande in noch weiterem Umfang als in den Städten eine Erleichterung herbeigeführt. Denn es sind hiernach 1892/93 von den ein Einkommen bis zu 3000 Mark versteuernden Censiten, in Prozenten ausgedrückt,

auf dem platten Lande . . .	39,98 %
dagegen in den Städten . . .	27,25 %

freigestellt oder ermäßigt worden, und die Freistellung beziehungsweise Ermäßigung belief sich im Verhältniß zu dem in Betracht kommenden Gesamtsteuerbetrage auf dem platten Lande auf 13,66, in den Städten auf 8,32 %.

Wenn trotzdem die erste Veranlagung nach dem Gesetz vom 24. Juni 1891 bei den physischen Personen auch auf dem platten Lande ein Mehr, 30 451 000 gegen 21 506 000 Mark (— in den Städten waren die entsprechenden Zahlen 84 335 000 gegen 58 053 000 Mark —) gegen das Vorjahr ergab, so lag das überwiegend in der Erfassung bisher in Folge der mangelhaften Veranlagungsvorschriften der Steuer entzogenen Einkommens in den höheren Einkommensstufen.

Schärfer tritt die durch die Steuerreformgesetze vom 14. Juli 1893 der Landwirthschaft gewährte Erleichterung hervor. Durch das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern sind auf dem platten Lande neben 4,16 Millionen Mark Gewerbesteuer an staatlicher Grund- und Gebäudesteuer außer Hebung gesetzt rund 51 000 000 Mark. Dagegen sind allerdings die Ueberweisungen aus den Erträgen der landwirthschaftlichen Zölle, welche in Gemäßheit des Gesetzes vom 14. Mai 1885 den Kreisen zufflossen, in Wegfall gekommen. Dieselben betrugen im Durchschnitt der 3 letzten Jahre vor dem 1. April 1895 für das platte Land 18 000 000 Mark. Nach dem Verhältniß des Aufkommens an staatlicher Grund-, Gebäude- und Einkommensteuer vom Grundbesitz zu dem Gesamtjoll an Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Einkommensteuer des platten Landes können hiervon als eine neue Belastung des ländlichen Grundbesitzes in Rechnung gestellt werden nicht mehr als höchstens 14 Millionen Mark. Es ist ferner durch das Ergänzungsteuergesetz vom 14. Juli 1893 die Ergänzungsteuer eingeführt. Das Aufkommen derselben betrug 1895/96 auf dem platten Lande 11,8 Millionen Mark, von denen auf den Grundbesitz nicht mehr als höchstens 7 Millionen Mark zu rechnen sein dürften. Bringt man nun selbst noch 4 % der gemäß §§ 18 ff. Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern zurückzahlenden Entschädigungen für die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit mit ca. 0,6 Millionen Mark und das

Mehr an Einkommensteuer, das dadurch zu zahlen ist, daß Grund- und Gebäudesteuer aufgehört haben Staatssteuern zu sein und in Folge dessen, soweit sie noch für die Gemeinden erhoben werden, nicht mehr von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden dürfen, mit etwa 0,8 Millionen Mark in Anrechnung, so verbleibt für den ländlichen Grundbesitz eine Erleichterung seiner Leistungen an den Staat von $51 - (14 + 7 + 0,6 + 0,8)$, also von mehr als 28 1/2 Millionen Mark.

Wenn auf der anderen Seite das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 in der Absicht einer stärkeren Basirung des Gemeindehaushalts auf die Realsteuern bestimmte Regeln über das Verhältniß der Belastung der Realsteuern mit Gemeindeabgaben im Verhältniß zur Einkommensteuer aufstellt, so hat doch auch dies auf dem platten Lande zu einer schärferen Heranziehung des Grundbesitzes zu den Gemeindelasten nur in recht beschränktem und jedenfalls sehr viel geringerem Maße als in den Städten geführt, was seinen wesentlichen Grund darin hat, daß dort schon bisher die Gemeindelasten in sehr viel stärkerem Verhältniß als in den Städten auf dem Grundbesitze ruhten. Es war bei den außerordentlichen Schwierigkeiten jeder Gemeindefinanzstatistik, zumal für die Landgemeinden, bisher nicht möglich, ziffermäßige Angaben über das Einkommen der Gemeindesteuern in den Landgemeinden in größerem Umfange zu sammeln. Die über das Belastungsverhältniß der Realsteuern und der Einkommensteuer für rund 35 000 von den vorhandenen rund 37 000 Landgemeinden angestellten Erhebungen haben aber ergeben, daß die Gemeindebelastung der Realsteuern im Rechnungsjahre 1895/96 gegen 1894/95 zugenommen hat um mehr als 100 % der außer Hebung gesetzten Staatssteuern

nur in rund	1 200,
um 51–100 % in rund . . .	4 400,
um 1–50 % in rund	14 000

und sogar abgenommen in rund 4 500 Gemeinden, während sie gleich geblieben zu sein scheint in etwa 10 000 Gemeinden. Unter Berücksichtigung der Außerhebungsetzung der staatlichen Ertragssteuern haben also die Realsteuerpflichtigen nur in den zuerst genannten 1200 Gemeinden eine Mehrbelastung, dagegen in den übrigen Entlastungen um beziehungsweise 49–1, 99–50 und mehr als 100 % erfahren. In zahlreichen aller dieser Gemeinden dürfte die stärkere Belastung der Realsteuern ausschließlich oder überwiegend auf die bisher nicht oder geringer herangezogene Gewerbesteuer entfallen, das Ergebnis für Grund- und Gebäudesteuer also ein noch wesentlich günstigeres sein. Nun befinden sich im Allgemeinen die Gemeindeausgaben in einer natürlichen Zunahme, so daß auch ohne die Steuerreform die Gemeindebelastung der Realsteuern in einem großen Theile der Gemeinden hätte steigen müssen. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß die Gemeinden mit dem 1. April 1895 in sehr weitem Umfang dazu übergegangen sind, die bisher besonders erhobenen Kreis- und Provinzial-, vielfach auch die Schulabgaben auf den Gemeindeetat zu übernehmen. Insofern die schärfere Heranziehung der Realsteuern auf diese Momente zurückzuführen ist, liegt eine wirkliche Mehrbelastung derselben, welche gegen die durch die Steuerreform gewährte Entlastung in Rechnung gestellt werden dürfte, nicht vor. Insofern ferner die Gemeinden die Kreisabgaben auf den Gemeindeetat übernommen haben — und das scheint in der großen Mehrzahl der Fälle zu sein — liegt in der Gemeindebelastung der Realsteuern auch schon die oben erwähnte Belastung durch Entziehung der Ueberweisungen aus den landwirthschaftlichen Zöllen und darf diese daher nicht noch besonders in Anrechnung gebracht werden; denn sie prägt sich ja lediglich in einer Steigerung der Kreisabgaben aus. Endlich ist in Betracht zu ziehen, daß, soweit einer Steigerung der Gemeindebelastung der Grund- und Gebäudesteuer eine Verringerung der Zuschläge zur Einkommensteuer gegenübersteht, der Vortheil der letzteren auch wiederum den Landwirthen, die

ja auch Einkommensteuerezhaher sind, mit zufällt, und auf dem platten Lande, wo sie in Gegenden mit rein ländlichen Verhältnissen den weitaus größten Theil der Einkommensteuer aufbringen, sogar entsprechend überwiegend zu gute kommt.

In den selbständigen Gutsbezirken, wo eine Gemeindebesteuerung nicht stattfindet, scheidet nun vollends das Moment einer stärkeren Basirung der letzteren auf die Realsteuern völlig aus. Hier kommt daher der Erlaß der staatlichen Realsteuern nach Abzug des Wegfalls der Uebervweisungen aus den landwirthschaftlichen Zöllen, der Ergänzungssteuer und der Grundsteuer = Entschädigungsrenten unverkürzt dem Grundbesitze zu gute.

Die dem Grundbesitze durch die Steuerreform gewährte Erleichterung ist um so größer, je stärker seine Verschuldung ist. Denn einmal ist erst durch das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 mit seiner Deklarationspflicht für Gläubiger wie Schuldner der Abzug der Zinsen aller vorhandenen Schulden zur Regel geworden, und die stärkere Degression der Steuerätze wirkt um so stärker, je geringer das Einkommen ist, sodann aber ist natürlich die neue Belastung durch die Ergänzungssteuer, welche gegen die Erleichterung durch Aufhebungsehung der staatlichen Ertragssteuern in Rechnung zu stellen ist, um so geringer, je stärker die Verschuldung ist.

Die Aufwendungen für das Volksschulwesen, welche, soweit der Bedarf nicht aus dem Schulvermögen oder von dritten, durch besonderen Rechtstitel Verpflichteten gedeckt wird, nach öffentlichem Rechte von den Gemeinden oder Gutsbezirken, Schulsozietäten, Schulverbänden getragen werden müssen, sind insbesondere von der ländlichen Bevölkerung stets als drückend empfunden worden. Die Staatsregierung ist fortgesetzt bestrebt, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel, diese Volksschullast zu erleichtern und hat zu diesem Zwecke auch in den letzten Jahren in immer steigendem Maße Staatsmittel flüssig gemacht.

Erleichterung der Volksschullasten.

Auf Grund des Gesetzes, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten vom 14. Juni 1888 und die Ergänzung desselben vom 31. März 1889, zahlt der Staat zur Erleichterung der Unterhaltungspflichtigen einen für jede Lehrerstelle nach näherer Vorschrift des Gesetzes auf 100 bis 500 Mark bemessenen Beitrag. Die Gesamtsumme dieser Staatsbeiträge ist seit 1889/90 bis jetzt von 26 000 000 Mark auf 28 800 000 Mark, also jährlich durchschnittlich um 400 000 Mark gestiegen. Im Etatsjahre 1894/95 haben für das platte Land diese Staatszuschüsse betragen: 19 577 850 Mark.

Außer diesen auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Aufwendungen zur Erleichterung der Volksschullasten werden aus den der Staatsregierung in dem Etat des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur Verfügung stehenden Fonds jährlich gewährt:

1. Widerrufliche Beihilfen an leistungsunfähige Schulverbände zu den laufenden Schulunterhaltungskosten.

Diese widerruflichen Beihilfen sind für das platte Land seit 1891/92 von

5 524 800 Mark auf
5 845 300 " im Rechnungsjahre 1895/96 gestiegen. Diese bedeutende Steigerung hat ihren Grund in der in den letzten Jahren erfolgten größeren Verstärkung der Mittel im Staatshaushaltsetat bei Kapitel 121 Titel 36 beziehungsweise Titel 37 behufs Errichtung neuer Schulstellen. Diese Verstärkung hat betragen:

1.	im Rechn.-Jahre 1891/92 bei Tit. 36	40 000 M., bei Tit. 37	30 000 M.
2.	" " 1892/93 " " "	50 000 " " " "	20 000 "
3.	" " 1893/94 " " "	30 000 " " " "	30 000 "
4.	" " 1894/95 " " "	60 000 " " " "	— "
5.	" " 1895/96 " " "	60 000 " " " "	— "
6.	" " 1896/97 " " "	80 000 " " " "	— "

Von den vorstehenden Beträgen entfallen auf die Städte jährlich nur etwa 3—11 %.

2. Staatliche Dienstalterszulagen für die Lehrer und Lehrerinnen, welche sich im Rechnungsjahre 1894/95 für das platte Land auf 7 300 000 Mark beliefen.

3. Zuschüsse zu den Pensionen der Lehrer und Lehrerinnen, welche für das platte Land seit 1891/92 von

2 683 600 Mark auf

3 362 000 " im Rechnungsjahre 1895/96 gestiegen sind.

Ferner ist im Etat jährlich ein Betrag zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unvermögens bei Elementarschulbauten ausgeworfen, der im laufenden Etatsjahr auf 1 Million Mark bemessen ist. Dazu waren durch das Gesetz vom 14. Juli 1893 4 Millionen Mark zu Beihilfen an unermögende Schulverbände für Volksschulbauten bereit gestellt worden. Aus diesen Mitteln sind an einmaligen Beihilfen zu Volksschulbauten auf dem platten Lande bewilligt worden:

im Rechnungsjahre 1891/92	=	780 000	M.
" " 1892/93	=	1 025 000	"
" " 1893/94	=	2 925 000	"
" " 1894/95	=	2 835 000	"
" " 1895/96	=	983 000	"

Kosten- und
Stempel-
gesetzgebung.

Auch bei der Reform der Kosten- und Stempelgesetzgebung durch das Gerichtskosten gesetz vom 25. Juni 1895 (G.-S. S. 203), die Gebührenordnung für Notare vom 25. Juni 1895 (G.-S. S. 256) und das Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 (G.-S. S. 413) sind die Interessen der Landwirtschaft thunlichst berücksichtigt worden.

Der Auflassungsstempel von 1 % ist unverändert geblieben. Die Gebühren für Eintragungen im Grundbuche sind bei den Werthen bis zu 5400 Mark, welche nach einer auf Grund statistischer Erhebung vorgenommenen Schätzung auf dem platten Lande etwa 87 % aller überhaupt vorkommenden Eintragungen umfassen, ermäßigt worden; die zum Ausgleich des hierdurch entstehenden Ausfalls an Gebühren vorgesehene mäßige Erhöhung der Gebühren für Eintragungen, bei denen es sich um höhere Werthe handelt, trifft vorzugsweise die größeren Städte. Die Gebühren für die Eintragung des Eigenthumsüberganges sind für die Fälle auf die Hälfte herabgesetzt worden, in denen das Eigenthum im Wege des Erbanges oder auf Grund eines Uebertragsvertrages auf nahe Verwandte übergeht; auch diese Vergünstigung kommt vorwiegend der Landwirtschaft zu Gute, da Uebertragsverträge fast nur auf dem Lande geschlossen werden. Der allgemeine Vertragsstempel für Verträge im Objekte von 150 Mark und darüber ist mit 1½ Mark unverändert geblieben; von dem bestehenden Kaufstempel bleiben u. a. frei Kauf- und Lieferungs-Verträge des Produzenten über eigene Produkte. Eine wesentliche Erleichterung ist in der Versteampelung der Pachtverträge geschaffen. Der Verpächter hat bis 31. Januar ein Verzeichniß der während der Dauer des vergangenen Jahres in Geltung gewesenen Pachtverträge zur Absteampelung zu bringen. Die Vorausbezahlung des Stempels ist also nicht mehr erforderlich, kann aber freiwillig erfolgen, und, wenn Verträge vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit ihr Ende erreichen, ist der Stempel nur für die Zeit bis zur Beendigung der Pacht zu entrichten. Hierin liegt eine erhebliche Erleichterung für den im landwirthschaftlichen Interesse wünschenswerthen Abschluß längerer Pachtverträge. Das Gleiche gilt von der durch das Gerichtskosten gesetz zugelassenen Erstattung von Gebühren für die gerichtliche Aufnahme solcher Pachtverträge, welche auf länger als 3 Jahre abgeschlossen sind, aber vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit ihr Ende erreichen.

Eisenbahnen.

Bei der hervorragenden Bedeutung, welche eine rasche und kräftige Entwicklung des Eisenbahnwesens für die

verschiedenen gewerblichen Interessen, insbesondere aber für die gesammte Landwirthschaft hat, ist der Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes besondere Fürsorge zugewendet. In den letzten zehn Jahren sind zum Ausbau von 4598,5 km Eisenbahnen einschließlich der Mehrbeschaffung der dadurch bedingten Betriebsmittel Kredite in Höhe von 516 948 000 Mark vom Landtage bewilligt worden und damit die Erschließung zahlreicher Landstriche, die bisher noch der Schienenverbindung entbehrten, bewirkt worden. Die zur Ausführung gesetzlich genehmigten Eisenbahnen und die auf die östlichen, hauptsächlich auf den Betrieb der Landwirthschaft angewiesenen Provinzen entfallenden Längen nebst Baukosten sind aus der Anlage I zu ersehen.

Anlage I.

Nachdem das Gesetz vom 28. Juli 1892 über Kleinbahnen und Privatananschlußbahnen zu einer schnelleren Entwicklung dieses Verkehrszweiges den Anstoß gegeben hat, soll nunmehr der weitere Ausbau des staatlichen Nebenbahnnetzes möglichst mit der Herstellung von zweckmäßigen Kleinbahnen Hand in Hand gehen, um eine gleichzeitige Aufschließung der an die neuen Haupt- und Nebenbahnen angrenzenden Gebiete durch Kleinbahnen zu sichern.

Kleinbahnen.

Angeichts der Bedeutung dieser engsten Maschen des Verkehrsnetzes für die heimische Landwirthschaft, ist durch das Gesetz vom 8. April 1895 ein Kredit von 5 Millionen und durch das Gesetz vom 3. Juni 1896 ein weiterer Kredit von 8 Millionen zur Verfügung gestellt worden, um Kleinbahnen, deren Herstellung im öffentlichen Interesse liegt, aber wegen mangelnder Leistungsfähigkeit der Betheiligten ohne Staatshilfe nicht erfolgen kann, mit Geldmitteln unterstützen zu können.

Aus diesen Krediten sind bis jetzt an Unterstützungen bewilligt:

1. der Löwenberg-Lindower Kleinbahn-Aktiengesellschaft für den Bau der Kleinbahn vom Bahnhof Löwenberg der Nordbahn nach Lindow, 21,4 km lang, in Form einer Betheiligung an dem Unternehmen durch Uebernahme von Aktien in Höhe von . . . 154 000 M
2. dem Kreise Ost-Prignitz für den Bau der Kleinbahn von Prignitz nach Putzig, 17,1 km lang, in Form einer Betheiligung an dem Unternehmen mit einem Fünftel des aufzuwendenden Kapitals ohne Kosten des Grunderwerbs von anschlagsmäßig . . . 136 800 „
3. der Stadtgemeinde Buckow im Kreise Lebus für den Bau einer Kleinbahn vom Bahnhof Dahmsdorf-Müncheberg der Ostbahn nach Buckow, 5 km lang, in Form einer Betheiligung an dem Unternehmen mit . . . 50 000 „
4. dem Kreise Friedeberg für den Bau einer Kleinbahn von Bahnhof Friedeberg der Ostbahn nach Stadt Friedeberg, 6 km lang, in Form einer Betheiligung an dem Unternehmen mit einem Viertel des aufzuwendenden Kapitals ohne die Kosten des Grunderwerbs von anschlagsmäßig . . . 71 250 „
zu 2 bis 4 jedoch unter Einräumung eines Vorzugsrechts der Unternehmer an dem Reingewinn;
5. dem Kreise Rügen behufs Entlastung in seinen Aufwendungen für den Bau der Kleinbahnen auf Rügen, zusammen 93,8 km lang, in Form eines Darlehns von . . . 300 000 „
zu 1½ % Zinsen und ½ % jährlicher Tilgung unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Darlehnsbeträgen

zusammen 712 050 M
für 143,3 km

Kleinbahnen.

Die Bewilligung weiterer Unterstüzungen in Höhe von 4 557 500 Mark ist in Aussicht gestellt worden, durch deren endgültige Bewilligung das Zustandekommen von rund 681 km Kleinbahnen ermöglicht werden soll. Für sechs Kleinbahnen liegen weiterhin noch Anträge auf Gewährung von Staatsbeihilfen im Gesamtbetrage von 1 999 513 Mark vor. Auch sind solche Anträge noch in 20 weiteren Fällen, hinsichtlich deren die Höhe der gegebenenfalls in Aussicht zu nehmenden Staatsbeihilfen zahlenmäßig noch nicht feststeht, zur Anmeldung gelangt, und es darf nach alledem erwartet werden, daß sich der Ausbau von Kleinbahnen nunmehr in rascher Folge und in größerem Umfange vollziehen wird.

Eisenbahntarife.

Auch auf dem Gebiete des Eisenbahn-Tarifwesens hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßregeln zur Durchführung gebracht werden können, die wesentlich zur Förderung der Landwirthschaft bestimmt sind.

Nachdem im Jahre 1889 für die Bezüge von Wegbaumaterialien zur Herstellung ländlicher Wege und Chaussees wirksame Erleichterungen eingeführt waren, wurde für Hilfsstoffe der Landwirthschaft, wie Erden und Düngemittel, sowie für Massenerzeugnisse derselben, wie Kartoffeln, Rüben und Rübenschnitzel der sog. Rohstofftarif eingeführt, dessen Frachtsätze noch unter diejenigen des billigsten Klassentarifs herabgehen. Für einige besonders wichtige Düngemittel, wie rohe Kalisalze, Kalk und Mergel sind noch weitergehende Erleichterungen gewährt. In letzter Zeit wurden überdies mit Geltung bis zum 1. Mai 1897 die Eisenbahntarife für alle Düngemittel von einiger Bedeutung allgemein um weitere 20 % ermäßigt.

Zur Verstärkung der Wirkungen des Reichsgesetzes über die Beseitigung des Identitätsnachweises bei der Getreide- und Mehlausfuhr wurden billige Tarife für die Ausfuhr von Getreide und Mehl nach den Seehäfen eingeführt, um auch den im Binnenlande belegenen Bezirken eine Getreideausfuhr über See zu ermöglichen. Außerdem bestehen allgemein ermäßigte Seeausfuhrtarife für Spiritus und für Fabrikate der Stärkeindustrie. Ebenso wird die Ausfuhr von Zucker nach der Schweiz und den unteren Donauländern, und die Spiritusausfuhr nach der Schweiz, Italien und Frankreich durch ermäßigte Tarife unterstützt.

Die vom Staatsrathe im Jahre 1895 befürwortete Ausdehnung der niedrigen Viehtarife der östlichen Bezirke auf den ganzen Staatsbahnbereich ist seit dem 1. Oktober 1895 durchgeführt.

Verbilligung der Kalidünger.

Beim Syndikate der Kaliwerke hat die Staatsregierung ihren Einfluß benutzt, auf eine Verbilligung der Kalidünger, insbesondere auf Bewilligung von Nothstandspreisen bei Mißernten und auf Einführung von Staffeltarifen für zunehmende Entfernungen der Bezugsorte von den Gewinnungspunkten hinzuwirken. — Die Verbilligung der Kalidünger in den östlichen Provinzen bezwecken auch die zur Aufsuchung von Kalilagern betriebenen fiskalischen Tiefbohrungen, welche allerdings bisher zu einem durchschlagenden Erfolge noch nicht geführt haben, aber noch fortgesetzt werden.

Kornhäuser.

Durch das Gesetz vom 3. Juni 1896 ist zur Errichtung von landwirthschaftlichen Getreidelagerhäusern die Summe von 3 000 000 Mark der Staatsregierung zur Verfügung gestellt worden, um auf geeigneten Bahnhöfen und Wasserumschlagplätzen Kornhäuser zu erbauen. Letztere sollen an landwirthschaftliche Genossenschaften zur Benutzung und zur Verwaltung gegen Entgelt überlassen und hierdurch der heimischen Landwirthschaft die Möglichkeit günstigeren Absatzes ihrer Erzeugnisse, sowie bessere Verkaufsbedingungen als bisher geschaffen, auch die Begründung von Verkaufsgenossenschaften gefördert werden. Es ist zu erwarten, daß die hiermit in Aussicht genommene anderweitige Einrichtung des Getreidehandels, sowie die bessere Behandlung des Getreides, die zweckentsprechende Trocknung, Reinigung,

Sortirung und Aufbewahrung, seine Aptrung d. h. die Herstellung eines Standards, welche die Kornhäuser ermöglichen und bezwecken, gegenüber dem jetzigen Zustande auf diesem Gebiete einen wesentlichen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zeitigen werden.

Um den Landwirthen leichteren und durch Vermeidung von Zwischenhandelskosten vortheilhafteren Absatz ihrer Erzeugnisse zu verschaffen, hatten bereits seither einzelne Verwaltungen und staatliche Anstalten den direkten Bezug zur Deckung ihres Bedarfes an landwirthschaftlichen Erzeugnissen gepflegt. Insbesondere war die Heeresverwaltung immer mehr zu dem Ankauf von Getreide, Heu, Stroh und anderen Erzeugnissen vom Landwirth selbst, unter Vermeidung des Zwischenhandels übergegangen. Um in dieser Beziehung den aus landwirthschaftlichen Kreisen hervortretenden Wünschen noch mehr entgegenzukommen, hat das Staatsministerium durch Beschluß vom 30. April d. J. dieses Vorgehen verallgemeinert und allen Ressortministern empfohlen, den unterstehenden Verwaltungsorganen es zur Pflicht zu machen, so weit dies ohne Schädigung fiskalischer oder allgemeiner Interessen und ohne grundsätzliche Ausschließung des legitimen Handels geschehen könne, die Bedürfnisse der Verwaltungen an landwirthschaftlichen Erzeugnissen thunlichst unmittelbar von den Produzenten zu erwerben. Die Anknüpfung von direkten Beziehungen zu bereits bestehenden Genossenschaften sowie dort, wo vorherrschend kleinerer Besitz einen solchen Verkehr mit dem einzelnen Landwirth erschweren würde, die Einwirkung auf Zusammenschluß der Landwirthe zu Verkaufsgenossenschaften zwecks späterer Uebertragung von Lieferungen auf dieselben, wurden als die hierfür am zweckmäßigsten einzuschlagenden Wege bezeichnet. Eine weitere Bestimmung wurde dahin in Aussicht genommen, daß Zwischenhändlern dann, wenn sie sich bei einem Submissionsverfahren nicht betheiligt hätten, oder wenn ihre Gebote nicht günstiger als die der übrigen Bewerber gewesen seien, Lieferungen nicht übertragen werden sollten.

Der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten hat durch Erlaß vom 18. Mai 1896 und der Minister des Innern durch Erlaß vom 27. Mai 1896 den nachgeordneten Behörden die erforderliche Anweisung zur Beobachtung eines entsprechenden Verfahrens erteilt.

Ankauf landwirthschaftlicher Erzeugnisse seitens der Staatsbehörden direkt von den Produzenten.

Im Mai 1894 fand in einer aus Männern der Wissenschaft und der Praxis zusammenberufenen Versammlung, der sog. Agrarkonferenz, eine Erörterung agrarpolitischer Maßnahmen auf dem Gebiete des Erbrechtes und des Kreditwesens statt. Als nächstes Ergebnis ihrer die Reformbedürftigkeit des ländlichen Erbrechtes betreffenden Verhandlungen ist das Gesetz, betreffend das Auerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern, vom 8. Juni 1896 anzusehen. Für diese Güter, an deren Erhaltung der Staat, insofern sie mit seiner Hilfe begründet werden, ein besonderes Interesse hat, war die Einführung von Vorschriften geboten, welche der Aufhebung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit durch Verfügungen des Eigenthümers entgegenstehen und, ohne Beschränkung seiner Testirfreiheit hinsichtlich des Gutes im Ganzen, für den Todesfall den Gutsübergang auf einen seiner Erben in der Weise vorsehen, daß die Erhaltung des Besitzes in dessen Hand gesichert erscheint. Zu diesem Zwecke hat das Gesetz statt des allgemeinen Intestaterbrechtes ein Auerbenrecht geschaffen, nach welchem das Auerbengut dem Auerben unter Gewährung eines Voraus zum Ertragswerthe angerechnet wird, während die Miterben ihre Abfindungen aus dem Auerbengute regelmäßig nicht in Kapital, sondern nur in Rentenform fordern können. Im Interesse der Miterben ist die Ablösung ihrer Erbabfindungsrenten durch Vermittelung der Rentenbanken zugelassen; auch sind Vorschriften getroffen, welche die Miterben gegen Benachtheiligungen durch die Veräußerung des Auerbengutes seitens des Auerben zu schützen geeignet sind.

Auerbenrecht.

Für die in Aussicht genommene anderweite Regelung des den gesammten ländlichen Grundbesitz betreffenden Erbrechtes gilt als leitender Gesichtspunkt, daß eine solche Reform sich auf das im Volke wurzelnde Rechtsbewußtsein stützen und im engen Anschluß an die bestehenden Erbgewohnheiten zur Durchführung gelangen muß. Um nun die in den einzelnen Landestheilen herrschenden, vom geltenden Recht nicht selten abweichenden Rechtsanschauungen und Rechtsgewohnheiten sorgfältig festzustellen, sind im Jahre 1894 sämtliche Gerichte und Landrathsämter der Monarchie zu eingehenden Berichten über die thatsächliche Vererbung des ländlichen Grundbesitzes veranlaßt worden. Das eingegangene umfangreiche Material ist einer Bearbeitung unterzogen, die so weit gefördert ist, daß die Ergebnisse in Kürze provinzweise werden veröffentlicht werden können.

Es sind auch bereits weitere Erbrechtsgesetze in der Ausarbeitung begriffen, so ein Gesetz, betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr. Diese Gesetzesvorlage wird denjenigen Beschlüssen Rechnung tragen, welche der Westfälische Provinziallandtag auf Anregung des Westfälischen Bauernvereins am 18. Februar d. J. nahezu einstimmig gefaßt hat, und für diejenigen Theile ihres Geltungsgebietes, in denen die ausgesprochene Sitte der Vererbung des ländlichen Grundbesitzes auf einen Erben festgestellt ist, die Beseitigung des Grundsatzes der Westfälischen Landgüterordnung ins Auge fassen, nach welchem das Anerbenrecht nur auf solche Güter Anwendung findet, die auf Antrag des Eigenthümers in die Landgüterrolle eingetragen sind. Es sollen für alle, gewissen Voraussetzungen genügende Güter unter vollständiger Wahrung der Verfügungsfreiheit des Eigenthümers von Amtswegen anerbenrechtliche Bestimmungen vorgeesehen werden, welche die Erhaltung des Gutes in der Hand des Anerben zu sichern geeignet sind.

Die Einführung einer Stammgüterordnung hat der Landtag des Fürstenthums Lüneburg mittelst einstimmigen Beschlusses vom vorigen Jahre als wünschenswerth bezeichnet, um für die Erhaltung ritterchaftlicher und nicht ritterchaftlicher land- und forstwirthschaftlich genutzter Besitzungen in der Familie des Eigenthümers eine bessere Gewähr zu schaffen, als das gegenwärtig geltende Recht sie bietet. Es soll den Eigenthümern aller Güter einer gewissen Größe die Befugniß eingeräumt werden, die Eintragung des Gutes in die Stammgüterrolle zu beantragen und ihm dadurch mit Wirksamkeit für die Rechtsnachfolger die Eigenschaft eines Stammgutes beizulegen. Die charakteristischen Merkmale eines solchen Stammgutes sollen in Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerung, der Belastung und der Zwangsvollstreckung bestehen und mit der Einführung des Anerbenrechtes unter Annahme des Rentenprinzips für die Erbschaftsfindungen der Miterben verbunden werden. Auf Grund der entwickelten Gesichtspunkte ist ein Gesetzentwurf in der Bearbeitung begriffen.

Die von der königlichen Staatsregierung anerkannte Reformbedürftigkeit des Fideikommißwesens hat zu statistischen Ermittlungen über den gegenwärtigen Bestand der Familienfideikommiße in Preußen Anlaß gegeben. Das eingegangene Material, dessen Ergänzung für die Zukunft durch alljährlich einzureichende Nachweisungen der Oberlandesgerichte vorgeesehen ist, wird im königlichen statistischen Bureau verarbeitet. Die Ergebnisse dieser Statistik, die in Kürze veröffentlicht werden können, bieten die unentbehrliche Grundlage für die geplante Revision des Fideikommißrechtes. Da letztere bei der Schwierigkeit des Gegenstandes jedenfalls eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird, mußte für Neuverordnungen und Rügen wegen der dort besonders lästig empfundenen Mißstände ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werden, durch welchen die Errichtung von Familienschlüssen und die Aufnahme von Reventlienhypotheken mit bindender Wirkung für alle Fideikommißfolger ermöglicht wird. Das inzwischen publicirte Gesetz vom 12. Juli

1896 (G.-S. S. 162) hat demzufolge die entsprechenden im Gebiete des Allgemeinen Landrechts geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Neuvorpommern zur Einführung gebracht.

Von besonderer Bedeutung war die Wahrnehmung der landwirthschaftlichen Interessen bei den Vorbereitungen zum Erlasse des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als bald nachdem der Entwurf desselben nach dem Ergebnisse der ersten Lesung veröffentlicht war, wurde auf Veranlassung der landwirthschaftlichen Verwaltung eine eingehende Erörterung des Entwurfes vom Standpunkte der landwirthschaftlichen Interessen durch das Landes-Ökonomie-Kollegium in die Wege geleitet. Die betreffenden Verhandlungen fanden nach gründlicher kommissarischer Vorbereitung unter Betheiligung eines Vertreters des Reichs-Justizamtes im November 1889 statt und führten zur Formulirung einer großen Zahl von Abänderungsanträgen, welche größtentheils bei der zweiten Lesung und bei der demnächst im Bundesrathe erfolgten Feststellung des endgültigen Entwurfes Berücksichtigung gefunden haben, so daß der Entwurf in derjenigen Gestalt, wie er dem Reichstage vorgelegt ist und dessen Zustimmung gefunden hat, in landwirthschaftlicher Beziehung einen sehr wesentlichen Fortschritt gegen die ursprüngliche Vorlage bedeutet und im Ganzen den berechtigten landwirthschaftlichen Forderungen Genüge leistet. Unter denjenigen Punkten, in welchen die Vorschläge des Landes-Ökonomie-Kollegiums Erfolg gehabt haben, sind zu erwähnen:

Bürgerliches
Gesetzbuch.

gewisse zur Vermeidung widerlicher Ausbeutungen dienende Beschränkungen der Vertragsfreiheit, u. a. die Einführung eines richterlichen Ermäßigungsrechtes für übermäßig hohe Konventionalstrafen (§ 343 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

die Aufnahme einer Bestimmung gegen den chifandösen Mißbrauch eines Rechts, namentlich des Eigenthumes (§ 226 das.);

die Aufnahme des Grundsatzes, daß Pacht und Miethe durch den Verkauf der verpachteten (vermieteten) Sache nicht berührt werden, sowie mehrfache sonstige im Interesse der ländlichen Pachtungen getroffene Modifikationen;

die bessere Gestaltung des Besitzschutzes, auch in Ansehung der Grunddienstbarkeiten;

die Beibehaltung des für den Grundkredit wichtigen Instituts der Vorrechtseinräumung in der bisherigen Gestalt, also ohne Konsens des Zwischengläubigers (§ 880 das.);

die Beseitigung des Eintragungszwanges für bestehende ländliche Grundgerechtigkeiten;

die Einführung des Instituts der Rentenschuld (§§ 1199—1203 das.);

die Wahrung der gesetzlichen Mündelsicherheit der Pfandbriefe in dem bisherigen Umfange;

die strengere Verhaftung des Zubehörs für Real-schulden im Interesse des ländlichen Grundkredits (§§ 1121, 1122 das.);

die Erleichterung des Aufgebotes getilgter Hypotheken (§ 1170 das.);

eine erleichterte Form der Schuldübernahme beim Verfaufe hypothekarisch oder grundschuldmäßig verschuldeter Grundstücke (§ 416 das.);

eine vereinfachte Eintragung der Hypotheken öffentlicher Kreditanstalten (§ 1115 das.);

Die Aufnahme von Bestimmungen, welche bei testamentarischer Vererbung von Landgütern zu Gunsten des Gutsübernehmers die Übernahme nach dem Ertragswerthe anstatt nach dem Verkaufswerthe begünstigen (§§ 2049, 2312 das.).

Außerdem ist durch erweiterte Vorbehalte im Entwurfe des Einführungsgesetzes der Landesgesetzgebung eine ihr angemessen erscheinende Regelung des Agrarrechts offen gehalten, namentlich auch die Einführung des Auerbenrechts als gesetzlichen Intestaterbrechts und die Einführung gesetzlicher Verschuldungsbeschränkungen.

Wasserrecht.

Die vom Landes-Deconomie-Kollegium gleichfalls be-
fürwortete reichsgezekliche Regelung des Wasserrechts hat
sich, weil die Zuständigkeit der Reichsgezekgebung in der
Hauptfache auf die privatrechtliche Seite des Wasserrechts
beschränkt ist, während eine Trennung der privatrechtlichen
und der öffentlich-rechtlichen Beziehungen in dieser
Materie nicht angängig erscheint, bisher nicht verwirklichen
lassen. Es ist daher eine landesgezekliche Modifikation des
gesamten Wasserrechts für Preußen in Angriff genommen,
der dieserhalb aufgestellte und veröffentlichte umfangreiche
Gezekentwurf hat ein äußerst zahlreiches Material an begut-
achtenden Aeußerungen und anderweiten Vorschlägen zu
Tage gefördert, dessen Verarbeitung noch im Gange ist.
Das Staatsministerium wird sich demnächst wegen der
weiteren Behandlung des Gezekentwurfes schließig machen.

Hochwasser-
Auschuß.

Durch Allerhöchsten Erlaß vom 28. Februar 1892
wurde ein Auschuß zur Untersuchung der Wasserverhält-
nisse in den der Ueberschwemmung ausgesetzten Fluß-
gebieten eingesetzt und es wurden demselben die beiden
Fragen zur Prüfung und Beantwortung vorgelegt:

- A. Welches sind die Ursachen der in neuerer Zeit vor-
gekommenen Ueberschwemmungen, hat namentlich
das System, welches bei der Regulirung und Kana-
lisirung der preußischen Flüsse bisher befolgt ist, zur
Steigerung der Hochwassergefahr und der in neuerer
Zeit in beträchtlichem Umfange vorgekommenen
Ueberschwemmungsschäden beigetragen, und welche
Aenderungen dieses Systems sind bejahenden Falles
zu empfehlen?
- B. Welche anderweiten Maßregeln können angewendet
werden, um für die Zukunft der Hochwassergefahr
und den Ueberschwemmungsschäden soweit wie mög-
lich vorzubeugen?

Behufs Erledigung dieser Aufgabe hat zunächst eine
sorgfältige Sammlung und Sichtung der von den Melio-
rations-Bauämtern und der Forstverwaltung bereits seit
geraumer Zeit gesammelten und für den vorliegenden Zweck
zur Verfügung gestellten Unterlagen, sowie eine Ergänzung
derselben durch das von dem Auschuße eingesetzte technische
Bureau stattgefunden. Eine hydrographisch-wasserwirth-
schaftliche Beschreibung des Oberstromes ist seitens dieses
Bureaus bereits fertig gestellt. Ein gleichartiges Werk für
die Elbe wird voraussichtlich binnen Kurzem folgen und
es werden sich demnächst entsprechende Ausarbeitungen für
Weichsel, Memel und Weser anschließen. — Sodann hat
eine genaue Besichtigung der einzelnen Flußläufe (Oder,
Elbe, Weser, Weichsel, Memel) durch die Mitglieder des
Auschußes stattgefunden, wobei jedesmal Interessenten der
verschiedenen Berufsclassen mit ihren Anliegen und Anträgen
gehört worden sind. — Auf Grund dieser Besichtigungen
und der angestellten technischen Ermittlungen und nach
Erörterung aller in Betracht kommenden Fragen hat der
Auschuß die Beantwortung der Frage A abschließen können
und seine Ansicht in eingehend begründeten Resolutionen
zusammengefaßt, die demnächst an Allerhöchster Stelle zur
Vorlage gelangen sollen. Die Beantwortung der Frage B
soll für jeden Strom getrennt und zwar in derselben
Reihenfolge, in der das technische Bureau die Flußbeschrei-
bungen fertig stellt, erfolgen. Für die Bearbeitung der
Verhältnisse an der Oder, soweit sie die Frage B betreffen,
ist bereits ein Unterauschuß gewählt und in Thätigkeit
getreten.

Förderung der
Meliorationen.

Behufs Förderung des Meliorationswesens ist
der systematischen Erforschung der wasserwirtschaftlichen
Verhältnisse in den Niederschlags- und Abflußgebieten auch
hinsichtlich der nicht schiffbaren Wasserläufe erhöhte Fürsorge
zugewendet, um dadurch für die Aufstellung von Projekten
zur Entwässerung und Eindeichung von Niederungen,
speziell auch zur Regulirung von Wasserläufen im Vorfluth-
interesse, zuverlässige Grundlagen, deren Mangel den

Meliorationsunternehmungen früherer Jahre in manchen Fällen verderblich geworden ist, zu schaffen.

Zu dem Zwecke ist das Niederschlagsgebiet der einzelnen norddeutschen Flüsse ermittelt, ein zusammenhängendes Netz von regelmäßig beobachteten Pegeln geschaffen und eine systematische Verarbeitung des Ergebnisses ihrer Beobachtungen in Verbindung mit den Ergebnissen der über die ganzen Niederschlagsgebiete vertheilten Regenbeobachtungsstationen und der Messungen über die von den Wasserläufen auf einzelnen Strecken geführten Wassermengen eingeführt. Um die Abgrenzung und Größe der Niederschlagsgebiete, deren Kenntniß für die Beurtheilung der wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung ist, den beteiligten Kreisen zu veranschaulichen, ist eine 42 Blätter enthaltende Wasserkarte Norddeutschlands ausgearbeitet und vervielfältigt worden. Die Stationen für Regen- und Pegelbeobachtung sind darin verzeichnet. Ferner sind für die einzelnen Flußgebiete sogenannte Wasserbücher aufgestellt, beziehungsweise in Aufstellung begriffen, die ein vollständiges Bild aller für die Wasserwirtschaft des Flusses wesentlichen Verhältnisse, seiner Tiefen, Breiten, Wasserführung, Ueberbrückungen, Stauanlagen u. s. w., ergeben. Zur Deckung der durch diese Arbeiten für den Staat entstehenden Kosten ist ein Fonds in den Staatshaushaltsetat eingestellt, der 1886/87 mit 15 000 Mark, 1888/89 mit 22 500 Mark, 1889/90 mit 30 000 Mark und 1896/97 mit 40 000 Mark ausgestattet worden ist.

Das zur technischen Bearbeitung der Landesmeliorationen eigens vorgebildete Personal der Meliorationsbauverwaltung ist stetig vermehrt worden. Während der Etat für 1891/92 nur 28 Stellen aufwies, enthält der Etat für 1896/97 — 83 Stellen, von denen 44 für Techniker höherer Ordnung und 39 für Wiesenbaumeister bestimmt sind. Mit Hilfe dieses vermehrten Personals ist es ermöglicht worden, die Bearbeitung der Projekte und ihre Ausführung, insbesondere aber auch die Unterhaltung der geschaffenen Anlagen, einer ständigen fachgemäßen Aufsicht zu unterstellen. Die Vermehrung des Personals hat naturgemäß eine Steigerung der betreffenden staatlichen Ausgaben zur Folge gehabt und, gegenüber einer Gesamtsumme von 251 015 Mk. im Etatsjahre 1891/92, für 1896/97 einen Aufwand von 450 616 Mark erfordert.

Neben dieser auf die Förderung des Meliorationswesens im Allgemeinen gerichteten Thätigkeit des Staates hat, wie im Anschlusse hieran zu erwähnen ist, eine weitgehende finanzielle Unterstützung der einzelnen Meliorationsunternehmungen stattgefunden, zunächst aus den hierfür bestimmten Dispositionsfonds, sodann aber auch durch außerordentliche Bereitstellung staatlicher Mittel für besonders bedeutungsvolle Projekte. Der Staatshaushaltsetat hat im Ordinarium und Extraordinarium hierfür in den letzten Jahren folgende Summen ausgeworfen:

1891/92	2 108 459 Mark
1892/93	1 759 959 "
1893/94	1 744 259 "
1894/95	2 010 259 "
1895/96	2 137 259 "
1896/97	2 444 700 "

zusammen 12 204 895 Mark.

In diesen Zahlen sind auch diejenigen 200 000 Mark enthalten, die seit geraumer Zeit alljährlich zur Beseitigung des landwirtschaftlichen Nothstandes im Eifelgebiet der Rheinprovinz verwendet und diejenigen 300 000 Mark, die zu Versuchen für das Einlassen von Winterhochwasser in bedachte Niederungen einmalig bestimmt worden sind.

Neben diesen etatsmäßigen Ausgaben sind noch besondere Mittel zur Hebung der wirthschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks Oppereln durch das Gesetz vom 23. Februar 1881 bereit gestellt und — vorwiegend für Dränagen und Flußregulirungen — bisher in Höhe von 5 141 951 Mark (davon seit dem 1. Januar 1891 = 1 382 519 Mark) in Anspruch genommen worden. Es sind ferner durch Bewilligungen festgelegt, aber noch nicht verwendet = 1 078 901 Mark, so daß die Zuwendungen aus den Mitteln jenes Gesetzes insgesammt 6 220 852 Mark betragen haben. Außerdem sind aus den durch das Gesetz vom 13. Mai 1888 zur Verfügung gestellten Krediten zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1888 herbeigeführten Verheerungen an einzelne Meliorations-, sowie namentlich an Deichverbände, und zwar nicht nur zur Wiederherstellung, sondern auch zur Verbesserung beschädigter Anlagen 6 214 000 Mark (davon seit dem 1. April 1891 746 000 Mark) hergegeben worden.

Zugleich haben die damaligen Hochwasserschäden an der Weichsel zu einer Regulirung der Weichselmündung behufs Verbesserung des Abflusses von Hochwasser und Eisgang im Interesse der eingedeichten Niederungen Anlaß gegeben, wozu aus staatlichen Mitteln nach dem Gesetze vom 20. Juni 1888 — G. S. S. 251 — 12 770 000 Mk. bereit gestellt worden sind. Zu erwähnen ist endlich noch, daß in geeigneten Fällen bei Meliorationsverbänden Erleichterungen der bestehenden Schuldverbindlichkeiten durch gänzlichen oder theilweisen Erlaß von Staatsdarlehen eingetreten sind. Daneben ist vielfach der Erlaß rückständiger Verzinsungs- und Tilgungsquoten, die Stundung fälliger Raten und die Ermäßigung des ursprünglich festgestellten Zins- und Tilgungssatzes auf eine längere und kürzere Reihe von Jahren, je nach dem Einzelfalle, erfolgt. Abgesehen von diesen auf die Verzinsung und Tilgung bestehender Staatsdarlehen bezüglichen Erleichterungen ergibt die Zusammenstellung vorstehender Summen, daß zur Förderung des Meliorationswesens seit dem 1. April 1891, nach Ausscheidung der Ausgaben für das Personal, aus der Staatskasse insgesammt 27 103 414 Mark aufgewendet worden sind.

Es muß hervorgehoben werden, daß auch die meisten Provinzialverbände zur finanziellen Förderung der Landesmeliorationen, zu der sie nach § 4 Nr. 2 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 berufen sind, in einem mit der Ungunst der landwirthschaftlichen Verhältnisse zunehmenden Umfange sich haben bereit finden lassen und theilweise recht erhebliche, weit über den hierfür in der Dotationsrente überwiesenen Betrag hinausgehende Mittel aufgewendet haben.

Diesem finanziellen Zusammenwirken von Staat und Provinz in Verbindung mit den günstigen Ergebnissen der auf zuverlässiger Grundlage durch geschulte Beamte vorbereiteten und ins Leben gerufenen Unternehmungen der neueren Zeit dürfte es zuzuschreiben sein, daß die Bestrebungen der Grundbesitzer, ihre Ländereien auf genossenschaftlichem Wege namentlich durch Ent- und Bewässerung zu verbessern, in den letzten Jahren eine bemerkenswerthe Ausdehnung erfahren haben. Nach den vorhandenen Verzeichnissen bestanden bis Ende 1890 in der Monarchie 1560 Deichverbände und Genossenschaften, insgesammt 2 125 781 ha umfassend.

Berücksichtigt man, daß in dieser Zahl die umfangreichen Entwässerungsverbände aus der Zeit Friedrichs des Großen eingegriffen sind, so erscheint die Zunahme um 554 Verbände und Genossenschaften mit 242 711 ha seit dem 1. Januar 1891 als bedeutend.

Bemerkenswerth ist die verhältnißmäßig beträchtliche Zunahme in den östlichen Provinzen, welche folgende Nachweisung ergibt:

	Zeitraum bis 1890		1891 bis 1896		
	Zahl der Meliora- tions- Verbände	Fläche	Zahl der Meliora- tions- Verbände	Fläche	Ausführungs- kosten.
		ha		ha	M.
Ostpreußen . . .	116	399 566	63	40 457	5 427 469
Westpreußen . . .	114	223 395	39	70 998	1 226 525
Posen	82	119 050	55	29 654	4 229 342
Brandenburg . . .	52	187 646	20	16 529	4 043 773
Schlesien	192	141 386	119	26 640	5 149 870

Die Ausführungskosten der seit dem 1. Januar 1891 begründeten Meliorationsverbände haben nicht immer festgestellt werden können; soweit hierüber Angaben vorliegen, haben sie anschlagsmäßig 26 524 291 Mark betragen.

Zur Förderung der Meliorationen hat der Minister des Innern durch Erlass vom 14. Januar 1895 angeordnet, daß zu den von Behörden oder Privatpersonen unternommenen Meliorationen Strafgefangene verwendet werden können. Der Arbeitslohn ist auf 40 Pfennige für den Arbeitstag festgesetzt; hierzu treten noch die Kosten für Verstärkung der Aufsicht, Verbesserung der Verpflegung, Vorhalt der Arbeitsgeräthe u. s. w. Die auf Grund dieses Erlasses auf Domänen angestellten Versuche haben bis jetzt ein günstiges Ergebnis gehabt.

Als von weittragender Bedeutung für die ländlichen Verhältnisse, namentlich des Ostens der Monarchie, stellt sich die Rentengutsgefeßgebung dar. Nachdem durch das Gesetz über Rentengüter vom 27. Juni 1890 der Rahmen geschaffen war, innerhalb dessen der eigenthümliche Erwerb eines Grundstücks gegen eine feste Geldrente erfolgen kann, und nachdem auf diese Weise die dem Wesen des Grund und Bodens als einer Rentenquelle und seinem Ertragswerthe entsprechende Rentenschuld gegenüber der römisch-rechtlichen Kapitalschuld zur Anerkennung gelangt war, hat die Staatsregierung mit dem Gesetze vom 7. Juli 1891 den weiteren Schritt gethan, die Errichtung solcher Rentengüter von gewissem Umfange zu fördern. Es galt, in den Landestheilen mit ungleicher Grundbesitzvertheilung durch Schaffung mittlerer und kleinerer ländlicher Stellen das besonders in den östlichen Provinzen fehlende, wirtschaftlich wie sozial gleich wichtige Mittelglied zwischen dem Großgrundbesitz und dem besitzlosen Arbeiter herzustellen, einen festhaften ländlichen Arbeiterstand zu schaffen, der Auswanderung, der Sachfengängerei und dem überhandnehmenden Drängen nach den großen Städten entgegen zu wirken, eine intensivere Ausnutzung des Bodens durch Schaffung günstigerer Vorbedingungen für seine Bewirthschaftung in abgerundetem Besitz von mäßigem Umfange zu ermöglichen, eine bessere Vertheilung der Bevölkerung auf dem platten Lande anzustreben und für dieses Alles eine weitgehende Unterstützung durch Einsetzung des Staatskredits eintreten zu lassen.

Die Erfolge dieser Bestrebungen sind, wie sich aus nachstehenden Angaben ergibt, günstige gewesen. Seit Erlass des Gesetzes vom 7. Juli 1891 sind bis Ende des Jahres 1895 unter Vermittelung der Generalkommissionen im Ganzen 7723 Rentengüter mit einem Areal von 82 380 ha für einen — in Kapital ausgedrückten — Kaufpreis von 61 Millionen Mark errichtet und hiervon bereits 5021 Güter mit einem Areal von 53 116 ha für einen Kaufpreis von 44 Millionen Mark auf die Rentenbanken übernommen worden. Von den letzteren sind 3485 Neuansiedelungen, der Rest sind Zukäufe zu vorhandenen Stellen.

In welcher bedeutendem Umfange der Staatskredit durch diese Rentengutsbildungen bereits in Anspruch genommen ist, erhellt aus dem Umstande, daß zur theilweisen Deckung

Rentenguts-
gefeßgebung.

des Kaufpreises rund 30 480 000 Mark und als Darlehne zur Ausführung der erforderlichen Gebäude rund 2 360 000 Mark Rentenbriefe ausgegeben worden sind.

Um ferner den Rentengutsanwerbern in der schwierigen Zeit der ersten Einrichtung ihrer neuen Anwesen zu Hilfe zu kommen, um insbesondere den Wege- und Grabenbau, die Meliorationen und die mit der Neubildung von Gemeinden zusammenhängenden kommunalen Einrichtungen zu unterstützen, sind seit dem Jahre 1894 besondere staatliche Mittel zu Beihilfen ohne Beding der Rückgewähr durch den Etat bereit gestellt, die von ursprünglich 30 000 Mark auf 150 000 Mark erhöht worden und bisher im Gesamtbetrage von 300 000 Mark den Rentengutsbesitzern zugewendet sind.

Daß die mit den Rentengutsgesetzen beabsichtigte innere Kolonisation namentlich in ihren Anfängen auf ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten stoßen werde, war nach den Erfahrungen früherer Kolonisationen voranzusehen, und es wird deshalb nicht befremden können, wenn diesen Schwierigkeiten ein Theil der ersten Rentengutsbildungen zum Opfer gefallen ist. Genaue statistische Ermittlungen haben indessen einen so geringen Prozentsatz der mißlungenen Rentengüter ergeben, daß im Großen und Ganzen die Erfolge als durchaus befriedigend bezeichnet werden müssen. Insbesondere wird man die stetige und beträchtliche Abnahme der Auswandererziffer seit dem Jahre 1891 zu einem Theile mit der fortschreitenden Wirksamkeit des Rentengutsgesetzes in ursächlichen Zusammenhang bringen dürfen, denn während aus den Provinzen Westpreußen und Posen im Jahre 1891 noch 29 238 Personen ausgewandert sind, fiel diese Zahl in 1892 auf 24 106, in 1893 auf 13 011, in 1894 auf 4 220, endlich in 1895 auf 4 023. —

Im Hinblick auf die besonderen Schwierigkeiten, mit denen die Prüfung der Vorbedingungen für die Lebensfähigkeit von Rentengütern verknüpft ist, wurde angeordnet, daß sich die Spezialkommission der Unterstützung von mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Sachverständigen bedienen, und daß sie sich selbst zu ihrer weiteren Ausbildung durch Beschäftigung auf rationell bewirthschafteten Gütern (Domänen, Ansiedelungsgütern) mit den Bedürfnissen der praktischen Landwirtschaft bekannt machen.

Kolonisation auf
staatlichem Grund
und Boden.

Das Werk der inneren Kolonisation aber hat die Staatsregierung nicht der privaten Thätigkeit allein überlassen, sondern ist gleichzeitig auch selbst damit vorgegangen, indem sie in umfangreichem Maße staatlichen Grund und Boden für die Besiedelung bestimmt hat. Zu diesem Zwecke sind zunächst ca. 3000 ha von bereits in Kultur befindlichem Domänen- und forstfiskalischen Besitz zur Verfügung gestellt worden, auf denen bis jetzt 123 Rentengüter mit 312 ha Flächeninhalt begründet sind, während die Errichtung weiterer Rentengüter aus forstfiskalischem Besitz in den Provinzen Ost-, Westpreußen und Posen im Gange ist. Die Ansiedler sind durch Bauprämien, amortisirbare Baudarlehen und Beihilfen zur erstmaligen Einrichtung wesentlich unterstützt worden.

Um ferner für die fiskalischen Forsten Walдарbeiter dauernd zu gewinnen, sind solche auf fiskalischen Pachtflächen jeßhaft gemacht und ist ihnen in gleicher Weise bei Errichtung eigener Gebäude mit staatlichen Mitteln geholfen worden.

Endlich ist die Kultivirung ausgedehnter fiskalischer Moorländereien fortgesetzt und neu in Angriff genommen und von diesen Flächen zunächst ein Areal von 3340 ha zur Auslegung von 435 Stellen bestimmt worden. Es kommen hier vornehmlich in Betracht das Marcards- und Rehdingen-Moor in der Provinz Hannover, das Angstmal- und Kupfaler-Moor, sowie Großes Moosbruch in der Provinz Ostpreußen. Hier ist überall mit der Urbarmachung durch Entwässerung und Befestigung des Moores, mit seiner Herrichtung zur Hochmoor- und Fehnkultur durch Kanal-, Straßen- und Feldbahnanlagen, mit der Vorbereitung des

Bodens durch Düngung, mit der Anlegung von Versuchsfeldern und Wiesen begonnen und sind auf den schon länger kultivierten Flächen mit staatlichen Mitteln Kolonate errichtet worden, die im Wege der Rentengutsbildung aus dem Pacht in das Eigentumsverhältnis übergeführt werden sollen. Für alle diese kolonisationsmäßigen Maßnahmen sind seit dem Jahre 1892 unter der Zweckbestimmung „für die Errichtung ländlicher Stellen auf staatlichem Grund und Boden“ insgesamt 860 000 Mark durch den Etat bereit gestellt worden. —

Zur Zusammenhänge hiermit ist die Thätigkeit der Ansiedelungskommission zu erörtern, die, wenngleich von national-politischen Gesichtspunkten ausgehend, im Endzweck gleichfalls auf die innere Kolonisation gerichtet ist.

Ansiedelungs-
kommission.

Von dem durch das Gesetz vom 26. April 1886 der Staatsregierung zur Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen zur Verfügung gestellten 100 Millionen-Fonds sind bis zum April 1896 unter Berücksichtigung der Rückennahmen rund 70 Mill. verwendet worden. Erworben sind 141 Güter und 35 Bauernhöfe mit einem Areal von 89 200 ha zum Kaufpreise von rund 53 900 000 Mark. Sehr beträchtliche Mittel sind und mußten hier für die Kultur der meist herabgewirtschafteten Güter, sowie zu ihrer Ueberführung in den Kleinbetrieb aufgewendet werden. Außer umfangreichen Wege-, Graben- und Vorfluthanlagen sind insbesondere Dränagen angelegt beziehungsweise vorbereitet auf einem Areal von 26 000 ha mit einem Kostenaufwande von 4 400 000 Mark, Bruch-, Moor- und Wiesenentwässerungen, Moordammkulturen auf einem Areal von 1200 ha mit einem Kostenaufwand von 350 000 Mark. — Besiedelt mit 1845 Kolonisten ist bereits eine Fläche von 32 000 ha zu einem Anrechnungswerthe von 20 Mill. Mark. Ueberhaupt aber sind Besiedelungspläne bisher ausgearbeitet für 2709 Kolonate im Flächeninhalt von 47 500 ha zum Werthe von rund 31 Millionen Mark.

In entsprechendem Maße sind staatliche Mittel für bauliche Anlagen auf den Ansiedlerstellen, sowie für öffentliche Zwecke verwendet worden. Im Ganzen wurden 994 Gebäude mit einem Kostenaufwande von 4 066 000 Mark aufgeführt, wovon rund 1 460 000 Mark allein für öffentliche Bauten (u. A. 66 Schulen, 6 Kirchen, 3 Bethäuser, 7 Pfarreien, 29 Armenhäuser) verausgabt sind. — Hand in Hand mit der Besiedelung ging die Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse und die Zusammenfassung der Kolonisten in geordnete, leistungsfähige Gemeinwesen, der wichtigsten Vorbedingung für den Bestand jeder Kolonisation. So sind bereits 37 Landgemeinden, 11 Kirchengemeinden, 54 Schulgemeinden neu gebildet und mit einem Areal von 1827 ha dotirt worden, während weitere 19 Landgemeinden, 13 Kirchengemeinden, 9 Schulgemeinden in der Bildung begriffen sind.

In umfassenderem Maße, als dies bei den privaten Rentengutsbildungen jeither möglich war, ist hier den Kolonisten in jeder Hinsicht staatliche Unterstützung zu Theil geworden durch Verbilligung der Baumaterialien, des lebenden und todtten Inventars, der Düngemittel, des Personalkredits, wie es andererseits den Bemühungen der Ansiedelungskommission allmählich auch gelungen ist, das Interesse für genossenschaftliche Vereinigung bei den Kolonisten zu wecken, wovon die Bildung von 12 landwirthschaftlichen Vereinen, 11 Raiffeisen'schen Darlehnskassen, von Brenner- und Dränagegenossenschaften Zeugniß giebt.

Ein reiches Feld der Wirksamkeit auf dem Gebiete der Landeskultur hat sich gerade in der neuesten Zeit den Generalkommissionen eröffnet, und es muß als ein günstiges Zeichen für die Steigerung wirthschaftlicher Intelligenz erachtet werden, daß die Anträge auf Zusammenlegung der Grundstücke sich stetig mehren und jetzt auch aus Kreisen gestellt werden, die sich bislang ablehnend dagegen verhalten hatten. Immer mehr gewinnt die Einsicht Boden, daß die

Ansich-
einander-
sehungsfachen.



Grundstücks-Zusammenlegung die wesentlichste Voraussetzung für eine intensive Bewirtschaftung und für durchgreifende Meliorationen ist und daß letztere auf die zweckmäßigste und vollkommenste Weise in Verbindung mit der Verkoppelung durchgeführt werden.

In Folge dieses Aufschwunges der Geschäfte hat es sich auch als notwendig ergeben, die bisher drei Provinzen umfassende Generalkommission in Bromberg im Interesse einer schnelleren Durchführung der Auseinandersetzungsachen zu theilen und eine besondere Generalkommission für Ostpreußen in Königsberg zu errichten, die mit dem 15. Juni dieses Jahres ins Leben getreten ist.

Neben den Rentengutsbildungen, deren oben bereits gedacht ist und die vorzugsweise die Thätigkeit der östlichen Generalkommissionen in hohem Maße in Anspruch genommen haben, sind es auch die Zusammenlegungen, die Befreiung des Grund und Bodens von Reallasten, sowie die Gemeinheitstheilungen, auf deren Gebiete günstige Ergebnisse zu verzeichnen sind. So wurden in den letzten 5 Jahren 442 Gemarkungen mit einem Areal von über 156 000 ha zusammengelegt, hierdurch die Zahl der alten Parzellen um 25 % vermindert, weitere 289 000 ha von Servituten befreit und endlich von 72 200 Grundstücke-eigenthümern die Reallasten abgelöst und dafür als Entschädigungen festgestellt rund 4 382 000 Mark Kapital, 325 000 Mark Geldrente, 3200 Neuschefel Roggenrente und 166 ha Land. In 8584 Fällen ist während desselben Zeitraums das Auseinandersetzungsverfahren durch Bestätigung des Rezzesses endgültig abgeschlossen worden.

Eine besondere Berücksichtigung hat der Ausbau der Wege- und Grabenneze erfahren, und zahlreiche Flußregulirungen, Ent- und Bewässerungen sind gelegentlich der Verkoppelung auf genossenschaftlichem Wege durchgeführt worden, deren zahlenmäßige Ergebnisse bereits oben bei dem Meliorationswesen berücksichtigt sind. Außer den dort gleichfalls nachgewiesenen Beihilfen sind besonders für die aus Anlaß von Gemeinheitstheilungen und Zusammenlegungen erforderlich werdenden sog. Folgeeinrichtungen, für den Ausbau von Wegen, Gräben und dergl., besondere staatliche Beihilfen durch den Etat bereitgestellt, seit dem Jahre 1889 von 150 000 Mark auf 250 000 Mark und im Etat für 1896/97 auf 300 000 Mark erhöht worden, sodaß in den letzten 5 Jahren hieraus ein Betrag von 1 550 000 Mark den bedürftigen bäuerlichen Interessenten zugewendet werden konnte.

Besonders zu erwähnen ist bei den Auseinandersetzungsachen das Vermessungswesen, welches eine durchgreifende Veränderung erfahren hat. Der aus der Auseinandersetzung hervorgehende neue Grundstücksbestand wird nach vorheriger Absteckung und Versteinung einer Neuvermessung unterzogen, welche im Gegensatz zu dem früheren Verfahren, nach welchem jede der Auseinandersetzung unterworfenen Gemarkung einen für sich abgeschlossenen Messungsbezirk bildete, an die Triangulation der Landesaufnahme, oder, soweit diese noch nicht fertiggestellt ist, an andere brauchbare Triangulationen angeschlossen wird, so daß sie auch für größere zusammenhängende Kartenwerke Verwendung finden kann.

Die Vermessungen werden unter Leitung und Ueberwachung der bei den Generalkommissionen angestellten technischen Aufsichtsorgane nach den bewährtesten Methoden durchgeführt und bilden auch die Unterlage für die nach Abschluß des Auseinandersetzungsverfahrens bei den Generalkommissionen herzustellenden, den Regierungen auszuhändigenden Gemarkungsurkunden des Katasters. Da sämtliche Messungspunkte, auf welche die Neuaufnahmen gegründet sind, im Felde unterirdisch vermerkt werden, lassen sich alle etwa abhanden kommenden Grenzsteine später nach den vorhandenen Maßen wiederherstellen, so daß der Besitzstand der Beteiligten auf Generationen hinaus gesichert ist und kostspielige Prozesse und Verfeindungen aus Anlaß streitiger Grenzen als ausgeschlossen

gelten können. Dies ist um so wichtiger, als im letzten Jahrzehnt die Vermessungen innerhalb der landwirthschaftlichen Verwaltung einen ganz bedeutenden Umfang angenommen haben. Beispielsweise erstreckten die bei den General-Kommissionen im Jahre 1893 anhängigen oder beendigten und die für das Jahr 1894 beabsichtigten Vermessungen sich nach einer Zusammenstellung des Centraldirektoriums der Vermessungen im Preussischen Staate über eine Fläche von 398 857 ha oder etwa den 87. Theil der gesammten Monarchie.

Zur Beschleunigung der geologischen Landesaufnahme der norddeutschen Tiefebene sind zum Nutzen der Bodenkultur neben den von den Provinzen gemachten Aufwendungen auch größere Staatsmittel zur Verfügung gestellt und vermehrte Kräfte herangezogen.

Geologische
Landesaufnahme.

In der Thronrede zur Eröffnung des Landtages vom 16. Januar 1894 wurde die Vorlage des Gesetzes über die Landwirthschaftskammern mit folgenden Worten angekündigt:

Landwirthschafts-
kammergesetz.

„Angesichts der hohen Bedeutung der Landwirthschaft für das Staatswohl erkenne Ich es als die Aufgabe Meiner Regierung, nicht nur fortgesetzt das Gedeihen der Landwirthschaft zu fördern, sondern auch eine Gestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Besitzes zu erstreben, die ihn in den Stand setzt, auch ungünstige Zeiten zu überwinden. Ein so schwieriges Werk ist nicht durchführbar ohne die dauernde Mitarbeit selbständiger, auf öffentlich-rechtlichem Grunde ruhender Organe der Berufs-genossen, an welchen es bisher der Landwirthschaft fehlte. Die Herstellung einer allgemeinen korporativen Vertretung der Landwirthschaft ist daher der erste nothwendige Schritt zu dem bezeichneten Ziele. Diese Vertretung wird berufen sein, die Hebung der Landwirthschaft durch gemeinsame Einrichtungen zu betreiben, der Regierung als Beirath zu dienen und bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, welche auf die Verbesserung des Kreditwesens und die Beseitigung der Uebelstände gerichtet sind, die auf der übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes und den ungeeigneten Formen derselben beruhen.“

Das unter dem 30. Juni 1894 erlassene Gesetz bestimmt dementsprechend in § 2 die Aufgaben der Landwirthschaftskammern dahin: „die Gesamtinteressen der Land- und Forstwirthschaft ihres Bezirkes wahrzunehmen, und zu diesem Behufe alle auf die Hebung der Lage des ländlichen Grundbesitzes abzielenden Einrichtungen, insbesondere die weitere korporative Organisation des Berufsstandes der Landwirthe zu fördern“. Die Landwirthschaftskammern haben „das Recht, selbständige Anträge zu stellen“, sie haben „die Verwaltungsbehörden bei allen die Land- und Forstwirthschaft betreffenden Fragen durch thatsächliche Mittheilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie haben nicht nur über solche Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung sich zu äußern, welche die allgemeinen Interessen der Landwirthschaft oder die besonderen landwirthschaftlichen Interessen der theilhaftigen Bezirke berühren, sondern auch bei allen Maßnahmen mitzuwirken, welche die Organisation des landwirthschaftlichen Kredits und sonstige gemeinsame Aufgaben betreffen. Die Landwirthschaftskammern haben außerdem den technischen Fortschritt der Landwirthschaft durch zweckentsprechende Einrichtungen zu fördern. Zu diesem Zwecke sind sie namentlich befugt, die Anstalten, das gesammte Vermögen, sowie die Rechte und Pflichten der bestehenden landwirthschaftlichen Centralvereine auf deren Antrag zur bestimmungsmäßigen Verwendung und Verwaltung zu übernehmen und mit deren bisherigen lokalen Gliederungen ihrerseits in organischen Verband zu treten, sowie sonstige Vereine und Genossenschaften, welche die Förderung der landwirthschaftlichen Verhältnisse zum Zwecke haben, in der Ausführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Den Landwirthschaftskammern wird nach Maßgabe der für

die Börsen und Märkte zu erlassenden Bestimmungen eine Mitwirkung bei der Verwaltung und den Preisnotirungen der Produktenbörsen sowie der Märkte, insbesondere der Viehmärkte, übertragen."

Nach Erlass des Gesetzes wurden zunächst nach Berathung mit landwirthschaftlichen Vertrauensmännern für die einzelnen Provinzen Entwürfe der Satzungen ausgearbeitet und es fand auf Grund dieser Entwürfe die gesetzlich vorgeschriebene Befragung der Provinziallandtage über die Errichtung von Landwirthschaftskammern statt. Entsprechend den Voten der Provinziallandtage wurden dann durch königliche Verordnung vom 3. August 1895 Landwirthschaftskammern errichtet für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen und Schleswig-Holstein und für die Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden. Ohne Landwirthschaftskammern bleiben einstweilen die Provinzen Hannover, Westfalen und Rheinprovinz, wo sich die landwirthschaftlichen Centralvereine und die Provinziallandtage gegen deren Einrichtung ausgesprochen hatten. Auch für die Hohenzollern'schen Lande wurde die Errichtung einer Landwirthschaftskammer wegen der Besonderheit der dortigen Verhältnisse zunächst vertagt.

Die Wahlen für die Landwirthschaftskammern haben im Laufe des Winters 1895/96 stattgefunden und sind die Kammern alle im Frühjahr 1896 ins Leben getreten. Erstmals gewählt sind diese Mitglieder durch die ländlichen Mitglieder der Kreistage; von dem durch das Gesetz gegebenen Rechte der Einführung einer besonderen Wahl durch die theilhaftigen Landwirthe selbst hat bis jetzt keine der Kammern Gebrauch gemacht. Zu Gunsten der Kammern haben sich bis jetzt aufgelöst die landwirthschaftlichen Centralvereine für Westpreußen, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Cassel. In Vorbereitung ist eine solche Auflösung für Brandenburg; in Ostpreußen und Pommern, wo je zwei landwirthschaftliche Centralvereine vorhanden waren, bestehen dieselben einstweilen als Unterverbände der betreffenden Kammern fort, in Wiesbaden sind Kammer und landwirthschaftlicher Verein durch Personalunion in der Spitze des Vorsitzenden verbunden. Ueberall, wo die Centralvereine aufgelöst sind, ist die Verbindung der Kammer mit den landwirthschaftlichen Lokalvereinen durch Ausschüsse hergestellt, welche sich theils als Gesamtausschüsse für das Vereinswesen, theils als Vertretungen für die einzelnen Wahlkreise konstituirt haben. Außerdem sind in allen Landwirthschaftskammern Ausschüsse für die wichtigsten Zweige der den Kammern zugewiesenen Thätigkeit gebildet worden.

Von dem Recht der Erhebung von Beiträgen haben die meisten Kammern Gebrauch gemacht und schwanken die von ihnen ausgeschriebenene Beiträge zwischen $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{3}$ % des Grundsteuerreinertrages; einige wenige Kammern haben zunächst nur bei den betreffenden landwirthschaftlichen Centralvereinen eine Anleihe gemacht und die Beitragsauschreibung verschoben, bis sich der Kostenbedarf näher übersehen läßt.

Eine Schädigung des landwirthschaftlichen Vereinslebens in den landwirthschaftlichen Zweigvereinen nach Errichtung der Kammern ist bis jetzt nirgends hervorgetreten, es steht im Gegentheil zu erwarten, daß das landwirthschaftliche Vereinsleben durch die Verbindung mit der Kammer kräftig gefördert werden wird.

Die Staatsverwaltung ist sofort nach der Begründung der Kammern in eine lebhafte Verbindung mit denselben getreten; die Anordnung, daß der ganze Geschäftsgang zwischen den Kammern und den Centralbehörden durch die Hände der betreffenden Ober-Präsidenten geht, giebt diesen Beamten die erwünschte Gelegenheit, auch ihrerseits an der Behandlung der hier einschlagenden wichtigen Fragen theilzunehmen und von allen Vorgängen auf diesem Gebiete in Kenntniß zu bleiben. Neben einer allgemeinen, über die Aufgaben der Kammer sich auslassenden Verfügung bei Begründung der einzelnen Kammern und außer einer Anzahl

mehr lokaler, einzelnen Kammern vorgelegten Fragen sind den Kammern zunächst folgende größere Aufgaben zur Bearbeitung gestellt:

Durch eine gemeinschaftliche Verfügung der Minister des Handels, des Innern und der Landwirthschaft sind die Kammern aufgefordert, Vorschläge über die zweckmäßigste Ausführung der im Gesetze vorgesehenen Mitwirkung bei der Verwaltung und den Preisnotirungen der Märkte, insbesondere der Viehmärkte zu machen. In Betreff einer gleichen Mitwirkung bei den Produktenbörsen wird bei Ausführung des neuen Börsengesetzes verhandelt werden. Sodann ist Seitens der landwirthschaftlichen Verwaltung den Kammern eine umfassende Vorlage, betreffend die Organisation des ländlichen Kredits und der einzelnen, der Befriedigung des Real- und Personalkredits dienenden Institute zugegangen; eine weitere Vorlage, betreffend die Formen des ländlichen Erbrechts steht in Aussicht, sobald die in der Bearbeitung begriffenen Darstellungen des gegenwärtigen, in den einzelnen Provinzen herrschenden gesetzlichen und gewohnheitsrechtlichen Zustandes abgeschlossen sein werden.

Außerdem ist bei den Kammern, welche an die Stelle der landwirthschaftlichen Centralvereine getreten sind, der rege Geschäftsverkehr, welcher zwischen den betreffenden Vereinen und dem Ministerium für Landwirthschaft v. stattfand, von den Kammern in verstärktem Maaße aufgenommen worden. Es besteht die Absicht, auch in den Provinzen, in welchen landwirthschaftliche Centralvereine neben den Kammern bestehen geblieben sind, den ganzen Verkehr mit diesen Vereinen durch die Provinzialkammer gehen zu lassen, letzterer auch die Staatsbeihilfen zur Vertheilung an die landwirthschaftlichen Vereine zu überweisen, um jede Kammer auf diese Weise zu einem angesehenen und einflußreichen Mittelpunkt aller Bestrebungen zur Förderung der Landwirthschaft zu machen.

Bei der Kürze der seit Errichtung der Kammern verflossenen Zeit kann natürlich von größeren Leistungen derselben noch keine Rede sein, es sind andererseits aber auch keine Umstände hervorgetreten, welche die von der Staatsregierung auf die Kammern gesetzten Hoffnungen als trügerische erscheinen lassen. Wenn die Kammern das Ziel im Auge behalten, nicht bloße Geldbewilligungsinstitute für landwirthschaftliche und zweckverwandte Vereine und auch nicht bloße Agitationsverbände zu werden, sondern die landwirthschaftliche Interessenvertretung mit der sachlichen Förderung der Technik des Landbaues und aller ihr dienenden Institute und Einrichtungen der landwirthschaftlichen Vereine zu verbinden und wenn sie ein Sammelpunkt aller aufopferungsfähigen Männer werden, welche diese Zwecke in gemeinsamer, selbstloser und ausdauernder Arbeit verfolgen wollen, dann wird die Landwirthschaft sich in diesen Kammern Organe schaffen, welche ihr selbst und dem ganzen Staate die größten Dienste zu leisten berufen und befähigt sind.

Die Errichtung der Landwirthschaftskammern wird auch für die Organisation des Landesökonomie-Kollegiums von Bedeutung sein. Letzteres besteht jetzt zu $\frac{2}{3}$ aus von den landwirthschaftlichen Vereinen gewählten Mitgliedern. Ueberall da, wo die Landwirthschaftskammern an die Stelle der landwirthschaftlichen Vereine getreten sind, wird auch das Wahlrecht für das Landesökonomie-Kollegium auf die Kammern übergehen müssen. Statutenmäßig muß hierüber zunächst das Landesökonomie-Kollegium gehört werden.

Wenngleich ohne jede Mitwirkung der landwirthschaftlichen Verwaltung der auf die eigene Kraft vertrauenden Initiative der deutschen Landwirthe entsprungen, kann die deutsche Landwirthschafts-gesellschaft doch hier nicht übergangen werden, wo es sich um diejenigen Förderungen handelt, welche die heimische Landwirthschaft in den letzten Jahren erfahren hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß von dieser Gesellschaft, welche jetzt rund 11000 Mitglieder in allen Theilen Deutschlands zählt, die werthvollsten

Deutsche
Landwirthschafts-
gesellschaft.

Anregungen zur Verbesserung des Ackerbaues und der Viehzucht ausgegangen sind und noch fortwährend ausgehen und daß das Ziel der Bekämpfung der gegenwärtigen schwierigen Lage der Landwirthschaft durch qualitative und quantitative Hebung der Produktion von ihr auf das Erfolgreichste angestrebt wird. Die Gesellschaft verfolgt ihre Zwecke unter dem grundsätzlichen Ausschluß aller solchen Bestrebungen, welche politischer Natur sind oder eine direkte Beeinflussung der Gesetzgebung und Verwaltung beabsichtigen, theils durch ihre in jedem Jahre in einem andern Gaue Deutschlands stattfindenden, einen 12jährigen Turnus innehaltenden Ausstellungen, die wesentlich der Viehzucht und dem landwirthschaftlichen Maschinenwesen gewidmet sind, theils durch ihre Publikationen und Versammlungen und vor allem durch die Thätigkeit der von ihr für die wichtigsten landwirthschaftlich technischen Fragen gebildeten Ausschüsse. In diesen Ausschüssen sind die hervorragendsten Sachkenner und Interessenten vereinigt, um ständig alle wichtigen Fragen der einzelnen Zweige der Landwirthschaft zu bearbeiten und dadurch den Mitgliedern der Gesellschaft stets die beste Auskunft über alle Vorgänge auf diesen Gebieten liefern zu können. Gleichzeitig wird auf Veranlassung der einzelnen Ausschüsse auf allen diesen Gebieten eine sehr lebhafte Versuchs- und Forschungsthätigkeit entfaltet, um zu den vorhandenen Förderungsmitteln der Landwirthschaft noch neue zu finden und nutzbar zu machen. Außerdem dient die Gesellschaft in ihren Dünger-, Saatgut- und Futtermittel-Stellen als ein Centrum für die Beschaffung billiger und gehaltvoller Dünger- und Futtermittel, wie zur Beschaffung und Verwerthung guten Saatgutes. Daneben entwickeln die Baustelle und die Buchführungsstelle der Gesellschaft eine beratende Thätigkeit für diejenigen Landwirthe, welche bauen oder ihre Buchführung rationell gestalten wollen. Für Forschungszwecke und zur Auskunftsertheilung an die Landwirthe unterhält die Gesellschaft eine eigene auf das Vollständigste ausgerüstete agrilkulturchemische Versuchsstation. Die Mittel, welche die Gesellschaft für ihre vielseitige fruchtbare Thätigkeit aufwendet, fließen theils aus den auf 20 Mark festgesetzten Jahresbeiträgen der Mitglieder, theils aus den Ueberschüssen der von der Gesellschaft für den Dünger-, Saatgut- und Futtermittelbezug vermittelten Geschäfte. Staatsunterstützung hat die Gesellschaft principiell nie beansprucht, jedoch mit der landwirthschaftlichen Verwaltung, welche ihr auch wiederholt Preise für ihre Ausstellungen zuwandte, gerne Hand in Hand gearbeitet.

Förderung der
Landwirthschaft im
Allgemeinen.

Es standen zur Verfügung in den
Staatsjahren:

1893/94	1894/95	1895/96
278 000 M	278 000 M	278 000 M
—	—	100 000 M
		378 000 M

Der landwirthschaftlichen Verwaltung stehen zur Unterstützung aller auf Förderung des landwirthschaftlichen Betriebes gerichteten Maßnahmen hauptsächlich die folgenden etatsmäßigen Dispositionsfonds zur Verfügung:

1. Kapitel 102 Titel 16 des Staatshaushaltsetats 1896/97:

Dispositionsfonds zu wissenschaftlichen und
Lehrzwecken 278 000 M

Kapitel 13 Titel 9:

Extraordinäre Verstärkung dieses Fonds 100 000 „
in Summe 378 000 M

Dieser Fond ist wesentlich für die Unterstützung der landwirthschaftlichen Versuchstationen, des landwirthschaftlichen Wanderlehrerthums und für allgemeine, im Interesse der Landwirthschaft liegende wissenschaftliche Untersuchungen, Forschungsreisen und Stipendien bestimmt.

2. Kapitel 104 Titel 2:

Dispositionsfonds zu Prämien für die Zucht von Hengsten und Stuten im Besitz von Vereinen und Privaten,

1893/94	1894/95	1895/96	zu Prämien für den Import von Vollblutzuchtpferden und zu anderen dahin gehörigen Zwecken . . .
180 000 M	180 000 M	180 000 M	180 000 M

Kapitel 13 Titel 10:

—	—	70 000 M	Extraordinäre Verstärkung dieses Fonds . . .
		250 000 M	70 000 „
			in Summe 250 000 M

3. Kapitel 104 Titel 4:

310 000 M	310 000 M	310 000 M	Dispositionsfonds zur Förderung der Zucht anderer landwirthschaftlichen Thiergattungen und zur Förderung des Molkereiwesens . . .
			310 000 M

Kapitel 13 Titel 11:

—	—	90 000 M	Extraordinäre Verstärkung dieses Fonds . . .
		400 000 M	90 000 „
			in Summe 400 000 M

4. Kapitel 107 Titel 1:

310 000 M	310 000 M	310 000 M	Dispositionsfonds zur Unterstützung der landwirthschaftlichen Vereine und zur Förderung der Landkultur im Allgemeinen . . .
			310 000 M

Kapitel 13 Titel 12:

—	—	90 000 M	Extraordinäre Verstärkung dieses Fonds . . .
		400 000 M	90 000 „
			in Summe 400 000 M

5. Kapitel 13 Titel 13:

300 000 M	400 000 M	500 000 M	Zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen . . .
			650 000 M
1 378 000 M	1 478 000 M	1 928 000 M	Die Gesamtsumme der zu 1 bis 5 aufgeführten Titel beträgt: . . .
			2 078 000 M
			Diese Fonds betrugen 1893/94 . . .
			1 378 000 „
			find also insgesamt gestiegen um . . .
			700 000 M

Der Hauptsache nach werden diese Mittel durch Vermittlung der landwirthschaftlichen Vereine bzw. Landwirtschaftskammern verwandt, welche zu diesem Zwecke jährlich ihre Stats einreichen und Anträge auf Bewilligungen zu besonderen Zwecken stellen. Bei der Zuerkennung solcher Beihilfen kann ein mechanischer gleichmäßiger Vertheilungsmaßstab nicht angelegt werden, es würden sonst unter Umständen Beiträge vertheilt werden, für welche eine zweckmäßige Verwendung nicht sicher gestellt ist, es wird daher stets das Bedürfniß und die Sicherheit einer guten Verwendung in's Auge gefaßt. Für letztere findet die landwirthschaftliche Verwaltung vor allem eine Gewähr in den eigenen Aufwendungen, welche die beteiligten Landwirthe für diese Zwecke machen, da solche eigene Aufwendungen einerseits den besten Beweis für ein in den Interessentenkreisen selbst gefühltes Bedürfniß, andererseits eine Sicherheit dafür bieten, daß mit den gesammelten Fonds sparsam und zweckentsprechend gewirtschaftet wird. Die betreffenden landwirthschaftlichen Körperschaften sollen eben nicht nur fremde Gelder spenden, sondern auch Zuschüsse aus ihrem eigenen Vermögen verwenden und daher muß die landwirthschaftliche Verwaltung darauf bestehen, daß die landwirthschaftlichen Körperschaften erhebliche eigene Mittel aufbringen.

In welcher Weise sich im laufenden Jahre die Gesamtbeihilfen aus den vorher angeführten Fonds auf die einzelnen Provinzen vertheilen, soweit die regelmäßigen Beiträge an die landwirthschaftlichen Vereine bzw. Landwirtschaftskammern in Betracht kommen und in welchem Verhältnis diese Beihilfen zu dem landwirthschaftlich benutzten Areal der betreffenden Provinzen stehen, geht aus der nachfolgenden Tabelle hervor.

Provinz	Größe der land- wirthschaftlich nutzbaren Fläche ha	Staats- beihilfe M	Von der Staats- beihilfe fällt auf 1 Hektar Pf.
Ostpreußen	2 802 154	201 300	7,2
Westpreußen	1 854 340	124 050	6,6
Brandenburg	2 420 809	114 450	4,7
Pommern	2 238 747	75 150	3,4
Posen	2 183 519	139 400	6,4
Schlesien	2 681 880	116 280	4,3
Sachsen	1 855 505	99 000	5,3
Schleswig-Holstein	1 627 706	68 150	4,2
Hannover	2 985 620	153 100	5,1
Westfalen	1 360 247	73 625	5,4
Hessen-Nassau	880 381	64 500	7,3
Rheinprovinz	1 727 221	80 240	4,6
Hollenzollern	72 956	3 270	4,5
Staat	24 691 085	1 312 515	5,32

Zu dieser Tabelle muß bemerkt werden, daß die Unterschiede in den einzelnen Provinzen wesentlich darauf beruhen, daß entsprechend einer schon seit längerer Zeit entwickelten regen Vereinsthätigkeit oder besonderer Bedürftigkeit höhere Beihilfen für die verschiedenen Zwecke gegeben worden sind, auch erforderten in den neuen Provinzen der Monarchie früher bestandene Einrichtungen eine besondere Berücksichtigung. In den angeführten Summen sind auch die Beiträge aus dem Fonds zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen mit verrechnet. Wollte man die Berechnung ohne Berücksichtigung dieses Fonds nach dem Grundsatz aufstellen, daß an den allgemeinen Fonds alle Provinzen die gleichen Ansprüche haben und daß der sogenannte östliche Fonds dann noch den östlichen Provinzen besonders zu Gute kommen müsse, so würde es sich zeigen, daß die westlichen Provinzen, in denen sich das landwirthschaftliche Vereinsleben früher entwickelt hat, im Verhältniß bedeutend mehr an Staatsbeihilfen erhalten, als die östlichen Provinzen. Es wird die Aufgabe der landwirthschaftlichen Verwaltung sein in dem Maße, wie größere Staatsmittel zur Förderung der Landwirtschaft flüssig gemacht werden können und wie die gemeinnützige Thätigkeit in den Landwirtschafts-Kammern und den landwirthschaftlichen Vereinen zunimmt und sich auch in größeren Beiträgen der zunächst Betheiligten selbst kundgibt, hier fördernd und ausgleichend einzutreten, sodaß jene Unterschiede mehr und mehr verschwinden. —

Aus den erwähnten Fonds sind auch die Bestrebungen bezüglich der ländlichen Wohlfahrtspflege unterstützt worden. Eine der bedenklichsten Erscheinungen der Neuzeit ist die Entvölkerung des flachen Landes durch Auswanderung außer Landes und in die großen Städte. Diesem Mißstande wird, wie bereits oben erwähnt, durch die Thätigkeit der landwirthschaftlichen Verwaltung auf dem Gebiete der inneren Kolonisation erfolgreich entgegengewirkt. Ein Theil der Ursachen des Mißstandes wird aber auch dadurch beseitigt werden können, daß auf dem flachen Lande diejenigen Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen werden, welche in den Städten vielfach schon bestehen. Es ist deshalb erwünscht für alle Interessenten, welche auf dem Lande gemeinnützige Organisationen für Kinder- und Krankenpflege, vermehrte Erwerbsgelegenheit und sonstige Existenzverbesserungen schaffen und die ländliche Bevölkerung nicht bloß im Arbeiterstande, sondern auch im Bauernstande materiell geistig und ethisch fördern wollen, einen Mittelpunkt zu schaffen, in welchem alle Erfahrungen auf diesem weitverzweigten Gebiete zusammenfließen und von wo aus mannigfache Anregungen, Rath und Belehrung über mustergültige Beispiele ausgehen können. Zur Förderung dieser Zwecke hat die landwirthschaftliche Verwaltung Mittel hergegeben, um an die schon bestehende, vom Handelsministerium ressortirende Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen einen Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande anzugliedern.

Es ist von jeher der Stolz der deutschen Landwirthschaft gewesen, daß sie in enger Verbindung mit der Wissenschaft stand und von ihr die fruchtbarsten Antriebe zu jedem Fortschritt empfing. In keinem Lande dürften landwirthschaftliche Unterrichtsanstalten, landwirthschaftliche Forschungsinstitute und Einrichtungen zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse unter den Landwirthen mehr verbreitet sein als in Deutschland. Naturgemäß hat die herrschende landwirthschaftliche Krise auch dazu geführt, die Hülfe der Wissenschaft in verstärktem Maße in Anspruch zu nehmen, um in einer auf rationeller Grundlage beruhenden verbesserten Technik ein Mittel zur Bekämpfung der schwierigen Lage zu finden. Bei dem Vorherrschen der bäuerlichen Wirthschaft gilt es vor Allem, die Kenntniß besserer Wirthschaftsmethoden unter den Bauern zu verbreiten.

Wissenschaftlicher
und Schul-Fonds.

Neben den in den letzten Jahren sich immer zahlreicher verbreitenden Winterkursen dienen diesem Zwecke hauptsächlich die Wanderlehrer, deren Anstellung seitens der landwirthschaftlichen Vereine zc. von der landwirthschaftlichen Verwaltung durch Geldzuschüsse unterstützt wird. Die Zahl dieser Wanderlehrer hat von Jahr zu Jahr zugenommen und beträgt jetzt in Preußen über 100, während im Jahre 1890 nur 77 vorhanden waren. Um diese Wanderlehrer, die zum größern Theil auch Lehrer an landwirthschaftlichen Schulen sind, für ihre Lehrthätigkeit besser vorzubilden und gleichzeitig auch für die Lehrer der Landwirthschaft an den Landwirthschaftsschulen und verwandten Anstalten eine bessere pädagogische Ausbildung zu gewinnen, wurde zunächst mit der Landwirthschaftsschule in Weilburg ein Seminar für Landwirthschaftsschulen verbunden. Nachdem dieses sich befriedigend entwickelt hat, soll in diesem Herbst ein zweites solches Seminar an der Landwirthschaftsschule in Hildesheim eröffnet werden.

Die Landwirthschaftsschulen selbst sind in ihrer ruhigen Entwicklung fortgeschritten, nur ist zu erwähnen, daß durch den Wegfall der einen fremden Sprache Raum für einen intensiveren Betrieb der verbleibenden einen Fremdsprache und der anderen Unterrichtsfächer geschaffen worden ist. Die äußeren Verhältnisse dieser Schulen sind durch Einführung des Normaletat und der Reliquienversorgung auf Grund entsprechender Mehrbewilligungen durch die Staatshaushaltsetats der letzten Jahre erheblich verbessert und ebenso wie die Rang- und Titelverhältnisse der Lehrer mit den entsprechenden Verhältnissen anderer höherer Schulen gleichgestellt worden.

Die landwirthschaftliche Hochschule in Berlin und die landwirthschaftliche Akademie in Poppelsdorf haben in ihrem Besuch, auch abgesehen von den damit verbundenen geodätischen Abtheilungen, zugenommen und liefern im Verein mit den landwirthschaftlichen Studieneinrichtungen der Universitäten den Beweis, daß in allen Kreisen der Landwirthschaft das Bedürfniß einer vertieften Fachbildung gerade jetzt mehr als früher gefühlt wird. In gleicher Weise hat sich vielfach in den Kreisen der Landwirthschaft das Bedürfniß gezeigt, besser als bisher über die landwirthschaftlichen und allgemein wirthschaftlichen Verhältnisse in den auf landwirthschaftlichem Gebiete hauptsächlich mit uns im Wettbewerbe stehenden Ländern unterrichtet zu werden. Auf Befürwortung des Ministers für Landwirthschaft hat dementsprechend die Reichsregierung in dem Reichshaushaltsetat die nöthigen Mittel vorgesehen, um den Vertretungen des Reichs in Nordamerika, Argentinien, England, Oesterreich und Rußland landwirthschaftliche Sachverständige beizugeben, welche die Aufgabe haben, die Landwirthschaft der betreffenden Länder zu studiren und über alles Bemerkenswerthe und für unsere Landwirthe Interessante fortlaufend zu berichten. Diese Berichte werden den hauptsächlich in Betracht kommenden Bundesregierungen zugesandt und durch eine besondere Beilage zu den Mittheilungen der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Durch Allerhöchsten Erlaß vom 24. Januar 1895 ist das ländliche Fortbildungsschulwesen dem Ressort des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten überwiesen worden. Nach Anhörung des Landesökonomie-Kollegiums erging der Erlaß vom 30. Oktober 1895 an sämtliche Regierungs-Präsidenten, in welchem die in dem Unterricht zu verfolgenden Ziele dargelegt und die zu ihrer Erreichung einzuschlagenden Wege bezeichnet wurden.

Als das allgemein und in erster Linie zu verfolgende Ziel des ländlichen Fortbildungsunterrichts wird auch in Zukunft die Erziehung zu sittlicher Tüchtigkeit und die Bildung des Charakters anzusehen sein. Aber ohne dies zu gefährden, kann dem Unterricht eine solche Gestaltung gegeben werden, daß er auch den praktischen Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung dient. Wenn bei dem Unterricht das Bestreben, die Schüler zu selbstständigem Nachdenken anzuleiten Hand in Hand geht mit einer stärkeren Betonung der fachlichen Seite des Unterrichts, die Fortbildungsschule mithin in ausgiebigerer Weise auch zur Vermittlung praktisch verwertbarer Kenntnisse nutzbar gemacht wird, so werden hierdurch auch dem kleineren Landwirth werthvolle Hilfsmittel zur Bekämpfung der wirthschaftlichen Ungunst geboten. Der Ausgestaltung des ländlichen Fortbildungsunterrichtes nach dieser Richtung durch Gewinnung geeigneter Lehrkräfte soll die Einrichtung landwirthschaftlicher Fortbildungskurse für Volksschullehrer an einzelnen Landwirthschaftsschulen der Monarchie dienen. Um die notwendige engere Fühlung der ländlichen Fortbildungsschulen mit den ländlichen Bevölkerungskreisen und die Anpassung der Schulen an deren Bedürfnisse zu gewinnen, ist die Bildung von Kuratorien, in denen praktische Landwirthe in Verbindung mit Organen der Schulaufsichtsbehörden zusammenzuwirken haben, beabsichtigt. Um schließlich für die weitere Entwicklung des ländlichen Fortbildungsschulwesens Erfahrungen zu sammeln, namentlich darüber, wie auch in solchen Bezirken, in denen theils die örtlichen und Gemeindeverhältnisse, theils die wirthschaftliche Lage der Bevölkerung der Einrichtung ländlicher Fortbildungsschulen der bisherigen Art hindernd im Wege stehen, soll versuchsweise auch mit der Einrichtung landwirthschaftlicher Kreis-Wanderschulen vorgegangen werden. Aus den zur Zeit bereitstehenden Mitteln sind im Etatsjahre 1895—96 von den überhaupt bestehenden 924 Schulen unterstützt worden 554 mit insgesammt 29441 Mark.

Das Landesökonomie-Kollegium hat sich im Interesse der ländlichen weiblichen Jugend für eine systematische Ausbildung des ländlichen Haushaltungsschulwesens ausgesprochen. Die Möglichkeit einer direkten Einwirkung auf die Förderung der Haushaltungsschulen ist allerdings für die landwirthschaftliche Verwaltung nicht gegeben. Es gehören diese Schulen den landwirthschaftlichen Unterrichtsanstalten niederen Grades an, deren Unterhaltung durch das Gesetz vom 8. Juli 1875, betreffend Dotation der Provinzial- und Kreisverbände, den Provinzialverbänden übertragen ist. Indirekt kann eine solche Förderung gleichwohl erfolgen durch geeignete Anregung der Provinzialverbände und durch Vermittelung der landwirthschaftlichen Vereine etc., denen im gegebenen Falle Unterstützungen für die Bildung und Unterhaltung landwirthschaftlicher Haushaltungsschulen überwiesen werden können, wenn diese Schulen gleichzeitig die Pflege besonderer Betriebszweige der Landwirtschaft in ihren Lehrplan mit aufnehmen. Dies ist der Fall, wenn die Belehrung im Vollerwerbsbetriebe, in der Pflege des Obstbaues, in der Verwerthung von Obst, Gemüse u. dergl. mit besonderer praktischer Ausbildung darin, dem Haushaltungsunterricht als Bestandtheil angeschlossen wird. Durch einen an sämtliche Ober-Präsidenten gerichteten Erlaß vom 1. Juni 1895 ist die Absicht, auf

diesem Wege der Förderung der ländlichen Haushaltungsschulen zu Hilfe zu kommen, bekannt gegeben.

Nicht die Zahl, wohl aber die Wirksamkeit der landwirtschaftlichen Versuchstationen ist in Preußen von Jahr zu Jahr gestiegen. Neben der Kontrolle und Auskünststthätigkeit auf dem Gebiete des Dünger- und Futterhandels und sonstiger Fragen des täglichen Betriebes wenden sich die besser ausgestatteten Versuchstationen wieder mehr der eigentlichen Versuchsthätigkeit zu, theils in Verbindung mit praktischen Landwirthen auf deren Feldern und in deren Ställen, theils auf eigenen Versuchsstätten und Feldern. Um auch die kleineren Landwirthe zu Versuchen mit Kunstdünger, besserem Saatgut und besseren Kulturen anzuregen, sind in den letzten Jahren den landwirtschaftlichen Vereinen nicht unbedeutende Summen überwiesen worden, mit welchen die Kosten solcher Versuche ganz oder theilweise gedeckt werden sollen. Hierdurch kann auch die theoretische Thätigkeit der Wanderlehrer eine werthvolle praktische Ergänzung finden. Um die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in der größeren Praxis erproben und dadurch rasch in dieselbe einführen zu können, sind der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen die nöthigen Mittel zur Verfügung gestellt worden, um in Verbindung mit der Versuchstation Halle auf einem von der Domäne Lauchstädt abgetrennten Areal von 56 ha Versuche über neue Saatgutsorten, verschiedene Methoden der Stallmistbehandlung und der Düngung mit Stallmist und künstlichem Dünger, sowie mit verschiedenen Kulturmethoden in größerem Umfange ausführen zu können. Gleichzeitig sind in Pommern mit Unterstützung der landwirtschaftlichen Verwaltung praktische Versuche bei verschiedenen Landwirthen darüber eingeleitet worden, ob der Zwischenfruchtbau (Gründüngung mit entsprechender Anwendung von Handelsdüngern) bei den dortigen klimatischen und Bodenverhältnissen durchführbar ist. In dem Maße, wie der landwirtschaftlichen Verwaltung größere Mittel zufließen, soll mit der Ausdehnung solcher größeren Versuche auch auf andere Provinzen mit leichteren Boden- und geeigneten klimatischen Verhältnissen vorgegangen werden.

Auch für die landwirtschaftlichen Nebengewerbe und verwandte Zweige des Gewerbes bestehen größere durch die landwirtschaftliche Verwaltung unterstützte Versuchs- und Lehranstalten. Für das Laboratorium des Vereins der Zuckerfabrikanten sind bei der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin die Räume zur Verfügung gestellt. Ein gleiches war bisher mit den Laboratorien und Geschäftsräumen für den Verein der Spiritusfabrikanten und den Verein der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei sowie für den Verein der Stärkefabrikanten bei der landwirtschaftlichen Hochschule der Fall. Da aber die landwirtschaftliche Hochschule das betreffende Gebäude für ihre Unterrichtszwecke selbst braucht und dasselbe auch für die immersteigenden Arbeiten jener Vereine nicht mehr ausreicht, so wird jetzt mit einem Staatszuschuß von 850 000 Mark in Berlin, Seestraße, neben der schon früher mit Unterstützung seitens des Staats hergestellten Versuchsbrauerei ein eigenes großes Institut für die Gärungsgewerbe mit eigener Versuchsbrennerei und Stärkefabrik hergestellt. Von der Thätigkeit dieses Instituts darf man nach den bisherigen Leistungen seines Vorstehers und seiner Mitarbeiter die besten Ergebnisse für die Theorie und Praxis der betreffenden Gewerbe und damit eine wesentliche Förderung dieser mit der Landwirtschaft enge verbundenen Betriebszweige erwarten.

Schließlich sei noch erwähnt, daß seitens des Reichs 10 000 Mark zur Errichtung einer Versuchstation für die technische Verwendung des Branntweins bewilligt worden sind.

Die Landespferdezucht ist in Preußen im Wesentlichen abhängig von dem staatlich organisierten Gestütswesen, welches für die überwiegende Zahl der Züchter die erforderlichen Vaterthiere stellt. Bei der Viehzählung im Jahre 1893

Pferdezucht,
Gestütswesen.

wurden 104 189 im Jahre 1892 geborene Fohlen gezählt, was einer Stutenbedeckung von ungefähr 180 000 Stuten entspricht. Allein von Hengsten der Landgestüte wurden aber im Jahre 1891 = 121 887 und im Jahre 1892 = 126 346 Stuten gedeckt. Die Aufgaben der Gestütverwaltung sind von Jahr zu Jahr umfassender und schwieriger geworden; denn es handelt sich jetzt nicht mehr ausschließlich darum, zur Erzeugung von Militärpferden taugliche Hengste zu stellen, sondern auch die mannigfachen Ansprüche anderer Zuchten, besonders der schweren kaltblütigen Zuchten verlangen Berücksichtigung, ganz abgesehen davon, daß auch die Militärverwaltung jetzt entsprechend den für die einzelnen Truppengattungen von der leichten Kavallerie bis zu der schweren Artillerie sehr verschieden sich gestaltenden Aufgaben hinsichtlich des Pferdmaterials verschiedene, gegen früher erheblich vermehrte Ansprüche stellt. Es kommt hinzu, daß der Rückgang der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse vielen Landwirthen seit Anfang dieses Jahrzehntes Veranlassung gegeben hat, sich der Pferdezucht in erhöhtem Maße zuzuwenden, um durch deren Erträgnisse die anderweit eingetretenen Einnahmeausfälle thunlichst auszugleichen. Diesem im Interesse der Pferdezucht erfreulichen Aufschwunge ist seitens der Gestütverwaltung durch Vermehrung und Erweiterung der staatlichen Zuchtstätten, insbesondere durch entsprechende Vergrößerung des Landbeschälerbestandes nach Möglichkeit Rechnung getragen worden, wie die nachstehenden Ausführungen des Näheren ergeben:

1. Hauptgestüte. Ueber die im Jahre 1875 erfolgte Aufhebung des 1788 durch König Friedrich Wilhelm II. gegründeten Hauptgestütes bei Neustadt a. Dosse haben sich die züchterischen Kreise der Provinz Brandenburg nie recht zu beruhigen vermocht. Nach näherer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse und in Berücksichtigung des Aufschwunges, den die Pferdezucht genommen, hat die Staatsregierung, den ausgesprochenen Wünschen entsprechend, in dem Etat der Gestütverwaltung für 1895/96 die Errichtung eines Zuchtgestütes bei Neustadt a. Dosse mit einem Hauptbeschäler und einem Bestande von zunächst 15 Stuten vorgesehen und zwar mit der Maßgabe, daß dieser Stutenbestand dem verfügbaren Stutenmaterial des Hauptgestütes Graditz entnommen und nach und nach bis auf 30 Kopf erhöht werden soll. Der Etat der Gestütverwaltung für 1896/97 weist eine vermehrte Stutenzahl von 20 Kopf auf, deren weitere Erhöhung für das nächstfolgende Etatsjahr in Aussicht genommen ist. Die zur Unterbringung des Zuchtgestütes erforderlichen Baulichkeiten waren von früher her noch vorhanden, während die zu seinem Betriebe benötigten Weiden und sonstigen Ländereien in einem Gesamtumfang von rund 300 Hektar der Gestütverwaltung durch Uebernweisung pachtfrei gewordener domänen- und forstfiskalischer — zum früheren Hauptgestüte gehörig gewesener — Flächen zur Verfügung gestellt werden konnten.

2. Landgestüte. Die Ueberführung des früher in Lindenau bei Neustadt a. Dosse untergebracht gewesenen Sächsischen Beschälerdepots von 95 — jetzt 105 — Hengsten in das während der Jahre 1888 bis 1891 neu erbaute Landgestüt zu Kreuz bei Halle a. S. hat zu Anfang des Etatsjahres 1891/92 stattgefunden, so daß nunmehr sämtliche Provinzen der Monarchie ihre eigenen, in der Zuchtichtung den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Landgestüte haben.

Ein weiteres neues Landgestüt ist während der Jahre 1889 bis 1891 im Regierungsbezirk Königsberg zu Braunsberg erbaut und am 1. April 1891 mit einem — in der Zwischenzeit auf die Zahl von 114 Köpfen gestiegenen — Bestande von zunächst 95 Hengsten in Betrieb gesetzt worden. Veranlassung zu dieser Neuerrichtung gab die Wahrnehmung, daß einestheils im Regierungsbezirk Königsberg das bis dahin den Landgestüten Insterburg und Rastenburg zugehörige Beschälermaterial nicht hinreichend erschien, um

den Ansprüchen in Bezug auf die Züchtung eines edlen starkknochigen Militärpferdes quantitativ zu genügen, und daß anderentheils gerade in der Gegend um Braunsberg und westlich davon die Benutzung importirter kaltblütiger Privathengste die so wichtige Konstanz in der ostpreussischen Pferdezücht zu bedrohen anfing.

Gleichartige Erwägungen haben in neuerer Zeit dahin geführt, für die Provinz Westpreußen die Errichtung eines zweiten Landgestüts bei Br. Stargard — neben dem jetzt in Marienwerder bestehenden Landgestüte — in Aussicht zu nehmen. In dem neuen Gestüt, welches seit dem Jahre 1895 im Bau begriffen ist und seiner Fertigstellung im Jahre 1897 entgegensteht, sollen Aufnahme finden:

- a) 23 zur Zeit in den westpreussischen Kreisen Schlochau, Konitz, Flatow und St.-Krone deckende Hengste, welche gegenwärtig noch im pommerischen Landgestüte zu Labes untergebracht sind,
- b) 25 Hengste, welche wegen der unzureichenden und nicht erweiterungsfähigen Gestütsstallungen zu Marienwerder gegenwärtig in Privatställen stehen,
- c) 52 Hengste, um welche der Gesamtbestand der Beschäler in Westpreußen nach und nach vergrößert werden soll,

in Summa 100 Hengste.

Soweit sich im Uebrigen in den einzelnen Provinzen das Bedürfnis nach Vermehrung des Landbeschälermaterials gezeigt hat, ist ihm nach Möglichkeit durch entsprechende Erhöhung der Hengstbestände Rechnung getragen worden.

Im Ganzen ist die etatsmäßige Zahl der in den vorhandenen 17 Landgestüten — Rastenburg, Braunsberg, Insterburg, Gudwallen, Marienwerder, Friedrich-Wilhelm-Gestüt bei Neustadt a. Dosse, Labes, Zirke, Gnesen, Lenbus, Cosel, Kreuz, Traventhal, Gelle, Warendorf, Dillenburg und Wickrath — aufgestellten Hengste seit dem Jahre 1887 von 2273 auf 2603 Kopf — also um 330 Köpfe oder ca. 15 % — gestiegen.

Eine weitere Vermehrung des Hengstmateri als sowohl in den Remonteprovinzen, als auch in den übrigen Gebiets-theilen ist nach den in neuerer Zeit gemachten Wahrnehmungen als nothwendig erkannt und in Aussicht genommen worden.

Die Betriebsergebnisse der drei Hauptgestüte Trakehnen, Graditz und Beberbeck haben in den letzten Jahren eine nennenswerthe Verschiebung nicht erfahren, während die Erfolge des neu in's Leben gerufenen Zucht-gestütes bei Neustadt a. Dosse naturgemäß erst nach einigen Jahren in Beurtheilung gezogen werden können.

In welchem Maße die Stutendeckungen bei den Land-gestüten inzwischen zugenommen haben, ergiebt die nachstehende vergleichende Uebersicht.

	Zeitraum			Zeitraum		
	1884	1885	1886	1893	1894	1895
1. Gesamtzahl der vor-handenen Beschäler .	2 152	2 236	2 296	2 463	2 502	2 587
2. Gesamtzahl der Deck-stationen	775	792	800	874	890	899
3. Gesamtzahl der ge-deckten Stuten	111 451	120 143	116 839	136 076	134 834	145 133
	348 433			416 043		

Die Anzahl der gedeckten Stuten ist somit im drei-jährigen Durchschnitt um 19,4 Prozent gestiegen.

Das Bestreben der Gestütverwaltung ist fortgesetzt darauf gerichtet gewesen, die auf Remontierung der Armee hinzielende Zuchttrichtung immer intensiver zu unterstützen.

Zu Uebereinstimmung mit den allgemeinen Gesichtspunkten, welche die im Februar 1888 mit Allerhöchster Ermächtigung im Kriegsministerium zusammengetretene — aus hervorragenden Kavallerieführern sowie aus Mitgliedern der Remonte-Ankaufs-Kommissionen und Beamten der Gestütverwaltung zusammengesetzte — Kommission bezw. die im April 1888 versammelt gewesene Landes-Pferdezucht-Kommission in Bezug auf die Sicherstellung der Armee-Remontierung festgelegt hat, ist in erster Linie darauf Bedacht genommen worden, die konstante Zucht des Militärpferdes in denjenigen Provinzen, welche sich nach Klima, Bodenbeschaffenheit, Besitzverhältnissen und den Beständen passender Stuten hierzu eignen, nach Möglichkeit zu concentriren und zu verbessern.

Dementsprechend sind die gegenwärtig diesen Voraussetzungen vorzugsweise entsprechenden Gebietstheile Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Hannover und zur Zeit auch Brandenburg mit Zustimmung der betheiligten Provinzialorgane und landwirthschaftlichen Centralvereine zu Remonteprovinzen erklärt worden, in denen staatlicherseits ausschließlich edle Hengste möglichst guter Klasse zur Aufstellung gelangen, namentlich auch Vollbluthengste stärkster Sorte, weil durch deren Benutzung die Leistungsfähigkeit der Produkte, was Schnelligkeit und Ausdauer betrifft, wesentlich gesteigert wird. Ebenso werden in diesen Provinzen sämtliche staatlichen Unterstützungen zur Förderung der Pferdezucht, Prämien für Zuchtprodukte etc. nur für die beregten Zuchtzwecke bewilligt. Diese Beschränkung erscheint nothwendig, da die Produkte verschieden gearteter Kreuzungen schon um deswillen sich nicht zu Kavalleriepferden eignen, weil sie je nach ihrer verschiedenen Blutmischung auch sehr verschieden in ihrer Schnelligkeit und Ausdauer sind und daher die einheitliche Leistungsfähigkeit einer Truppe nicht zu gewährleisten vermögen.

Die Ergebnisse der Pferdervornusterungen und die von den Remonte-Kommissionen bewirkten Pferdeankäufe haben erkennen lassen, daß die Zahl der kriegsbrauchbaren Pferde fortgesetzt in der Zunahme begriffen ist.

Von den Preussischen Remonte-Ankaufs-Kommissionen sind:

im Jahre 1885	. . .	7182	Remonten
" " 1886	. . .	7344	"
" " 1887	. . .	7481	"
" " 1888	. . .	7540	"
" " 1889	. . .	7948	"
" " 1890	. . .	8374	"
" " 1891	. . .	8754	"
" " 1892	. . .	8313	"
" " 1893	. . .	8522	"
" " 1894	. . .	8709	"
" " 1895	. . .	8758	"

angekauft worden. Hiervon entfallen etwa rund 6000 Remonten auf die Kavallerie, und da 1895 für diese Waffengattung bereits 588 Pferde erkauft wurden, welche von Vollbluthengsten erzeugt sind, und ein Rückgang in diesem günstigen Blutsverhältniß der Landeszucht zunächst nicht zu erwarten steht, so kann angenommen werden, daß in absehbarer Zeit ca. 10 Prozent der Kavallerie-Pferde direkt von Vollbluthengsten abstammen werden, ein Blutstand, wie ihn keine andere Kavallerie Europas aufzuweisen haben dürfte.

Außerdem haben seitens der Bayerischen und Sächsischen Remonte-Kommission fast die gesammten Kavallerie-Remonten für Bayern und Sachsen in Ostpreußen angekauft werden können.

Soweit die Zucht von Kaltblütern, wie beispielsweise am Rhein, in Westfalen, Hessen-Nassau, Sachsen und

Schleswig in den örtlichen Verhältnissen eine Erfolg versprechende Grundlage findet, wird ihr staatsseitig, namentlich da, wo Kreuzzuchten angestrebt werden, die thunlichste Unterstützung zu Theil, wie sich schon daraus ergibt, daß die Zahl der kaltblütigen Landbeschäler in den letzten Jahren von ca. 200 auf 330 Kopf erhöht worden ist. Ueberhaupt wird in jeder Weise darauf Bedacht genommen, den Bedürfnissen der Landwirthschaft und Industrie auf dem Gebiete der Pferdezucht nach Möglichkeit Rechnung zu tragen; es ist daher auch zu hoffen, daß die Ausdehnung der Zucht schwerer Arbeitspferde im Inlande die Einfuhr von Pferdmaterial aus dem Auslande einschränken und insbesondere der für die heimische Pferdezucht gefährlichen amerikanischen Pferdeinfuhr entgegenwirken wird.

In Festhaltung dieses Grundsatzes wird die Bildung von Pferdezuchtvereinen durch möglichst umfassende Gewährung zinsfreier Darlehen zum Ankauf von Hengsten gefördert. An derartigen Darlehen sind bewilligt:

im Etatsjahre 1890/91.	26 795 Mk.,
" " 1891/92.	18 000 "
" " 1892/93.	29 800 "
" " 1893/94.	55 457 "
" " 1894/95.	21 620 "
" " 1895/96.	48 820 "

Außerhalb des Rahmens des Gestütwesens wird Seitens der landwirthschaftlichen Verwaltung die Pferdezucht noch weiter gefördert durch ein über die ganze Monarchie sich erstreckendes System von Prämierungen auf Ausstellungen. Diese Prämierungen erfolgen in der Form von Ehrenpreisen, von Geldprämien und von Freideckscheinen; vielfach ist es üblich, an größere Besitzer nur Ehrenpreise zu geben und die Geldpreise den mittleren und kleinen Besitzern vorzubehalten. In der Provinz Schlesien werden die ganzen Prämierungsgelder ausschließlich zu Freideckscheinen verwandt. Stutenkonsignationen mit Zuweisung der für die betreffenden Stuten passendsten Hengste sind nur in Ostpreußen eingeführt; sie setzen, da sie nur freiwillig erfolgen können, ein großes Maaß von gutem Willen und Zuchtverständnis, wie es gerade dort zu finden ist, voraus. In einzelnen Landestheilen wird ein größerer Betrag der zur Förderung der Pferdezucht staatlicherseits zur Verfügung gestellten Gelder zur Unterstützung des Ankaufs guter Mutterthiere und Fohlen verwandt. Die Erkenntniß, daß die Rücksicht auf die Abstammung die Grundlage jeder erfolgreichen Zucht bildet, bricht sich immer mehr Bahn und hat zur Anlage zahlreicher Stutbücher und Vereinigung der Züchter zu Zuchtgenossenschaften geführt. Auch ist man vielfach eifrig bestrebt, ein gemeinsames Zuchtziel ausschließlich zu verfolgen und damit wieder zu einer wirklichen Landespferdezucht zu kommen, wodurch nicht nur der züchterische, sondern auch der pekuniäre Erfolg wesentlich gefördert wird. Was sich durch ein solches concentrirtes Vorgehen in verhältnißmäßig kurzer Zeit erreichen läßt, zeigen die großen Fortschritte der Zucht des schweren Pferdes in der Rheinprovinz.

Hand in Hand damit gehen die Bemühungen, die Aufzucht durch gemeinsame Laufplätze und Fohlenweiden zu fördern, und dem Landwirth in Dressuranstalten die Möglichkeit zu geben, seine jungen Pferde dadurch besser zu verwerten, daß sie soweit eingefahren oder zugeritten werden, um ohne Vermittelung des Handels direkt an den Gebraucher übergehen zu können. Auf allen diesen Gebieten ist die landwirthschaftliche Verwaltung mit Hergabe staatlicher Beihilfen fördernd eingetreten; von den durch die landwirthschaftlichen Vereine zur Verwendung kommenden Staatsmitteln entfallen hierbei, wenn man die Anzahl der geborenen Fohlen als einen Maaßstab für die Ausdehnung der Zucht ansieht, auf jedes Fohlen im Durchschnitt der Monarchie im laufenden Jahre 2,42 Mark gegenüber 1,89 Mark im Jahre 1895/96.

Von der größten Bedeutung für die Zucht und Erhaltung leistungsfähiger Pferde ist eine gute Hufpflege. Dieselbe leidet vielfach nicht nur unter der mangelnden Sachkunde der Besitzer, sondern vor Allem auch durch eine ungenügende Fähigkeit der Hufschmiede. Durch das Gesetz vom 18. Juni 1884 ist deshalb angeordnet, daß das Hufbeschlaggewerbe nur von solchen Personen ausgeübt werden darf, welche durch das Bestehen einer praktischen und theoretischen Prüfung einen ausreichenden Befähigungsnachweis geliefert haben. Um den Beschlagschmieden die Erlangung einer genügenden Befähigung zu erleichtern, sind theils durch die betreffenden Zünfte, theils durch die landwirthschaftlichen Vereine zc. in größerer Anzahl Lehrschmieden errichtet, an welchen auch die betreffenden Prüfungen unter Theilnahme staatlicher Kommissarien stattfinden. Soweit, wie erforderlich, werden von der landwirthschaftlichen Verwaltung zur Erhaltung dieser Lehrschmieden staatliche Zuschüsse gegeben, deren Höhe sich im Jahre 1895/96 für 48 Lehrschmieden auf 7100 Mark belief.

Von besonderer Wichtigkeit für die Pferdezucht ist schließlich noch die Organisation des Körwesens, welche es verhindern soll, daß aus Mangel an Verständniß oder aus zu großer Rücksichtnahme auf die geringere Höhe des Deckgeldes schlechte Vaterthiere besseren Thieren vorgezogen werden. Körordnungen für Hengste bestehen jetzt überall mit Ausnahme desjenigen Theils der Provinz Ostpreußen, in welchem eine ganz überwiegende Benützung der königlichen Hengste in Verbindung mit weitverbreitetem züchterischen Verständniß eine Körordnung entbehrlich erscheinen läßt. Die Körordnungen sind überall in Form von Polizeiverordnungen eingeführt, um den wechselnden Verhältnissen der Zucht leichter folgen zu können. Ihr Schwerpunkt liegt in der richtigen Zusammensetzung der Körkommissionen. Die landwirthschaftliche Verwaltung ist in letzterer Beziehung fortgesetzt bemüht, den beteiligten Landwirthen selbst eine genügende Vertretung in den Körkommissionen zu sichern, um einseitigen Richtungen und Anschauungen vorzubeugen.

Die übrige Viehzucht und das Molkereiwesen.

Die Mittel, welche für die Förderung der Rindvieh-, Schaf-, Ziegen- und Schweinezucht, sowie des Molkereiwesens zur Verfügung stehen, werden ebenso wie die zur Förderung des landwirthschaftlichen Betriebes bestimmten, oben näher bezeichneten Dispositionsfonds fast ausschließlich durch die Landwirthschaftskammern bezw. die landwirthschaftlichen Vereine verwandt. Sie dienen in erster Linie den Prämiiungen auf Ausstellungen, der Unterstützung der Herdbuchgesellschaften und Zuchtgenossenschaften, dem Import guter Vaterthiere, Kälber und Stärken und der Errichtung von Bullenstationen. Insgesamt kommen von den durch die landwirthschaftlichen Körperschaften verwendeten Mitteln auf jedes Stück Großvieh (10 Schafe und 10 Schweine gleich 1 Stück Rindvieh gerechnet) 3,6 Pf. im Jahr 1896/97 gegenüber 3,1 Pf. im Jahr 1895/96. Wenn diese Summe auch sehr gering erscheint, so ist dabei doch zu berücksichtigen, daß bei dieser Berechnung auch das gesammte, in manchen Gegenden weit überwiegende und für die Zucht nicht in Betracht kommende Nutzvieh mitgezählt ist, weil eine Aussonderung der Zahl des wirklichen Zuchtviehs nicht möglich ist.

Auch bei den Rindviehprämiiungen wird immer strenger darauf gehalten, für jede Gegend bestimmte Zuchtrichtungen festzustellen, welche ausschließlich berücksichtigt werden sollen, um auch hier wieder zu einheitlichen Zuchten zu gelangen. Erfolge solcher einheitlichen Bestrebungen, verbunden mit rationeller Zucht auf Grundlage richtig geführter Abstammungsnachweise, liegen in fast allen Provinzen vor. Daneben macht sich mehr und mehr das Bedürfnis geltend, nicht ausschließlich nach dem äußeren Ansehen zu züchten, sondern die Leistungen der einzelnen Zuchtthiere festzustellen und zu berücksichtigen. In dieser Beziehung ist der günstige Einfluß der immer zahlreicher auftretenden Sammelmolkereien mit ihrem Modus der Bezahlung der Milch

nach Fettgehalt unverkennbar. Um diese Richtung zu begünstigen und gleichzeitig die Rindviehzucht und das Molkereiwesen zu fördern, hat die landwirthschaftliche Verwaltung in den letzten Jahren den Molkerei-Instituten vermehrte Mittel zugewandt und sie dadurch in den Stand gesetzt, sowohl der Lehre und der Forschung als auch der Milchuntersuchung für die Praxis kräftiger zu dienen.

Hervorzuheben sind in dieser Beziehung das milchwirthschaftliche Institut in Kleinhof Lappau und die milchwirthschaftliche Versuchsstation in Kiel. Im laufenden Jahre ist mit bedeutendem Geldaufwand seitens der landwirthschaftlichen Verwaltung ein Milchergebigkeits-Wettstreit eingeleitet worden, welcher ein ganzes Jahr lang dauern und den Milch- und Butterertrag ausgewählter Kühe holländer und verwandter Rasse in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Hannover, Schleswig-Holstein und in der Rheinprovinz darthun soll. Da es wegen der Kosten nicht möglich war, die betreffenden Thiere alle auf bestimmten Weiden oder in bestimmten Ställen zu vereinigen, auch Werth darauf gelegt wurde, die betreffenden Thiere möglichst in den gewohnten Verhältnissen zu belassen, so ist der Versuch gemacht, das Milchergebniß bei den betreffenden Thieren durch verpflichtete Probenehmer alle 14 Tage an Ort und Stelle aufnehmen zu lassen. Die genommenen Proben werden dann an der Versuchsstation der deutschen Landwirthschafts-gesellschaft in Berlin einheitlich analysirt und es ist eine Ausstellung der besten Kühe bei der nächstjährigen Ausstellung der genannten Gesellschaft in Hamburg in Aussicht genommen. Von dem Gelingen dieses Versuchs wird es abhängen, ob und in welcher Weise auf diesem Wege weiter vorgegangen werden kann, um den Züchtern zuverlässige ziffermäßige Anhaltspunkte für die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schläge an die Hand zu geben.

Die mit staatlicher Unterstützung eingerichteten Bullenstationen, deren Zahl sich jetzt auf 2200 beläuft, sollen einestheils dem Mangel an Bullen, der sich hauptsächlich in Gegenden mit vorwiegendem Kleinbesitz geltend macht, abhelfen, andernteils die Aufstellung besserer Bullen zur Hebung der Zucht erleichtern. Gleichzeitig ist zur Sicherung des Vorhandenseins einer genügenden Anzahl von Bullen auf den alten landrechtlichen Grundsatz zurückgegriffen worden, wonach die Bullenhaltung eine Aufgabe der Gemeinde ist, wenn auch nur in der Weise, daß die Gemeinde überall da subsidiär einzutreten hat, wo die private Viehhaltung das Bedürfniß nach Bullen nicht befriedigt.

Nachdem durch Gesetz vom 27. Juni 1890 für die Rheinprovinz die Verpflichtung der Gemeinden zur Bullenhaltung geregelt worden war, hat sich auch in anderen Theilen der Monarchie das Bedürfniß zu einem derartigen Vorgehen herausgestellt. Aus den Provinzen Hessen-Nassau und Schlesien sind Anträge eingegangen, auch dort die Gemeindebullenhaltung zu regeln. Dieser Anregung folgend sind zunächst Gesetzentwürfe aufgestellt, über welche in Berathung zu treten die Provinzial- und Kommunallandtage der genannten Landestheile veranlaßt worden sind.

Bei Schaffung und Vertheilung des Prämienfonds für die Hebung der Viehzucht ging man ursprünglich von der Ansicht aus, daß es genüge, diese Fonds für die Rindviehzucht zu verwenden, die Sorge für die Schaf-, Schweine- und Ziegenzucht dagegen den landwirthschaftlichen Vereinen zu überlassen. Nachdem es sich indeß gezeigt hat, daß seitens der Betheiligten zur Förderung solcher gemeinsamer Zwecke nur geringe Mittel aufgebracht wurden, ist ein wenn auch nur beschränkter Theil der Staatsfonds auch für diese letztgenannten Zwecke flüssig gemacht worden. Zumal für die Ziegenzucht machte sich das Bedürfniß einer solchen Unterstützung in den letzten Jahren mehr geltend, da die Ziegenhalter, meist dem Stande der Arbeiter und der kleinsten Landwirthe angehörig, am wenigsten in der Lage sind, für Verbesserung der Zucht zu sorgen. Um der besonders durch die mangelhaften Vaterthiere her-

beigeführten Degeneration der Ziegen zu steuern, ist deshalb die Einfuhr von Schweizer Ziegen gefördert und es sind die landwirthschaftlichen Vereine zc. darauf hingewiesen worden, sich auch dieses bisher meist vernachlässigten Zweiges der Viehzucht unter Verwendung eines entsprechenden Theiles der zur Förderung der Rindviehzucht überwiesenen Staatsmittel mehr anzunehmen.

Entsprechend dem Rückgange der Schafzucht finden Ausstellungen von Schafen nur in geringem Umfange mehr statt und es wird deshalb die landwirthschaftliche Verwaltung entsprechend wenig für die Förderung dieses Zweiges der landwirthschaftlichen Thierzucht in Anspruch genommen. Um es den Zuchttheerdenbesitzern zu erleichtern, die Qualität ihrer Wolle und die Beurtheilung derselben durch die Fabrikanten kennen zu lernen, sind wiederholt Konkurrenz-Probescheeren angeregt worden. Auch ist bei der landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin mit nicht unbeträchtlichen Kosten eine Wollwasch- und Konditioniranstalt eingerichtet, welche es jedem Landwirth ermöglicht, gegen eine ganz geringe Taxe den Gehalt seiner Fleece an reiner Wolle und den Fabrikationswerth dieser Wolle feststellen zu lassen. Leider muß hier bemerkt werden, daß weder die Probescheeren zahlreiche Betheiligung gefunden haben, noch daß die erwähnte Einrichtung bei der landwirthschaftlichen Hochschule irgendwie entsprechend benutzt wird.

Für die Förderung der Schweinezucht auf Ausstellungen werden verhältnißmäßig wenig Mittel aus den Fonds der landwirthschaftlichen Verwaltung verwandt und hat sich ein Bedürfniß hierzu auch noch nicht in besonders dringlicher Weise geltend gemacht.

Körordnungen existiren in der gesammten Monarchie — abgesehen von Pferden — meistens nur für Rindvieh; dieselben werden in ihrer Wirksamkeit vielfach dadurch unterstützt, daß der Staat einen Theil der Kosten der Körkommissionen trägt. Nur vereinzelt sind auch Körordnungen für Eber im Gebrauch. Dagegen ist in der letzten Zeit in einzelnen Gegenden die Aufstellung guter Vaterthiere auch für die Schweinezucht mit Unterstützung aus Staatsmitteln in Angriff genommen.

Die Rentabilität der Geflügelzucht hat bisher sehr unter der Konkurrenz des Auslandes gelitten, welches Geflügel und Eier zu sehr billigen Preisen liefert, theils weil die natürlichen Produktionsbedingungen, vor allem das Klima, die Geflügelzucht begünstigen, theils weil die betreffenden Schichten der ländlichen Bevölkerung in Unkenntniß der wirklichen Produktionskosten die Produkte der Geflügelhaltung, speziell die Eier, unter dem Werthe verkaufen. Bei dem dauernden Niedergange der Getreidepreise und dem steigenden Verbrauch an Eiern und Geflügel ist es sehr wahrscheinlich, daß eine rationelle Geflügelzucht und Haltung jetzt auch im Inlande vorthellhaft betrieben werden und dazu dienen könnte, das Getreide besser zu verwerten. Dahin zielende Bestrebungen, welche den Geflügelzuchtvereinen eine praktische und die Liebhabereizuchten in den Hintergrund stellende Aufgabe zuweisen, werden gern unterstützt werden.

Landeskultur im Allgemeinen.

Entsprechend den in den letzten Jahren durch den Staatshaushaltsetat im vermehrten Umfang bereit gestellten Mitteln sind auch die Unterstützungen gestiegen, welche den landwirthschaftlichen Vereinen und den Landwirthschaftskammern als Beihilfen für ihren Geschäftsbetrieb und zur Unterstützung ihrer allgemeinen Aufgaben zur Förderung der Landeskultur gewährt werden konnten. Auch bei diesen Fonds geschieht die Verwendung in der Hauptsache nicht durch die landwirthschaftliche Verwaltung unmittelbar, sondern durch Vermittelung der genannten landwirthschaftlichen Körperschaften. Gegenüber der Ausdehnung des landwirthschaftlichen Betriebes in der Monarchie sind die hier verfügbaren Summen nicht hoch zu nennen. Wenn man berechnet, wieviel davon auf das faktisch landwirthschaftlich benutzten Bodens entfällt, so ergibt sich im

Durchschnitt der Monarchie im laufenden Jahr 1896/97 pro Hektar 1,43 Pf. gegen 1,18 Pf. im Jahr 1895/96. Bei so beschränkten Mitteln kann die Aufgabe der landwirthschaftlichen Verwaltung nicht dahin gehen, überall helfend und fördernd einzugreifen, sondern sie muß sich darauf beschränken, in einzelnen geeigneten Fällen Anregung und Belehrung zu geben, Musterbeispiele und Versuche zu unterstützen, von denen ausgehend sich dann die bessere Kultur im Wesentlichen selbstständig weiterverbreiten soll. Eine ganz wesentliche Unterstützung hat die landwirthschaftliche Verwaltung hierbei dadurch erfahren, daß ihr seit dem Etatsjahre 1892/93 ein besonderer Fonds für die Förderung der Landwirthschaft in den östlichen Provinzen zur Verfügung gestellt worden ist. Die betreffenden Mittel werden theils zur Verstärkung der Beihilfen an die Landwirthschaftskammern benutzt und durch Vermittelung dieser und der landwirthschaftlichen Vereine für die verschiedensten Zwecke des Ackerbaues und der Viehzucht verwandt, theils fließen sie in Fonds, welche auch aus Provinzialmitteln Zuschüsse erhalten und zu besonderen Zwecken verwandt werden. So ist für die Provinz Ostpreußen ein besonderer Fonds für die Unterstützung von Meliorationen speziell der Dränagen und für die Provinz Posen ein besonderer Fonds zur Hebung der Viehzucht durch Aufstellung guter Bullen gebildet, auch in den Provinzen Westpreußen und Posen werden Zuschüsse aus dem oben erwähnten Fonds zu Meliorationen geleistet, während in Schlesien, Pommern und Brandenburg die betreffenden Zuschüsse nur an die Landwirthschaftskammern gehen. Die größten Fortschritte hat unstreitig in der letzten Zeit die Kultur des leichten Bodens mit Hilfe der Gründüngung und der Anwendung passender Handelsdünger gemacht. Man ist jetzt dahin gelangt, auf Sandboden Früchte, deren Anbau früher ausgeschlossen erschien, insbesondere auch Zucker- und Futterrüben mit gutem Erfolge zu bauen und von Kartoffeln Erträge zu gewinnen, wie man dies früher nicht für möglich gehalten hätte. Bei dem Vorwiegen des leichten Bodens, zumal in den östlichen und mittleren Provinzen der Monarchie, hat die landwirthschaftliche Verwaltung der Förderung dieser Kulturen ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt.

Wie schwer es ist, einzelnen Kulturen wieder mehr Eingang zu verschaffen, nachdem sich die allgemeine Praxis einmal von denselben abgewandt hat, zeigt das Beispiel des Flachsbaues, der trotz aller Bemühungen der landwirthschaftlichen Verwaltung keine Zunahme zeigt, obgleich unter den gegenwärtigen Verhältnissen derselbe wohl lohnender, als der Getreidebau sein dürfte. Da ein Hauptgrund für die Abnahme des Flachsbaues in den Schwierigkeiten besteht, welche bei den heutigen Arbeiter- und Gesindeverhältnissen die Verarbeitung des Flachses in der eigenen Wirthschaft der Landwirthe macht, so hat sich die landwirthschaftliche Verwaltung in den letzten Jahren eifrig für die Ausbildung solcher Flachsverarbeitungsverfahren interessiert, welche eine fabrikmäßige Ausführung dieser Arbeiten gestatten und dem Landwirth nur die Erzeugung der rohen Flachsstengel überlassen. In erster Linie sind hierbei die Röstmethoden zu erwähnen, welche die Rüste in kurzer Zeit auf chemischem Wege herbeiführen sollen. Die betreffenden, von der landwirthschaftlichen Verwaltung und dem Handelsministerium unterstützten Versuche haben noch nicht zu ganz abschließenden Ergebnissen geführt und sollen noch weiter fortgesetzt werden.

Eine besondere Pflege hat die Moorkultur Seitens der landwirthschaftlichen Verwaltung gefunden. Mit sehr bedeutenden Zuschüssen aus der Staatskasse ist die Moorversuchstation in Bremen errichtet und in der Centralmoor-Kommission ein Mittelpunkt für alle Bestrebungen zur Förderung der Moorkultur geschaffen. Während zuerst der Schwerpunkt der Moorkultur in der Urbarmachung der fruchtbaren Niedermoores lag, haben in den letzten Jahren auch die Hochmoorkulturen einen bedeutenden Auf-

schwung genommen und man kann die gegründete Hoffnung hegen, daß es gelingen wird, allmählig auch diese, viele Quadratmeilen umfassenden, jetzt fast unbewohnt liegenden Flächen für die Kultur zu erobern. Es kann dies nur geschehen, wenn mit der Erprobung zuverlässiger Kulturmethoden die Kolonisation der Moorflächen Hand in Hand geht. Da naturgemäß die Heranziehung und Ansiedlung von Kolonisten nur in langsamer Gangart erfolgen kann, so würde es für die raschen Erfolge der Hochmoorkultur entscheidend sein, wenn es gelänge, einstweilen größere Moorstrecken in gesunde Viehweiden umzuwandeln. Auf diesen Punkt sind daher neuerdings die Arbeiten der Moor-Versuchsstation und der von ihr abhängigen Versuchsfelder besonders gerichtet. Daneben gehen die Bemühungen weiter fort, die Moore und die zu ihrer Kultur dienenden Stoffe an Deckboden, Schließ etc. richtig anzusprechen, dementsprechend die geeigneten Kulturmaßregeln zu ergreifen und die geeigneten Früchte für die verschiedenen Moore zu erproben. Unter den verschiedenen Zweigen der Landwirthschaft ist unstreitig eine Moorkulturanlage auf geeignetem Moorboden, wenn keine besonders kostspieligen Entwässerungsanlagen notwendig sind, auch heute noch einer der einträglichsten; viele Wirthschaften verdanken ihre Rente in heutiger Zeit fast ausschließlich den Zuschüssen, welche das Moor unmittelbar durch seine Erträge und mittelbar durch die reichen Stroh- und Futtermassen für die Bewirthschaftung der Mineralböden leistet. Da verhältnißmäßig noch große Flächen nicht nur von Hochmoor, sondern auch von Niedermoor unaufgeschlossen liegen und nur ganz mäßige Erträge zur Futtergewinnung oder als Weide liefern, so ist in der rationellen Moorkultur für viele Wirthschaften ein Hilfsmittel zur Ueberwindung der jetzigen schweren Verhältnisse gegeben.

Garten-, Obst-
und Weinbau.

Die Fonds, welche der landwirthschaftlichen Verwaltung für die Förderung des Obst- und Weinbaues zur Verfügung stehen, beliefen sich im Jahre 1890/91 auf 70 000 Mark und wurden im Jahre 1895/96 auf 100 000 Mark erhöht.

Diese Fonds werden vornehmlich verwandt zur Einrichtung und Unterhaltung von Obst-, Mutter- und Mustergärten, zum Ankauf und zur ganz oder theilweise kostenfreien Vertheilung von Obstbäumchen an kleinere Grundbesitzer (Rentengutsvererber etc.) und Lehrer, sowie zur Beschaffung des Pflanzenmaterials für Muster-Obstanzpflanzungen, insbesondere für Bepflanzung von Wegen bei Ausführung von Grundstückszusammenlegungen, wobei die Interessenten stets einen Theil der Anpflanzungskosten zu tragen haben; ferner für Beihilfen bei Einrichtung von Obstverwerthungs-Anstalten, für Kurse zur Unterweisung von Landschullehrern im Obstbau, für Obstbauwanderlehrer, Wandervorträge und sonstige Lehrzwecke, für Ausbildung von Baumnägeln, für Prämien an um den Obstbau verdiente Volksschullehrer, für Beihilfen an Obstbauvereine, für Errichtung von Obstmärkten und Veranstaltung von Obstausstellungen, für Einrichtung von Nebeschulen und für Weinbauwanderlehrer, sowie für sonstige Maßnahmen zur Förderung des Weinbaues. Auf allen diesen Gebieten hat sich in den letzten Jahren eine besondere Regsamkeit kundgegeben und sind landwirthschaftliche und spezielle Fachvereine eifrig bemüht, durch den Obstbau eine neue Einnahmequelle und für die Bevölkerung ein gesundes Nahrungsmittel zu gewinnen. Bei den Schwankungen in den Ernteerträgen und den Schwierigkeiten der Beförderung des frischen Obstes auf weite Entfernungen hat sich die Aufmerksamkeit vornehmlich den verschiedenen Methoden der Obstverwerthung zugewandt. Unter diesen ist es wiederum die Apfelweinbereitung, welche jetzt auch in Gegenden Verbreitung findet, wo sie früher ganz unbekannt war, da sie eines der besten Mittel bietet, größere Mengen Obst rasch zu verarbeiten. Gleichzeitig hat sich der Geschmack des Publikums vielfach auch den Beerengewinen zugewandt, welche in einfachster

Weise unter Zucker und Wasserzusaß aus den verschiedenen kultivirten und wildwachsenden Beeren bereitet werden können.

Sehr erleichtert wird diese Bereitung durch die Einleitung einer raschen und gutartigen Gährung durch Zusaß reingezüchteter Weinhefen, welche auch bei der Traubenweibereitungen eine immer größere Rolle spielen. Während früher die Einleitung und Art der Gährung dem Zufall und den gerade in der Mehrzahl an den Trauben vorhandenen Gesearten überlassen blieb, wobei sehr häufig unreine und der Qualität des Weines nachtheilige Gährungen auftraten, sucht man jetzt die Gährung gleich richtig zu führen, indem man den Most auf die richtige Temperatur bringt, ihm kleinere Quantitäten mittelst Reihese in richtige Gährung gebrachten Mostes zusetzt und dadurch die falschen Hesen nicht zur Entwicklung kommen läßt. Es ist dies einer der wesentlichsten Fortschritte, die in der Weinbereitung bislang gemacht worden sind. Um den Weinbauern die wünschenswerthe Gewähr für den Bezug echter Hesen zu geben, ist in Verbindung mit der Lehranstalt für Obst- und Weinbau in Geisenheim und dem deutschen Weinbau-Verein eine Hesezuchtanstalt eingerichtet, welche sich eines stets steigenden Absatzes erfreut. An der gedachten Anstalt werden dazu neben dem eigentlichen Unterricht für die Eleven noch besondere kürzere Kurse für Hesen-Reinzucht und Verwendung und für Weinbau, Weinchenie und Kellerbehandlung des Weines gehalten. In gleicher Weise sind dort, sowie auch an dem pomologischen Institut in Proskau und an einer Reihe von landwirthschaftlichen Lehranstalten Kurse für Obstbau und Obstverwerthung eingerichtet.

Für die Förderung des Gartenbaues und der Gärtnerei enthält der Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung bis jetzt noch keinen besonderen Titel; die hierfür verwendeten Mittel werden dem sogenannten Landeskulturfonds Kapitel 107 Titel 1 des Stats entnommen. In der Hauptsache beschränken sie sich auf die Unterstützung von Gartenbauvereinen und Beihilfen zu Gartenbauausstellungen durch baare Mittel und Ehrenpreise in Form von Medaillen.

Außerdem fördert der Staat noch den Gartenbau, indem er zur Ausbildung von Gärtnern die Lehranstalten in Proskau, Geisenheim und Potsdam unterhält und Stipendien zum Besuch dieser Anstalten verleiht. Alle die vorgenannten Anstalten bilden neben ihren Spezialaufgaben für Obst- und Weinbau und für die höhere Landschaftsgärtnerei ihre Schüler auch in den allgemeinen Aufgaben der Gesamtgärtnerei aus.

Die Bestimmungen des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 und des dazu erlassenen Preussischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 erwiesen sich zur Bekämpfung der Seuchen im Allgemeinen als ausreichend. In einzelnen Punkten trat jedoch die Nothwendigkeit zu Ergänzungen und Abänderungen hervor, die durch das Reichsgesetz vom 1. Mai 1894, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, herbeigeführt wurden. Dieses Gesetz sichert mehr als bisher ein einheitliches Vorgehen der Bundesstaaten gegenüber der von dem Auslande drohenden Seuchengefahr, es erweitert die Befugniß der Behörden zur veterinärpolizeilichen Beaufsichtigung der Schlachthäuser und der Stellungen für Handelsvieh, es erleichtert die Absperzung gefährdeter Bezirke und die Anordnung von Desinfektionen und ermöglicht endlich die landesgesetzliche Einführung der Schutzimpfung des Rindviehs gegen die Lungenseuche.

Von der letzterwähnten Befugniß wurde in Preußen bereits am 18. Juni 1894 durch den Erlaß des sogenannten Lungenseuche-Impfungs-gesetzes Gebrauch gemacht, das die Einführung des Impfwangs in den Provinzen den Beschlüssen der Provinzial-Vertretungen überläßt und den Provinzial-Verbänden die Pflicht zur Entschädigung für das in Folge der Zwangsimpfung eingehende Vieh auferlegt.

Die Einführung der Schutzimpfung ist allerdings bisher nur in der Provinz Sachsen beschlossen worden,

Veterinär-Wesen.

und auch dort steht die Ausführung des Beschlusses noch dahin.

Anschließend an die Aenderung des Reichsviehseuchengesetzes erfuhr auch die zu dessen Ausführung erlassene Instruktion des Bundesraths fast durchweg im Sinne einer Verschärfung der bisherigen Vorschriften eine neue Bearbeitung, die von dem Reichskanzler am 27. Juni 1895 veröffentlicht wurde.

Eine namentlich in letzter Zeit bei der Bekämpfung der leicht übertragbaren Maul- und Klauenseuche fühlbar gewordene Lücke in dem System der Schutzmaßregeln hat, wie bereits oben erwähnt, die Novelle zur Reichsgewerbeordnung dadurch ausgefüllt, daß ein Zusatz zu § 56 b derselben die Landesregierungen ermächtigt, den Hausirhandel mit Vieh und Geflügel zeitweise zu unterjagen oder Beschränkungen zu unterwerfen.

Das unerwartet starke Auftreten ansteckender Schweinekrankheiten Anfangs in den östlichen, sodann aber auch in den westlichen Provinzen machte in den Jahren 1894 und 1895 die Erstreckung der Anzeigepflicht auf den Rothlauf der Schweine, die Schweineseuche und die Schweinepest erforderlich und veranlaßte zur Bekämpfung dieser Krankheiten zahlreiche Vorschriften, deren zweckmäßige einheitliche Gestaltung z. Bt. den Gegenstand weiterer Berathungen bildet.

Von der den Provinzial- und weiteren Kommunalverbänden durch die Gesetze vom 29. Juni 1890 und 22. April 1892 eingeräumten Befugniß, für das an Milzbrand gefallene Vieh in ähnlicher Weise Entschädigung zu gewähren, wie es für die auf polizeiliche Anordnung getödteten, mit Roß oder mit Lungenseuche befallenen Thiere durch das Reichsviehseuchengesetz und das Preussische Ausführungsgesetz vom 12. März 1881 vorgeschrieben ist, haben die Hohenzollernischen Lande, die Rheinprovinz, die Provinzen Brandenburg (mit Auschluss von Berlin), Schlesien und Westfalen, sowie die Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden Gebrauch gemacht. Die Gewährung von Entschädigungen erleichtert die Bekämpfung der Milzbrandseuche, da nunmehr eine für die Seuchentilgung gefährliche Verheimlichung von Seuchenausbrüchen Seitens der Viehbesitzer nicht mehr zu besorgen ist.

Neben der Unterdrückung der Seuchen im Inlande lag der Veterinär-Verwaltung der Schutz der heimischen Viehzucht gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande ob.

Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 1893 die Einfuhr von Thieren aus dem Auslande ohne Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Viehs im Ursprungslande von der Untersuchung durch einen beamteten Thierarzt an der Grenze abhängig gemacht. Nur gesund befundene Thiere werden zur Einfuhr oder Durchfuhr zugelassen.

Daneben wurde wie früher bei dem Auftreten übertragbarer Seuchen im Auslande zu dem Erlasse von Einfuhrverboten und Quarantäne-Vorschriften geschritten.

Zur Zeit unterliegen laut Bundesrathsbeschlusses vom 27. Juni 1895 alle auf dem Seewege zur Einfuhr gelangenden Wiederkäuer und Schweine einer vierwöchigen Quarantäne in den Hafennorten, die nur für Provenienzen aus Dänemark — mit Ausnahme der z. Bt. verbotenen Einfuhr von Schweinen —, Schweden und Norwegen auf 10 Tage herabgesetzt ist. Aus Amerika darf zum Schutze gegen das Texasfieber Rindvieh und frisches Rindfleisch nicht eingeführt werden. Die holländische, belgische, französische und russische Grenze ist für Wiederkäuer und Schweine gesperrt. Aus Holland und Belgien ist auch die Einfuhr von Milch, als eines gefährlichen Trägers für das Contagium der Maul- und Klauenseuche, verboten und aus Dänemark und Rußland ist wegen der Gefahr der Uebertragung der dort herrschenden Schweineseuchen die Einfuhr von Schweinefleisch untersagt worden. Um den ober-schlesischen Industriebezirk aus dem Inlande mit den erforderlichen Schweinen versorgen zu können, ist

auf den Staatseisenbahnen eine 50 %ige Tarifiermäßigung für Transporte nach Oberschlesien für alle Schweine eingeführt, welche aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Brandenburg und Schlesien dorthin verfrachtet werden.

Der Viehverkehr mit den Oesterreichisch-Ungarischen Staaten wurde im Anschlusse an den Handelsvertrag durch das Viehseuchen-Übereinkommen vom 6. Dezember 1891 geregelt. Die starke Verseuchung der Schweinebestände und das Auftreten der Lungenseuche und der Maul- und Klauenseuche in jenen Ländern hat jedoch in letzter Zeit zu einem völligen Verbot der Einfuhr von Schweinen und Schafen und zu erheblichen Beschränkungen der Einfuhr von Rindvieh genöthigt.

Die erwähnten umfangreichen Grenzsperrren waren hinsichtlich der Rinderpest, der gefürchtetsten aller Viehseuchen, von einem vollständigen Erfolge begleitet, hinsichtlich der übrigen Krankheiten, die nicht lediglich auf Einschleppungen aus dem Auslande zurückgeführt werden können, ist wenigstens die Zufuhr weiteren Krankheitsstoffs verhindert worden. Es schweben z. Bt. Verhandlungen über die Bekämpfung der leider auch in Deutschland weit verbreiteten Tuberkulose des Rindviehs.

An die Organe der Veterinärverwaltung mußten von Jahr zu Jahr erhöhte Anforderungen gestellt werden, die nur durch eine Vermehrung der in der Lokalverwaltung thätigen Beamten und durch die Heranziehung der Departements-Thierärzte zu den landespolizeilichen Geschäften der Regierungs-Präsidenten zu erfüllen waren. Diese Reorganisation der Provinzialinstanz hat erst im laufenden Jahre in 9 Regierungsbezirken begonnen.

Dem vermehrten Bedarf des Staats an beamteten Thierärzten und dem Streben der Stadtverwaltungen, an die Spitze ihrer Schlacht- und Viehhöfe approbirt Thierärzte zu stellen, entspricht eine Zunahme der Studierenden an den thierärztlichen Hochschulen in Berlin und Hannover. An beiden Anstalten mußte die Zahl der Dozenten vermehrt werden. Für die Hochschule in Hannover werden seit dem vorigen Jahre neue Gebäude errichtet, die abgesehen von dem Grunderwerbe etwa 1 660 000 Mark kosten werden.

Zur Unterweisung der in der Praxis stehenden beamteten Thierärzte in den neueren Methoden zur sicheren Feststellung der Seuchen wurden an der Hochschule in Berlin bakteriologische Kurse eingerichtet, neuerdings sollen auch in den Provinzen derartige Kurse abgehalten werden.

Die wissenschaftliche Erforschung der Thierkrankheiten wurde durch Gewährung von Unterstützungen zur Vor- nahme von Versuchen und durch Veranstaltung von Preis- aussschreiben gefördert, es wird jedoch erforderlich sein, größere Aufwendungen für diesen Zweck zu machen, da sich die Ueberzeugung mehr und mehr Bahn bricht, daß eine dauernde Bekämpfung vieler Seuchen nicht durch Absperrungen und sonstige polizeiliche Maßnahmen, sondern nur durch die Ermittlung und Vernichtung der Krankheits- erregers oder durch Immunisirung der Thiere gegen die Angriffe derselben zu erreichen ist. In erster Reihe sollen die wissenschaftlichen Forschungen auf die Maul- und Klauenseuche sich beziehen und sind die hierzu erforderlichen Vorbereitungen bereits eingeleitet.

Der Vertilgung der schädlichen Thiere und der dem Pflanzenreiche angehörenden Schädlinge der Landwirthschaft ist fortdauernd besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden. Abgesehen von vereinzelt stärkeren Auftreten von Feldmäusen und Saatträhen, sowie des die Rübenfelder schädigenden Pilzes *Phoma betae* sind größere Kalamitäten durch derartige Schädlinge in jüngerer Zeit nicht entstanden. Zur näheren Erforschung und wirksamen Bekämpfung des vorbezeichneten Rübenpilzes sind durch bewährte Fachmänner wissenschaftliche Untersuchungen eingeleitet und Versuche angestellt worden, welche gute Erfolge versprechen,

Die dem Thier- und Pflanzenreiche angehörigen Schädlinge.

zur Zeit indessen noch nicht abgeschlossen sind. Dasselbe gilt bezüglich der Bekämpfung der Mäuseplage durch Anwendung des Löffler'schen Mäuse-Typhus-Bazillus. Zum Zwecke thunlicher Verminderung der Saatkrahen, wo dieselben in einem der Landwirthschaft schädlichen Maasse vorhanden sind, werden alljährlich beträchtlichere Mittel flüssig gemacht. Auch sind zur Verbreitung der Kenntniß von Schädlingen der Landwirthschaft aus dem Thier- und Pflanzenreiche belehrende Wandtafeln, so über die gelbe Halmfliege, die Fritfliege, die Zwerg-Ficade, die Reblaus, die Blutlaus, die *Peronospora viticola* und dergl. für Rechnung der landwirthschaftlichen Verwaltung gefertigt und in großer Anzahl unter der ländlichen Bevölkerung unentgeltlich vertheilt worden.

Am meisten Aufmerksamkeit unter den Schädlingen erforderte die Reblaus. Die Organisation, welche zu dem Zwecke in das Leben gerufen worden ist, um die rechtzeitige Entdeckung und rasche Beseitigung von Reblaus-Infektionen durch eine sorgfältige dauernde Beaufsichtigung sämtlicher Rebpfanzungen, außerdem aber durch periodische Untersuchungen derselben mittelst besonders gebildeter, von den bewährtesten Sachverständigen geleiteter Kommissionen sicherzustellen, ist in neuerer Zeit weiter ausgebaut worden und hat sich in ihrer gegenwärtigen Gestalt bewährt. Die Kosten der Reblausbekämpfung einschließlich der Entschädigung der Besitzer für vernichtete gesunde Reben haben betragen:

für 1891/92	461 509 Mk.
" 1892/93	407 396 "
" 1893/94	346 958 "
" 1894/95	320 433 "
" 1895/96	359 259 "

wobei diejenigen nicht unbeträchtlichen Kosten unberücksichtigt geblieben sind, welche für Versuche zur Anzucht reblauswiderstandsfähiger Reben in eigens hierzu angelegten Veredlungsstationen verausgabt worden sind. Dank diesem Vorgehen ist es gelungen, eine erheblichere Weiterverbreitung der Reblaus zu verhindern. Von den rund 20 000 ha Weinbaufläche des Preussischen Staates sind bis Ende 1895/96 nur etwa 130 ha von der Reblaus befallen worden. Die bedeutendsten und werthvollsten Weinbaugebiete im Rheingau, an der Mosel und Saar sind nach dem Ergebniß der bisherigen sorgfältigen Untersuchungen von der Reblaus noch unberührt geblieben und auch in denjenigen Weinbaugebieten, in denen das Auftreten der Reblaus festgestellt ist, ist es immerhin gelungen, deren Verbreitungsgebiet allmählich einzuschränken.

Fischerei.

Zur Fischerei in Privatflüssen ist — abgesehen von den etwa bestehenden besonderen Fischereiberechtigungen — jeder Eigenthümer der Ufergrundstücke auf der längs seines Grundstücks laufenden Flußstrecke bis zur Mitte des Flusses berechtigt. In den Landesheilen mit zerstückeltem Grundbesitz bildet diese s. g. Anlieger- oder Adjazentenfischerei ein unüberwindliches Hinderniß einer rationellen Fischwirthschaft. Alle Versuche, die vielen Berechtigten unter Verzicht auf die Einzelausübung zu gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder gemeindeweiser Nutzung der Fischerei zu vermögen, haben sich als unausführbar erwiesen. Nach längeren Vorberathungen ist deshalb zuerst für die Provinz Westfalen (Gesetz vom 30. Juni 1894) und sodann für die Rheinprovinz (Gesetz vom 25. Juni 1895) die Regelung dieser Fischerei der Ufereigenthümer im Wege des Gesetzes erfolgt. Wegen Einführung gleichartiger Gesetze in den Provinzen Hannover und Hessen-Nassau schweben zur Zeit Verhandlungen.

Um einer Ueberfischung der Flußmündungen und der drei großen Häse in den Provinzen Ost- und Westpreußen, sowie Pommern entgegenzuwirken, ist man seit fast 20 Jahren bemüht, der fischereitreibenden Bevölkerung an den Küsten das Meer für ihren Erwerb zu erschließen. Nachdem die ersten, mit verhältnißmäßig geringen Mitteln aus Preussischen

Fonds eingeleiteten Versuche an der hinterpommerschen und ostpreussischen Küste gezeigt hatten, daß auch in der Ostsee die Seefischerei mit verbesserten Fahrzeugen und Fanggeräthen einen lohnenden Ertrag abwirft, wurden vom Jahre 1886 ab die bezüglichen Bestrebungen Seitens des Reiches und Preußens in größerem Umfange gefördert. Ersteres stellte zuerst 100 000 Mark und demnächst jährlich 200 000 Mark zur Hebung der Seefischerei in den Etat, während aus Preussischen Fonds die Kosten der Anlage von Fischerei- und Schutzhäfen bestritten wurden. Hierzu sind bisher insgesamt rund 11 Millionen Mark bereits verwendet, bezw. durch den Etat flüssig gemacht. Die erheblichsten Aufwendungen sind entstanden für die Häfen: Hela, Leba-Mündung, Greifswalder Die, Sahnitz, Geestemünde, Norderney und Norddeich. In Vorbereitung sind Hafenprojekte für die Dievenowmündung, bei Lauterbach, bei Brerow und bei Bierow-Lubmin. Ferner schweben Verhandlungen über die Anlage von Fischereihäfen auf Borkum, bei List und bei Blankenese.

Aus dem Reichsfond sind an Preussische Fischer in mehr als 400 Fällen zinsfreie, in längerer Frist rückzahlbare Darlehne zur Beschaffung von Fahrzeugen und Netzen für die Seefischerei bewilligt, weit überwiegend im Ostseegebiet, deren Fischer besonders durch Einführung der Schleppnetzfisherei auf Lachs und Verbesserung der Fanggeräthe für die Strömungs- (Ostsee-Frühjahrshering) Fischerei einen, in den einzelnen Jahren je nach der Witterung zwar erheblich schwankenden, immerhin aber erfreulichen Ertrag erzielen.

Bei der Nordseefischerei hat sich der Frischfischfang günstig entwickelt und wird jetzt im Preussischen Staatsgebiete (Altona, Cranz, Geestemünde) bis Ende 1895 mit 39 Dampfern (je circa 400 cbm Rauminhalt), und im ganzen Reichsgebiete (wobei besonders Bremerhafen mit 33 Dampfern betheilt ist) mit 88 Dampfern betrieben. Letztere enthalten 35 500 cbm Bruttoreauminhalt und erfordern 900 Mann Besatzung.

Die Segelfischereien, welche zuerst besorgten, durch die Konkurrenz der Dampfer-Fischereien erdrückt zu werden, haben sich dadurch zu erhalten gewußt, daß sie bessere Waare an den Markt bringen. Gestärkt ist die Segelfischerei in dem Konkurrenzkampfe mit den Dampfern durch Gewährung von Reichsdarlehen zur Beschaffung verbesserter Fanggeräthe und besonders schnellsegelnder, mit Behältern zum Lebenderhalten der Fische (Bünn) und mit rationalen Windvorrichtungen versehener Fahrzeuge.

Die ausgiebigste finanzielle Unterstützung hat die Heringsfischerei erfordert. Nachdem die Emdener Gesellschaft in den Jahren 1890—1893 fortschreitend günstige Fangergebnisse erzielte, ging nicht nur diese Gesellschaft dazu über, neue Heringslogger, deren sie Ende 1895 24 besaß, einzustellen, sondern es haben sich inzwischen auch 4 neue Heringsfischerei-Unternehmungen gebildet und zwar nach dem Bestande von 1895:

eine neue Emdener Gesellschaft „Neptun“ mit	15	Loggern
(früher an der niederländischen Küste in Betrieb),		
eine Glückstädter Heringsfischerei-Gesellschaft mit	8	„
eine Bremen-Begeßacker Heringsfischerei-Gesellschaft mit	4	„
eine Altonaer desgleichen mit	1	Logger.

Insgesamt wurde die Heringsfischerei von der deutschen Küste aus 1895 mit 52 Loggern (je 14 bis 15 Mann Besatzung) betrieben, deren Fang auf über 50 000 Faß Hering zum Werthe von über 1 Million Mark anzunehmen ist, wodurch indeß erst etwa 4 % unseres Bedarfs an Salzheringen gedeckt werden.

Nach Vorstehendem im Allgemeinen mit Befriedigung auf den Aufschwung der Seefischerei hingewiesen

werden, so ist dies bezüglich der Binnenfischerei nicht in gleichem Maße der Fall. Während es dort in der Hauptsache darauf ankommt, der Nord- und Ostsee einen Theil ihres vorhandenen reichen Fischbestandes abzurufen, ist es in der Binnenfischerei überwiegend die Aufgabe, Fischbestände neu zu erzielen, vorhandene zu heben und den Edelfischarten größere Verbreitung zu sichern. Hierzu gewährt das Reich dem Deutschen Fischereiverein zur Förderung der künstlichen Fischzucht eine jährliche Unterstützung von 40 000 Mark. Trotz aller Bemühungen, eine erhebliche Vermehrung der Fischbestände zu erreichen, ist ein allgemeiner Erfolg bisher nicht erzielt worden. Die künstliche Zucht der Salmoniden und Coregonen ist zwar in immer größerem Umfange gelungen; auch sind die Bestände dieser Fischarten in den einheimischen Gewässern, besonders in den westlichen Flußgebieten, ersichtlich gehoben. Ebenso hat die Karpfenzucht durch Einführung der Zuchtwahl und rationeller Fütterungsmethoden sich wesentlich ertragreicher gestaltet, theilweise auch über die alten Karpfenzuchtgebiete (Lausitz, Schlesien) hinaus verbreitet. Doch sind alle diese Fortschritte nur als Anfänge für eine rationelle Entwicklung zu bezeichnen.

Nachdem bereits vor 2 Jahren die Provinzialbehörden angewiesen sind, von Aussichtswegen auf eine rationelle Verbesserung der in großer Ausdehnung vorhandenen Gemeindefischereien hinzuwirken, hat jetzt der deutsche Fischereiverein einen besonderen Ausschuß eingesetzt behufs Förderung der See- und Teichwirthschaft, von dessen Thätigkeit günstige Erfolge zu erwarten sind.

Eine wichtige Aufgabe bleibt noch die Regelung der Unfallversicherung, besonders bezüglich der See- und Küstenfischerei-Betriebe, wobei nach den Ergebnissen der vorjährigen Berufszählung anzunehmen ist, daß annähernd 10 000 Fischer die Fischerei auf offener See, und an den Küsten annähernd 12 000 Fischer die Fischerei in Binnengewässern als Hauptberuf betreiben. Die bisherigen Bestrebungen in dieser Richtung haben wegen der geringen Leistungsfähigkeit der Betheiligten noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Neuerdings sind die Verhandlungen Seitens der Reichsverwaltung auf einer Grundlage wieder aufgenommen worden, welche geeignet erscheint, den Fischern die Tragung der Unfallversicherungskosten zu erleichtern.

Bezüglich der Fischer-Fahrzeuge und -Netze ist — wesentlich durch die Bemühungen des deutschen Seefischerei-Vereins — nach langwierigen Verhandlungen mit den Betheiligten erreicht, daß für alle wichtigen See- und Küstenfischerei-Bezirke Versicherungskassen auf Gegenseitigkeit gegründet worden sind, behufs deren Sicherung insgesamt eine fast die Summe von 150 000 Mark erreichende Beihilfe zu den Reservefonds aus Reichsmitteln bewilligt worden sind.

Um den Bestand der fiskalischen Austernbänke an der Westküste Schleswigs zu heben, ließ man den Fischereibetrieb mehrere Jahre gänzlich ruhen. Diese Maßregel hatte indessen nicht den gewünschten Erfolg. Die Fangergebnisse gingen sogar, nachdem der Fischereibetrieb 1891/92 wieder aufgenommen war, von Jahr zu Jahr zurück. Unter solchen Umständen machte sich immer dringender die Nothwendigkeit geltend, energische Maßregeln zur Besserung der Bänke zu ergreifen. Es wurde daher beschlossen, junge, d. i. ein- und zweijährige französische Auster in ähnlicher Weise, wie dieses schon längere Zeit für die Bänke von Holland und für die Bänke vor der Themse-Mündung geschieht, auf die Austernbänke im Schleswigschen Wattenmeer zur Hebung des Bestandes zu verpflanzen. Demgemäß sind in den letzten Jahren französische Auster in der Bretagne angekauft, über Land nach Husum geschafft und von dort aus theils zunächst in Baffins, theils sogleich auf Bänken untergebracht. Es wurden angekauft:

1. im Herbst 1894:	1893er Brut = 1 800 000 Stück
2. " Frühjahr 1895:	<div> <div>1893er " = 1 000 000 "</div> <div>1894er " = 1 000 000 "</div> </div>
3. " " 1896:	<div> <div>1893er " = 500 000 "</div> <div>1894er " = 1 000 000 "</div> <div>1895er " = 1 000 000 "</div> </div>
	zusammen: 6 300 000 Stück

Die Kosten des Ankaufs und des Transports dieser Austern haben rund 51 000 Mark betragen. Welchen Erfolg diese Versuche haben werden, läßt sich zur Zeit noch nicht vollständig übersehen.

Einer besonderen Erwähnung bedürfen noch die im Laufe der letzten Jahre errichteten biologischen Stationen, welche namentlich auch vom Standpunkte der Förderung des Fischereiwesens von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Abgesehen von der im Jahre 1892 eingerichteten, als ein staatliches Unternehmen ausgestalteten, biologischen Station zu Helgoland, zu deren wesentlichen Aufgaben es gehört, der deutschen Hochseefischerei auf dem Gebiete der angewandten Meeresbiologie förderlich zu sein, hat sich die staatliche Fürsorge auch der Errichtung von Süßwasserstationen zugewendet. In erster Linie ist die biologische Station zu Bonn, welche zum Zwecke wissenschaftlicher Durchforschung der Thier- und Pflanzenwelt des Süßwassers im Jahre 1891 als erste derartige Anstalt mit staatlicher Beihilfe errichtet worden ist, weiter ausgestaltet und neuerdings in ihrem Bestande dadurch gesichert worden, daß der bisher gewährte staatliche Unterhaltungszuschuß auf 5000 Mark jährlich erhöht worden ist. — In gleicher Weise hat die Staatsverwaltung sich an der Einrichtung und laufenden Unterhaltung der biologischen und Fischerei-Versuchsstation am Müggelsee bei Berlin, mit deren Einrichtung der Deutsche Fischereiverein in den Jahren 1893 und 1894 vorgegangen ist, durch Zuwendung erheblicher Beihilfen betheiligt. Während die beiden genannten Stationen sich mit der Biologie der Fische und der dieselben ernährenden Organismen im Allgemeinen befassen und mit den Ergebnissen ihrer wissenschaftlichen Forschungen der Fischwirthschaft im Allgemeinen dienen, ist in jüngster Zeit durch den schlesischen Fischereiverein lediglich zur Förderung der Teich-Fischereiwirthschaft eine teichwirthschaftliche Station in Trachenberg in das Leben gerufen worden, in welcher Untersuchungen über die naturwissenschaftlichen Grundlagen, speziell der Teichwirthschaft, und praktische Versuche zur Hebung der teichwirthschaftlichen Erträge angestellt werden. Auch zur Errichtung und Unterhaltung dieses Unternehmens sind Beihilfen aus Mitteln der landwirthschaftlichen Verwaltung gewährt worden.

Biologische
Stationen.

Auf dem Gebiete der Hagel- und Viehversicherung sind neuere gesetzgeberische Maßnahmen nicht zu verzeichnen. Die Vorarbeiten für die reichsgesetzliche Regelung des privaten Versicherungswesens sind wieder in Angriff genommen. Der Deutsche Landwirtschaftsrath hat im Jahre 1895 unter Mitwirkung der preussischen landwirthschaftlichen Verwaltung ein neues Normalstatut und Normal-Versicherungsbedingungen für Vieh-Versicherungs-gesellschaften im Verein mit dem Verbands deutscher Vieh-Versicherungs-gesellschaften aufgestellt, welches den Behörden und Betheiligten zur Nachachtung bekannt gegeben ist und einen wesentlichen Fortschritt für die Entwicklung der Viehversicherung bedeutet. Für die Konzeptionierung größerer Hagel- und Vieh-Versicherungs-gesellschaften auf Gegenseitigkeit sind seit einigen Jahren die Anforderungen an die Unternehmer verschärft worden, um der Gefahr unreeeller Gründungen vorzubeugen. Namentlich wird verlangt, daß der von der Gesellschaft aufzubringende Garantie- und Betriebsfonds aus den Einnahmen der Gesellschaft in bestimmter Zeit zu amortisiren ist, und daß für den Fall der Auflösung der Gesellschaft den Zeichnern des Garantie- und

Hagel- und
Viehversicherung.

Betriebsfonds die Verpflichtung auferlegt wird, sich wegen ihrer Forderungen mit dem vorhandenen Gesellschaftsvermögen zu begnügen, so daß sie eine Befriedigung durch Einforderung von Nachschüssen nicht verlangen können.

Kreditwesen.

Die Ordnung des ländlichen Kreditwesens ist unter den gegenwärtigen landwirthschaftlichen Verhältnissen von erhöhter Bedeutung, weil der Rückgang der landwirthschaftlichen Erträge die Wirkung der vorhandenen Schuldbelastung in verstärktem Maße fühlbar macht. Einen hoffentlich fruchtbaren Keim für die künftige Gestaltung des ländlichen Kredits hat — wie bereits erwähnt — das Gesetz über die Landwirthschaftskammern vom 30. Juni 1894 gelegt, indem es der, in den Landwirthschaftskammern gesetzlich geordneten Vertretung des Grundbesitzes ausdrücklich die Mitwirkung bei der Organisation des ländlichen Kredits übertragen hat. Die für diese Mitwirkung maßgebenden Gesichtspunkte sind in der Verfügung vom 26. Juni d. J. den Landwirthschaftskammern nahe gelegt.

In Bezug auf die neueren Erhebungen über die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes ist neben der jährlichen Statistik der Hypothekenbewegung und der Zwangsversteigerung die neuerdings eingeführte jährliche Besitzwechselstatistik zu nennen. Ferner ist die Wiederholung der im Jahre 1883 für 50 Amtsgerichtsbezirke stattgehabten Aufnahme des Bestandes der auf land- und forstwirthschaftlichen Besitzungen eingetragenen Schulden unter Ausdehnung auf einige weitere Amtsgerichtsbezirke angeordnet.

Unter den bestehenden Grundkreditinstituten nehmen die Landschaften die erste Stelle ein. Die Zahl derselben ist im Jahre 1895 durch die Schleswig-Holstein'sche Landschaft vergrößert worden. Die Lage des Geldmarkts hat es den Landschaften in den letzten Jahren gestattet, ihre Pfandbriefe zum Theil auf 3 %ige zu konvertiren. Soweit hierzu eine staatliche Genehmigung resp. eine Aenderung der reglementarischen Bestimmungen erforderlich war, ist die staatliche Mitwirkung gewährt; bei der Durchführung der Konvertirungen, welche neuerdings bei dem etwas stärkeren Anziehen des Zinsfußes ins Stocken gerathen sind, ist u. a. die Seehandlung und die demnächst zu erwähnende Preussische Central-Genossenschaftskasse den Landschaften behülflich gewesen. Den bestehenden landschaftlichen Darlehnskassen, welche die finanzielle Vermittelung der Pfandbriefungen besorgen und Bankgeschäfte aller Art, jedoch mit Ausschluß spekulativer Transaktionen betreiben, sind in neuester Zeit die in Posen und in Stettin errichteten hinzugegetreten.

Eine besondere Aufgabe der Landschaften ist gegenwärtig die erweiterte Beleihung des bäuerlichen und kleinbäuerlichen Besitzes, der noch in großem Umfange mit hochverzinslichen kündbaren Privathypotheken auch zur ersten Stelle belastet ist. Auf staatliche Veranlassung haben im Jahre 1895 in sämtlichen Provinzen Verhandlungen mit Vertrauensmännern stattgefunden, die übereinstimmend zur Bejahung der Bedürfnisfrage, sowie zur Einigung darüber geführt haben, daß von der Schaffung neuer Kreditinstitute abzusehen sei, vielmehr die bestehenden Institute, in erster Linie die Landschaften, zur Lösung dieser Aufgabe heranzuziehen seien. Die Landschaften haben sich auch überall bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen, wobei sie zum Theil mit Recht darauf hinweisen konnten, daß sie schon bisher Erhebliches auf diesem Gebiete geleistet haben. So sind in Brandenburg circa 6030 bäuerliche Stellen mit 97 Millionen Pfandbriefen beliehen, in Schlesien über 90 Millionen Rustikalpfandbriefe ausgegeben auf circa 6500 Grundstücken, auch in den übrigen Ostprovinzen, außer in Pommern, ist die Zahl der bäuerlichen Beleihungen erheblich. In Schlesien ist im Jahre 1895 die Beleihung der bäuerlichen Stellen um 12½ Millionen Mark, das Doppelte des seitherigen Jahreszuwachses, gestiegen. Vergleicht man indessen die Zahl der beliehenen mit der der statutarisch beleihungs-

fähigen Besitzungen, so ist kein Zweifel, daß das bisher Geschehene nur als Anfang zu bezeichnen ist. Die Gründe, weshalb der bäuerliche Besitz nicht schon in weit stärkerem Maße von den landschaftlichen Einrichtungen Gebrauch gemacht, liegen zum Theil in mangelnder Bekanntschaft, auch in einer gewissen Schwerfälligkeit in Geldgeschäften, zum Theil in den Einrichtungen selbst, die nicht überall dem Bedürfnisse des bäuerlichen Kredits voll entsprechen. Folgende Punkte sind bei den Vertrauensmännerversammlungen speziell erörtert und zum Theil schon durch nachfolgende Beschlüsse der Landschaften erledigt:

1. Die Ausdehnung der Beleihungsfähigkeit auf alle selbstständigen Ackerbauern. Als untere Grenze ist im Allgemeinen ein Grundsteuerreinertrag von 60 bis 80 Mark angenommen. Die schlesische Landschaft geht seit vorigem Jahre erheblich weiter, nämlich bis auf Besitzungen von 15 Mark Reinertrag herunter. Die Landschaft hat das auf eigenen Antrieb beschlossen; seitens der Regierung wird ein Druck dahin, noch kleinere Besitzungen als selbstständige Ackerbauern zur landschaftlichen Beleihung zuzulassen, nicht ausgeübt.
2. Ein möglichst einfaches, daher billiges und rasch zum Ziele führendes Beleihungsverfahren. Wo die Beleihung nach der Grundsteuer für den nachgekauften Kredit nicht genügt, ist ein summarisches Taxverfahren mit fakultativen Zuschlägen unter Zugrundelegung der Grundsteuereinschätzung am Platze. So ist das Verfahren schon seither in der Provinz Brandenburg geordnet. Wünschenswerth erscheint nach dem Vorgange Hannovers, daß die Kreditinstitute aus den gemachten Erfahrungen heraus für die einzelnen Kreise und Kreistheile den zutreffenden Multiplikator des Grundsteuerreinertrages individuell feststellen, um auf diese Weise den Verschiedenheiten der Grundsteuereinschätzung gerecht zu werden. Es kann auf diese Weise mit der Beleihung nach der Grundsteuer höher gegangen werden, als wenn für die ganze Provinz ein einheitlicher Maßstab gewählt wird. Die landschaftlichen Organe jedoch haben im Allgemeinen erklärt, in dieser Hinsicht noch der Sammlung weiteren Materials zu bedürfen. Im Uebrigen sind überall, wo ein Bedürfnis vorhanden, Vereinfachungen und Verbesserungen des Taxverfahrens beschlossen.
3. Möglichste Verbilligung des Beleihungsverfahrens, namentlich Beseitigung der auf den bäuerlichen Besitzer abschreckend wirkenden Kostenvorschlüsse. Auch in dieser Hinsicht sind die Landschaften überall entgegenkommend gewesen.
4. Bekanntmachung und leichte Zugänglichmachung der landschaftlichen Einrichtungen. In einzelnen Provinzen ist schon seither die Erlangung des Kredits äußerst bequem. In Brandenburg z. B. braucht der Besitzer nur eine Postkarte an die ritterschaftliche Darlehnskasse zu schreiben, die dann alles weitere, einschließlich der Grundbuchoperationen, vermittelt. Wenn trotzdem auch in Brandenburg von diesen Einrichtungen kein zureichender Gebrauch gemacht ist, so zeigt dies eben, daß man mit einer bloß abwartenden Stellung nicht zum Ziele kommt, es vielmehr nothwendig ist, an den bäuerlichen Besitzer heranzutreten, um ihn zu bestimmen, daß er von der gebotenen Möglichkeit auch wirklich Gebrauch macht. Hier liegt eine Aufgabe, die nur durch Zusammenwirken der staatlichen Behörden, der landschaftlichen Organe und der landwirtschaftlichen Vertrauenspersonen, insbesondere auch der Landwirthschaftskammern, zu lösen ist. Die Landschaften haben Anstalt getroffen, durch Herausgabe gemeinverständlicher Schriften und größere Lokalisierung ihrer Einrichtungen nach dieser Richtung hin zu wirken. Die Benutzung bezahlter Agenten ist für den Osten der Monarchie als unzuweckmäßig er-

achtet. Dagegen können die Vorstände der immer zahlreicher werdenden Personalkreditgenossenschaften für ihre Vereinsgenossen den landwirtschaftlichen Kredit vermitteln.

In Westpreußen, Schlesien und Sachsen wird jetzt der Versuch gemacht, ortschaftsweise mit der Hypothekenvereinigung vorzugehen und die vorhandenen Privathypotheken innerhalb der Sicherheitsgrenze in Pfandbriefshypotheken umzuwandeln.

Die Hypothekenbanken spielen in Preußen für den ländlichen Grundkredit im ganzen keine erhebliche Rolle. Die im Jahre 1893 nach eingehender Vorberathung durch Verfügung der Ressortminister erlassenen neuen Normativbestimmungen für Hypothekenbanken tragen sowohl dem Interesse des schuldnereischen Grundbesitzes wie dem des Hypothekenspfandbriefsbesizers möglichst Rechnung und haben auch außerhalb Preußens Beachtung und Anerkennung gefunden. Die meisten preussischen Hypothekenbanken und mehrere außerpreussische haben sich diesen Bestimmungen im Wege der Statutenänderung angeschlossen; für die Neukonzeptionierung von Hypothekenbanken wird in Preußen die Annahme der Bestimmungen zur Bedingung gemacht.

Für den Personalkredit kommen neben den für den größeren Besitz bestimmten, schon erwähnten landwirtschaftlichen Darlehnskassen die Sparkassen, hauptsächlich aber die Genossenschaften in Betracht. Eine gezielte Reform des Sparkassenwesens erscheint nach mehreren Richtungen wünschenswerth; eine ihrer Aufgaben wird es sein, die Sparkassen dem Bedürfnisse des Personalkredites der minder bemittelten Bezirksangehörigen in erhöhtem Maße nutzbar zu machen.

Die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens ist seit mehreren Jahren in lebhaftem Gange, wozu die unausgesehten Anregungen der landwirtschaftlichen Verwaltung, die seit Jahren auch mit beträchtlichen Geldmitteln die genossenschaftliche Propaganda unterstützt hat, nicht unerheblich beigetragen haben dürften. Von besonderer Bedeutung ist die auf Grund des Gesetzes vom 31. Juli 1895 erfolgte Errichtung der Preussischen Central-Genossenschaftskasse, welche am 1. Oktober 1895 ihren Geschäftsbetrieb eröffnet hat. Das ursprünglich auf 5 Millionen Mark festgesetzte staatliche Grundkapital dieser Kasse ist inzwischen bereits durch das Gesetz vom 8. Juni 1896 auf 20 Millionen Mark erhöht worden. Die Anstalt ist nach dem Gesetze befugt:

1. zinsbare Darlehne zu gewähren an
 - a) solche Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Reichsgesetz vom 1. Mai 1889), welche unter ihrem Namen vor Gericht klagen und verklagt werden können,
 - b) die für die Förderung des Personalkredites bestimmten landwirtschaftlichen (ritterschaftlichen) Darlehnskassen,
 - c) die von den Provinzen (Landeskommunalverbänden) errichteten gleichartigen Institute;
 2. von den unter 1. gedachten Vereinigungen u. s. w. Gelder verzinslich anzunehmen.
- Zur Erfüllung dieser Aufgaben (1 und 2) ist die Anstalt außerdem befugt:
3. sonstige Gelder im Depositen- und Checkverkehr anzunehmen;
 4. Spareinlagen anzunehmen;
 5. Kassenbestände im Wechsel-, Lombard- und Effekten-geschäft nutzbar zu machen;
 6. Wechsel zu verkaufen und zu acceptiren;
 7. Darlehne aufzunehmen;
 8. für Rechnung der unter 1. bezeichneten Vereinigungen u. s. w. und der zu denselben gehörigen Genossenschaften sowie derjenigen Personen, von denen sie Gelder im Depositen- und Checkverkehr oder Spareinlagen oder Darlehne erhalten hat, Effekten zu kaufen und zu verkaufen.

Die Anstalt ist also nicht dazu bestimmt, den einzelnen Genossenschaften Kredit zu eröffnen, für diese soll zunächst die innerhalb des betreffenden Genossenschaftssystems bestehende Verbandskasse als Geldausgleichungsstelle dienen, und erst die Gesamtheit der letzteren findet in der Central-Genossenschaftskasse ihren finanziellen Mittelpunkt für die Entnahme und die Annahme von Geldern. Die einzelnen Genossenschaften können selbständig nur in Bezug auf die zu Ziffer 3—8 bezeichneten Geschäfte mit der Centralkasse in Verkehr treten, ebenso wie Privatleute und Sparkassen. Der Jahresgewinn der Anstalt wird theils zur Ansammlung eines Reservefonds, theils zur Verzinzung des Grundkapitals (mit höchstens 4 %) benutzt; außer dem Staate können sich auch die in § 2 bezeichneten Vereinigungen mit Einlagen am Grundkapital betheiligen. Zur beiräthlichen Mitwirkung bei den durch ein Direktorium geführten Geschäften der Anstalt ist ein Ausschuss berufen, über dessen Zusammensetzung und Geschäftskreis die königliche Verordnung vom 4. Oktober 1895 Bestimmung trifft. Die auffallend rasche und günstige Entwicklung der Centralgenossenschaftskasse zeigt, einem wie lebhaften Bedürfnisse sie entspricht. Ihre Geschäftsthätigkeit ist in stetig steigender Entwicklung geblieben. Der Gesamtumsatz war bis zum 30. Juni 1896 bereits auf 129 502 323 Mark gestiegen. Von letzterem Betrage entfielen auf den Verkehr mit den genossenschaftlichen Vereinigungen und Verbandskassen insgesamt 37 320 262 Mark.

Davon:

a) in laufender Rechnung	32 016 717 M
und zwar gewährte Kredite	22 124 113 "
Rückzahlungen und Guthaben	9 892 604 "
b) in Einzelgeschäften (aktivem und passivem Darlehnsverkehr)	5 303 545 "
und zwar gewährte Kredite	3 086 438 "
Rückzahlungen und Darlehne	2 217 107 "

Auf den Verkehr mit den landschaftlichen (ritterschaftlichen) Darlehnskassen entfielen insgesamt 20 821 523 M und zwar gewährte Kredite 11 162 949 "
Rückzahlungen 9 658 547 "

Die in § 2 Nr. 3—8 des Gesetzes vom 31. Juli 1895 aufgeführten Arten von Geschäften haben — abgesehen von dem Verkehr mit der General-Staatskasse, Reichsbank und Seehandlung — an dem Gesamtumsatz folgenden Antheil.

An Depositen sind außer von Spar- und Kommunal-kassen:

eingezahlt	1 139 560 M
abgehoben	849 269 "

ferner (seit dem 16. April 1896) von Spar- und Kommunal-kassen:

eingezahlt	3 408 909 M
abgehoben	1 252 468 "

Wechsel sind:

angekauft für	4 877 329 M
verkauft für	4 705 331 "

Auf Lombard sind — abgesehen von den bereits oben berücksichtigten Lombardgeschäften der genossenschaftlichen Vereinigungen und landschaftlichen Darlehnskassen außer an Spar- und Kommunal-kassen:

ausgeliehen	1 728 700 M
zurückgezahlt	480 297 "

ferner (seit dem 28. April 1896) an Spar- und Kommunal-kassen:

ausgeliehen	1 431 170 M
zurückgezahlt	104 850 "

im Effektergeschäft (für genossenschaftliche Vereinigungen etc. und Depositeneinleger) umgesetzt 11 228 456 Mark.

Die bedeutende Zunahme des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens, welche zum Theil auf Einkaufs-

und Abzahnengenossenschaften, namentlich Meierei-Genossenschaften, zum größeren Theil aber auf ländliche nach Raiffeisen'schem System gebildete Kreditgenossenschaften entfällt, zeigt sich u. a. in folgenden Zahlen:

I. Bei den der Neuwied'er Organisation angeschlossenen preussischen Genossenschaften hat sich der Bestand folgendermaßen gestaltet:

Landestheil	Bestand Ende des Jahres					Bestand am 15. Juni 1896
	1891.	1892.	1893.	1894.	1895.	
Rheinprovinz	218	224	236	274	328	360
Hessen	144	172	209	231	269	277
Raffau	24	27	28	50	86	108
Sachsen	24	27	32	34	34	36
Hannover	—	—	—	—	—	2
Schleswig-Holstein .	—	—	—	—	—	3
Brandenburg	5	10	16	24	69	93
Pommern	—	1	1	4	10	11
Posen	2	2	4	7	37	58
Schlesien	26	28	51	100	175	200
Westpreußen	3	3	5	6	71	103
Ostpreußen	8	17	28	49	108	135
Hohenzollern	3	4	5	5	5	5
Summa	457	515	615	784	1192	1391

II. Bei den an den Offenbacher Gesamtverband angeschlossenen, provinziell organisierten Genossenschafts-Verbänden war die Bewegung folgende:

Provinz	Zahl der Genossenschaften am 1. Juli						am 1. Januar 1896.
	1890.	1891.	1892.	1893.	1894.	1895.	
Ostpreußen	88	96	113	130	164	212	237
Westpreußen	40	46	51	62	71	84	134
Brandenburg	34	41	48	66	72	165	200
Pommern	42	49	61	79	85	126	144
Posen	40	46	53	60	68	102	176
Schlesien	58	73	98	112	176	331	444
Sachsen	70	80	103	135	170	212	221
Schleswig-Holstein .	178	180	188	193	216	220	223
Hannover	209	256	303	344	394	433	461
Westfalen	167	205	225	243	279	299	305
Hessen-Raffau	213	260	321	369	448	603	534
Rheinpreußen	277	321	350	369	469	591	680
Hohenzollern	4	6	6	6	8	8	8
Zusammen	1420	1659	1920	2168	2620	3386	3767

In den vorstehenden Ausführungen sind bei den einzelnen Materien die Mittel angegeben, welche der Etat zur Förderung der landwirthschaftlichen Interessen enthält. Aus der Entwicklung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung einschließlich der Gestütverwaltung mögen hier noch folgende Gesamtsummen in auf Tausende abgerundete Zahlen Platz finden.

Der Etat setzt aus in Mark:

Ordinarium.	Extraordinarium.	Zusammen.
1882/83 = 11 314 000	1 389 000	12 703 000
1886/87 = 13 170 000	1 183 000	14 353 000
	mehr	1 650 000
	oder	13 %
1887/88 = 13 472 000	1 287 000	14 759 000
1891/92 = 15 547 000	1 939 000	17 486 000
	mehr	2 727 000
	oder	18,4 %
1892/93 = 16 056 000	1 274 000	17 330 000
1896/97 = 17 547 000	3 906 000	21 453 000
	mehr	4 123 000
	oder	23,8 %

Vergleicht man die Gesamtausgaben des Etatsjahres 1896/97 mit dem 15 Jahre früher liegenden Etatsjahr 1882/83, so ergibt sich:

1896/97 = 21 453 000 M
1882/83 = 12 703 000 "
mehr 8 750 000 M
oder 68,8 %

Vergleicht man die 10 Jahre auseinander liegenden Etatsjahre 1896/97 und 1887/88, so stellt sich die Sache, wie folgt:

1896/97 = 21 483 000 M
1887/88 = 14 759 000 "
mehr 6 694 000 M
oder 45,3 %

Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung mit Einschluß der Gestütverwaltung.

II.

Maßnahmen der Domänen-Verwaltung.

Die Domänenverwaltung hat den gesamten Grundbesitz des Staates zu verwalten, insofern er nicht bestimmten anderen Ressorts zur Verwendung für deren besondere Zwecke unterstellt ist. Von den verschiedenartigen, der Domänenverwaltung unterstellten Grundstücken interessiert hier nur der für den Betrieb der Landwirtschaft bestimmte Grundbesitz. Dieser umfaßt nach dem Etat für das Jahr 1895/96

1049 geschlossene Domänen mit einer nutz-	
baren Fläche von	336 450 ha
andere Grundstücke mit einer nutzbaren	
Fläche von	57 641 "
	im Ganzen 394 091 ha
Der jährliche Ertrag stellt sich bei	
den geschlossenen Domänen auf	13 916 262 M
den übrigen Grundstücken auf	3 610 959 "

	im Ganzen auf 17 527 221 M
und für das einzelne Hektar nutzbarer Fläche bei den	
geschlossenen Domänen auf	41,36 M
anderen Grundstücken auf	62,65 "

Die Rückwirkung der allgemeinen Ungunst der Landwirtschaftlichen Verhältnisse auf die Domänen-Verwaltung haben sich zunächst fühlbar gemacht in dem Mangel an Konkurrenz bei den Bewerbungen um Anpachtung von Domänen. Die Konkurrenz bei der öffentlichen Verpachtung der Domänen-Vorwerke ist in letzterer Zeit schwach gewesen. Viele Domänen haben mehrere Male ausgeschrieben werden müssen, bevor annehmbare Pachtgebote erlangt worden sind, während für einige Domänen annehmbare Pachtgebote im öffentlichen Ausschreibungsverfahren überhaupt nicht erzielt wurden, weshalb diese Domänen aus freier Hand verpachtet werden mußten.

Bei den von 1892 ab ausgeführten öffentlichen Verpachtungen pachtfrei gewordener Domänen sind in der nachstehend angegebenen Zahl von Fällen nur die alten Pächter als Pachtbewerber aufgetreten, nämlich:

für die 1893 pachtfrei gewordenen und öffentlich verpachteten	47 Domänen in 12 Fällen,
" " 1894 pachtfrei gewordenen und öffentlich verpachteten	52 Domänen in 24 Fällen,
" " 1895 pachtfrei gewordenen und öffentlich verpachteten	52 Domänen in 23 Fällen,
" " 1896 pachtfrei gewordenen und öffentlich verpachteten	56 Domänen in 23 Fällen.

Der landwirtschaftliche Niedergang zeigt sich ferner in dem Sinken der Domänenpachtzinse. Die finanziellen Ergebnisse der anderweiten Verpachtung der Domänen sind in der letzteren Zeit von Jahr zu Jahr ungünstiger geworden. Werden die jährlichen Pachtzinse, welche bei den von 1892 ab bewirkten anderweiten Verpachtungen der in den Jahren 1893 bis 1896 pachtfrei gewordenen Domänen erzielt worden sind, mit den alten jährlichen Pachtzinsen für diese Domänen verglichen, so ergibt sich für die betreffenden Jahre Folgendes:

Die neuen Pachtzinse sind hinter den alten zurück-	
geblieben	
bezüglich der 1893 pachtfrei gewordenen Domänen um 7%	
" " 1894 " " " "	9 "
" " 1895 " " " "	11 "
" " 1896 " " " "	16 "

Die Domänen-Verwaltung ist bestrebt gewesen, durch Maßnahmen der verschiedensten Art helfend und fördernd zu wirken, um auch ihrerseits nach Möglichkeit zur Ueber-

windung der in den allgemeinen Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten beizutragen. Die wichtigeren Maßnahmen sind nachstehend bezeichnet. Sie liegen theils im Interesse der Domänenpächter, theils zugleich im eigenen Interesse der Domänen-Verwaltung und sind zum Theil auch für die Landwirthschaft im Allgemeinen von Werth.

Es kommen in Betracht:

Der Domänen-Verwaltung wird im Extraordinarium des Stats alljährlich ein besonderer Fonds in Höhe von 300 000 bis 400 000 Mark zur Ausführung von Meliorationen auf den Domänen zur Verfügung gestellt. Aus diesem sogenannten Meliorationsfonds werden den Domänenpächtern Darlehne bewilligt, welche sie für die Dauer ihrer Pachtzeit verzinsen und amortisiren müssen.

1. Verbesserungen
des Grund und
Bodens der
Domänen-Vorwerke.

Mit den Mitteln dieses Fonds sind auf den Domänen Bodenverbesserungen der verschiedensten Art zur Ausführung gelangt. Unter diesen sind die wichtigsten

- a) die Dränagen und
- b) die Moordammkulturen.

Die ausgeführten Dränagen haben sich durchweg gut bewährt und wesentlich zur Erhöhung der Ertragsfähigkeit der Domänen beigetragen. Dasselbe gilt von den Moordammkulturen. Bei einzelnen Domänen haben letztere so erhebliche Mehrerträge ergeben, daß die Anlagekosten in wenigen Jahren gedeckt worden sind.

Seit Beginn des Statsjahres 1892/93, also in den letzten 4 Statsjahren, ist zur Vermehrung und Verbesserung der Gebäude auf den Domänenvorwerken aus Mitteln der Domänenverwaltung alljährlich durchschnittlich die Summe von 1 627 000 M verwendet worden, und zwar für:

2. Vermehrung und
Verbesserung der
Gebäude auf den
Domänen-
Vorwerken.

- a) Stallgebäude und Dungstätten (darunter für letztere 8533 M) 603 502 M
 - b) Arbeiterhäuser nebst Zubehörungen 549 213 "
 - c) Scheunen 206 638 "
 - d) Wohnhäuser der Domänenpächter 143 664 "
 - e) Speicher, Schüttböden, Brennerei- und Meiereigebäude, Geräthe- und Gebäudeschuppen und sonstige Wirtschaftsgebäude. 71 011 "
 - f) Brunnen und Wasserleitungen 52 972 "
- zusammen wie oben 1 627 000 M

Während sich nach dieser Zusammenstellung die Baukosten für die sämtlichen Wohnhäuser der Domänenpächter auf den verhältnismäßig geringen Betrag von jährlich 143 664 Mark belaufen haben, sind für die Vermehrung und Verbesserung

- a) der Stallgebäude jährlich 603 502 Mark und
- b) der Arbeiterwohnhäuser jährlich 549 213 Mark aufgewendet worden.

Diese hohe Ausgabe erklärt sich bezüglich der Stallgebäude dadurch, daß sich die Domänenpächter bei dem fortdauernd niedrigen Stande der Getreidepreise in neuerer Zeit mehr und mehr der Viehzucht und namentlich auch der Schweinezucht zugewendet haben, und die Domänenverwaltung diese Wirthschaftsrichtung als eine berechnete anerkennen zu müssen glaubt. Sie hat daher den zahlreichen Anträgen auf Vermehrung der Stallräume, welche fortwährend an sie herantraten, insoweit entsprochen, als dies die ihr zur Verfügung gestellten Mittel nur irgend gestatteten.

Der bedeutende Betrag der Ausgaben für Arbeiterwohnhäuser von durchschnittlich jährlich 549 213 Mark findet seine Rechtfertigung in den äußerst mangelhaften Arbeiterwohnungsverhältnissen auf vielen Domänen. Noch jetzt giebt es auf den Domänen, namentlich in den östlichen Provinzen, zahlreiche Arbeiterwohnhäuser, welche nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen genügen. Unter den vorhandenen Mißständen leidet nicht bloß die Sittlichkeit und Gesundheit der Arbeiterfamilien, sondern sie haben auch für die Domänenpächter erhebliche wirtschaftliche Nachteile im Gefolge, indem bessere Arbeitskräfte sich nur schwer gewinnen lassen und die Pächter nicht in der Lage sind, einen tüchtigen und zufriedenen Arbeiterstand der Domäne dauernd zu erhalten.

In Berücksichtigung dieses Umstandes ist der Domänenverwaltung seit dem Etatsjahre 1894/95 ein ausschließlich zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen bestimmter extraordinärer Zuschuß von 200 000 Mark zu dem etatsmäßigen Domänen-Baufonds zur Verfügung gestellt worden, da letzterer zur Befriedigung der Bedürfnisse nicht ausreichte.

Bei Herstellung von Arbeiterwohnungen wird nach folgenden Grundsätzen verfahren:

- a) der Regel nach werden nur Zweifamilienhäuser erbaut, um die Nachteile zu verhüten, welche aus dem Zusammenwohnen einer größeren Anzahl von Familien entstehen, indessen ist die Errichtung von Vierfamilienhäusern nicht ausgeschlossen, wenn für solche klimatische Rücksichten sprechen, oder die Pächter zutreffende Gründe geltend machen;
- b) in allen Fällen wird bei Auswahl der Baustellen darauf Bedacht genommen, daß die Gebäude eine gesunde und auch im Uebrigen günstige Lage erhalten, ferner, daß im Falle der Herstellung mehrerer Familienhäuser diese in größerer Entfernung von einander errichtet werden, sodaß es möglich ist, den Arbeitern Gartenland und sonstige Grundstücke zwischen den Gebäuden auszuweisen.

3. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse.

Der Domänenfiskus trägt zu den Kosten aller Verkehrsanlagen, welche von Gemeinden oder anderen Kommunalverbänden ausgeführt werden, gleich jedem anderen Grundbesitzer, welcher zu dem betreffenden Kommunalverbande gehört, bei. Außerdem ergiebt sich aber häufig die Nothwendigkeit, daß sich die Domänenverwaltung zur Gewährung von Präzipualbeiträgen entschließen muß, um die Herstellung einer Verkehrsanlage, welche für die Domäne von besonderem Interesse ist, zu Stande zu bringen. An solchen Präzipualbeiträgen hat die Domänenverwaltung in den letzten vier Jahren seit Beginn des Etatsjahres 1892/93 durchschnittlich jährlich geleistet:

a) zu Chaussees und sonstigen Wegeanlagen	44 677 Mark,
b) zur Anlage von Eisenbahngüterhaltestellen	6 335 "
	zusammen 51 012 Mark,
	also für vier Jahre im Ganzen . . . 204 048 Mark.

Seit dem Etatsjahre 1894/95 ist der Domänenverwaltung zur Anlage und zur Betheiligung an der Anlage von Kleinbahnen, sowie zur Beihilfe für dieselben ein besonderer Fonds von jährlich 50 000 Mark durch den Etat zur Verfügung gestellt worden.

4. Erleichterungen in Bezug auf die allgemeinen Bedingungen zur Verpachtung der Domänen-Vorwerke.

Diejenigen allgemeinen Bedingungen, welche seit einigen Jahren der Verpachtung der Domänenvorwerke zu Grunde gelegt werden, enthalten gegenüber den früheren allgemeinen Bedingungen wesentliche Erleichterungen für die Pächter und zwar namentlich in Bezug auf Bauverpflichtungen und in Ansehung der Lasten und Abgaben.

Weitere Erleichterungen werden den Domänenpächtern seit Kurzem insofern zu Theil, als beim Abschluß neuer

Pachtverträge die allgemeinen Bedingungen hinsichtlich gewisser Lasten und Abgaben zu Gunsten der Pächter abgeändert werden.

Gleichartige Erleichterungen hinsichtlich gewisser Bauverpflichtungen, Lasten und Abgaben können aber auf Grund neuerdings ertheilter Allerhöchster Genehmigung nunmehr auch solchen Pächtern, deren Verträgen noch die älteren Bedingungen zu Grunde liegen, eingeräumt werden, wenn die Vermögenslage und die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Pächters es gerechtfertigt erscheinen lassen. Ferner ist für Fälle, in denen diese Voraussetzungen zutreffen, in gleicher Weise genehmigt worden, daß der Prozentsatz, zu welchem Domänenpächter die ihnen gewährten Bau-, Drainirungs- und sonstigen Meliorations-Kapitalien zu verzinsen und zu amortisiren haben, ermäßigt werde. Während diese Ermäßigung zuerst nur bis auf 4 % erfolgen durfte, kann sie jetzt (auf Grund der Allerhöchsten Ordre vom 17. April 1895) bis auf $3\frac{1}{2}$ % stattfinden.

Auch können Domänenpächter, welche vertragsmäßig an gewisse Meliorationsverbände Beiträge zu entrichten haben, von dieser Verpflichtung zu Lasten der Staatskasse entbunden werden, wenn jene Voraussetzungen zutreffen.

Das Gleiche gilt in Bezug auf außerordentliche Beiträge der Domänenpächter zum Domänen-Feuerchädfonds.

Von diesen der Domänenverwaltung ertheilten Ermächtigungen ist inzwischen in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht worden.

Unter den hierneben bezeichneten Gesichtspunkt fällt zunächst die Anwendung der Elektrizität im landwirtschaftlichen Betriebe auf den Domänen. Mit der Einrichtung elektrischer Anlagen ist bereits auf je einer Domäne in den Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, Hildesheim und Cassel vorgegangen. Die Elektrizität soll nicht nur für die Beleuchtung, sondern namentlich auch für landwirtschaftliche Arbeiten der verschiedensten Art, als Dreschen, Häckelschneiden, das Treiben von Mühlen und Pumpen, den Betrieb von Brauereien und den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, vornehmlich aber auch für das Pflügen Verwendung finden.

Sodann kommt die Beförderung des Obstbaues in Betracht. Die Domänenverwaltung hat, von der Ueberzeugung ausgehend, daß ein großer Theil des aus dem Auslande nach Deutschland eingeführten Obstes sehr wohl durch im Inlande erzeugtes ersetzt werden könne, den Regierungen neuerdings empfohlen, die Domänenpächter auf die nicht zu unterschätzende Bedeutung des Obstbaues hinzuweisen und diesen möglichst zu fördern. Domänenpächter, welche da, wo die Boden- und klimatischen Verhältnisse die Anlage von Obstplantagen angezeigt erscheinen lassen, solche herzustellen beabsichtigen, sollen hierbei seitens der Domänenverwaltung in der Weise unterstützt werden,

1. daß ihnen die baaren Kosten der erstmaligen Einrichtung, einschließlich der durch die Zuziehung eines sachverständigen Beiraths entstehenden, insbesondere auch die Kosten für die Anschaffung und Pflanzung der jungen Stämme, gewährt werden,
2. daß ihnen auf so lange, als die Obstbauanlagen einen entsprechenden Ertrag noch nicht erwarten lassen, ein angemessener jährlicher Zuschuß zu den Unterhaltungs- und Betriebskosten der Baumanlagen zugesichert, und
3. daß ihnen auf ebenso lange für die zu Obstbaumanlagen zu verwendenden Pachtgrundstücke ein Erlass am Pachtzinse bewilligt wird.

In Folge dieser Anregung sind wegen Einrichtung von Obstbaumanlagen schon zahlreiche Anträge von Domänenpächtern eingegangen. Auch ist bereits einer großen Zahl dieser Anträge entsprochen worden.

5. Wohlthaten, welche den im Laufe ihrer Pachtzeit in eine schwierige Lage gerathenen Domänen-Pächtern erwiesen werden.

6. Einführung neuer landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Betriebszweige, sowie andere landwirtschaftliche Versuche auf den Domänen.

7. Sonstige Maß-
regeln.

- a) Verpachtung und Veräußerung von Domänen und Domänenparzellen zur Befriedigung des Bedürfnisses benachbarter Gemeinden und kleinerer Grundbesitzer nach Domänenland, sowie zur Ansässigmachung von Arbeitern und anderen kleinen Leuten.

Bestehender Vorschrift gemäß ist in jedem einzelnen Falle bei den Vorarbeiten zur Neuverpachtung einer Domäne zu prüfen,

ob es sich nicht im volkswirtschaftlichen, sowie im fiskalischen Interesse empfiehlt, da, wo in der Gegend eine Nachfrage nach Landerwerb, sei es zur Vergrößerung des kleinen Grundbesitzes, sei es behufs Bildung neuer Häusler- oder Büdnerstellen oder auch bäuerlicher spannfähiger Rahrungen besteht, zur Befriedigung eines solchen Bedürfnisses die zu der Domäne gehörenden Ländereien ganz oder theilweise in Parzellen zu zerlegen und diese demnächst zur Veräußerung oder Verpachtung zu stellen.

In Folge dieser Vorschrift sind auch in den letzteren Jahren Verpachtungen und Veräußerungen von Domänengrundstücken an benachbarte Grundbesitzer und kleine Leute in weitestem Umfange vorgenommen, und einzelne kleinere Domänen zum Zwecke der Befriedigung des Bedürfnisses der Umgegend nach Landerwerb vollständig aufgelöst worden.

- b) Verwendung von Domänengrundstücken im Interesse der Forstverwaltung und zur Errichtung neuer Domänen und zwar zunächst kleinerer, in solchen Landestheilen, wo es an Domänen fehlt.

Eine solche Verwendung hat zunächst in der Art stattgefunden, daß Domänengrundstücke, welche sich zur Forstkultur besser eignen, als zur landwirtschaftlichen Nutzung, oder welche ihrer Lage nach zu Forstdienstländereien oder zur Abrundung des Staatsforstbesitzes gebraucht werden, oder welche sich zur Abfindung bei Ablösung von Forstservituten vortheilhaft verwenden lassen, an die Forstverwaltung zur Benutzung für deren Zwecke unentgeltlich abgetreten worden sind. Zu diesen Zwecken sind in den letzten 4 Etatsjahren von 1892/93 bis 1895/96 von der Domänen- an die Forstverwaltung im Ganzen. 3 788 ha d. h. durchschnittlich jährlich 947 ha übergegangen.

Sodann ist es für zweckmäßig erachtet worden, in denjenigen Landestheilen, in welchen nach den gesammten wirtschaftlichen Verhältnissen bei dem Domänenbesitz ein kulturelles Interesse nicht vorhanden ist, und der Staat übermäßig viel Domänenbesitz hat, diesen zu vermindern, und die aus der Veräußerung von Domänengrundstücken gewonnenen Mittel nebst den Mitteln aus dem etwaigen Verkaufe von Forstgrundstücken theilweise zu benutzen, um in solchen Provinzen Aufforstungen vornehmen zu lassen, wo letztere ein dringendes Bedürfnis sind. In Folge dessen ist in die Staatshaushalts-Etats für die Etatsjahre 1893/94, 1894/95 und 1895/96 ein Vermerk dahin aufgenommen:

daß der Erlös aus der Veräußerung von Domänen- und Forstgrundstücken in den neuen Landestheilen, in welchen diese Grundstücke nicht, wie in den alten Provinzen, den Staatsgläubigern verpfändet sind, zum Ankaufe von Grundstücken für die Forstverwaltung insoweit verwendet werden darf, als der Erlös die Summe von 800 000 Mark alljährlich überschreitet.

Der Erlös, welcher demgemäß der Forstverwaltung aus dem Verkaufe von Domänen- und Forstgrundstücken in den neuen Landestheilen zugeflossen ist, hat, nach Abzug der für die Finanzverwaltung reservirten Summe von jährlich 800 000 Mark betragen:

im Etatsjahre 1893/94	908 759 Mk. 29 Pf.
" " 1894/95	839 864 " 20 "
" " 1895/96	1 394 183 " 87 "
zusammen	3 142 807 Mk. 36 Pf.

Bei den Veräußerungen ist die Forstverwaltung mit ihrem eigenen Grundbesitze nur in ganz geringem Maaße betheiligt gewesen, indem sich die Veräußerungen fast ausschließlich auf Grundstücke der Domänenverwaltung erstreckt haben.

Das bezeichnete Verfahren soll bis auf Weiteres fortgesetzt werden. Jedoch soll der Erlös, sofern er die Summe von jährlich 800 000 Mark übersteigt, vom Etatsjahre 1896/97 an nicht nur im Interesse der Forstverwaltung, sondern theilweise auch in dem der Domänen-Verwaltung verwendet werden, und zwar:

zur Erwerbung und zur etwa nöthigen baulichen Einrichtung von kleineren Domänen in denjenigen Landestheilen der Monarchie, in denen Domänen garnicht oder nur vereinzelt vorhanden sind, namentlich in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen, sowie im Regierungsbezirke Danabrück.

In den bezeichneten Landestheilen fehlt es an Wirthschaften, welche geeignet wären, den kleineren Grundbesitzern den Nutzen einer rationellen Viehzucht, der Anwendung zweckmäßigerer Ackergeräthe und neuer Kulturmethoden, einer sorgfältigen Auswahl der anzubauenden Getreide- und Kartoffelsorten, Futterpflanzen, Hackfrüchte und Handelsgewächse, sowie der Einführung landwirthschaftlicher Nebenbetriebe, z. B. des Obstbaues, durch das praktische Vorbild vor Augen zu führen, welches solche Wirthschaften in den gedachten Beziehungen unter der Leitung tüchtiger und intelligenter Landwirthe darbieten. Wesentlich diesem Mangel dürfte es zuzuschreiben sein, daß ausgedehnte Distrikte der genannten Landestheile in der landwirthschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, und es soll daher durch Gründung kleinerer Domänen, welche in den angedeuteten Beziehungen beipielgebend zu wirken bestimmt sind, diesem Mangel abgeholfen werden.

III.

Maßnahmen der Forstverwaltung.

Nach dem Staatshaushaltsetat für 1896/97 beträgt die Fläche der Staatswaldungen 2 759 453 ha, worunter 285 151 ha zur Holzzucht nicht bestimmten Bodens (Moore, Seen, Pachtländereien u. s. w.) sich befinden. In letzter Zeit hat der Staatswald sich unter Abrechnung der erfolgten Verkäufe und sonstigen Abtretungen durch Ankauf und Eintausch, namentlich von Dedland, um 5 500 bis 8 200 ha jährlich vergrößert.

Die bereits früher im Maßstabe von 1 : 600 000 hergestellte Waldübersichtskarte vom Preussischen Staate hat sich als ergänzungsbedürftig erwiesen. Eine neue Waldkarte ist in der Bearbeitung begriffen und wird bald erscheinen.

Betrieb.

Von den forstlichen Betriebsarten gewinnt der Hochwald, gegenüber dem Mittel- und Niederwald, immer mehr Ausdehnung, da mit der fortschreitenden Verbreitung der Mineralkohle der Absatz an Reifigholz, welches im Mittelwald und Niederwald in verhältnismäßig großer Menge erzeugt wird, mehr und mehr in's Stocken geräth. In Betreff des Eichenkühlwaldbetriebes kommt hinzu, daß die gesunkenen Rindenpreise unter dem Wettbewerbe der Ersatzmittel für Lohe diesen Betrieb nicht mehr so vortheilhaft erscheinen lassen, als früher.

Der Umtrieb im Hochwalde ist nach Holzart, Boden- und Absatzverhältnissen verschieden und im Durchschnitt 100- bis 120-jährig. Bei niedrigem Umtriebe, wie solcher in den Gemeinde- und Privatwaldungen üblich ist, würden diejenigen starken Hölzer nicht erzeugt werden können, deren die Gewerbe bedürfen. Ueberdies dient die Erziehung stärkefer Hölzer dazu, Deutschland von dem Holzbezuge aus dem Auslande weniger abhängig zu machen. Seit dem Jahre 1881 hat sich die Fläche der über hundertjährigen Bestände in den Staatswaldungen um etwa 47 000 ha vergrößert. Während sich hieraus ergibt, daß mit den vorhandenen Vorräthen alten Holzes sehr sparsam gewirthschaftet ist, ist man andererseits bestrebt, zu vermeiden, daß der Zukunft auf Kosten der Gegenwart zu große Opfer gebracht werden. Denn gleichzeitig hat sich der regelmäßige Materialertrag um etwa 1½ Millionen Festmeter steigern lassen. Dieses Ergebnis ist wesentlich auf die Ausdehnung des Durchforstungsbetriebes zurückzuführen, der einer weiteren Steigerung fähig ist, leider aber in der mangelnden Möglichkeit für den Absatz des geringeren Brennholzes zur Zeit seine Grenze findet.

Die Materialabnutzung hat im Rechnungsjahr 1893/94 betragen:

7 168 275 fm	Derbholz	= 2,9 fm	für das Hektar
2 109 315 "	Stock- u. Reifigholz	= 0,85 "	" " "
zusammen 9 277 590 fm		= 3,75 fm	für das Hektar.

In Folge des Windbruchs vom Februar 1894 ist sie gestiegen 1894/95 auf:

9 584 442 fm	Derbholz	= 3,87 fm	für das Hektar
2 021 752 "	"	= 0,82 "	" " "
zusammen 11 606 194 fm	überhaupt	= 4,69 fm	für das Hektar.

Mit Rücksicht darauf, daß einerseits viel Laubholzbestände, die durch Streu-Rechen rückgängig geworden sind, in Nadelholz umgewandelt und andererseits die neu erworbenen Dedlandsflächen fast ausschließlich mit Nadelholz aufgeforstet werden müssen, wird der Anbau des Laubholzes und namentlich der Eiche, überall da, wo derselbe Erfolg

verspricht, begünstigt. Vorzugsweise gilt dies für Ostpreußen, um der Wiederkehr ähnlicher Schäden vorzubeugen, wie sie der Fraß der Kanne und des Borkenkäfers vor mehreren Jahrzehnten in den ausgedehnten dortigen Fichtenwäldungen verursacht hat. Auch die Versuche mit dem Anbau fremder Holzarten werden fortgesetzt, von welchen *Abies Douglasii* sich einer besonderen Beliebtheit erfreut.

Unter den Waldbeschädigungen der letzten Zeit hat sich für die mittleren und östlichen Provinzen der Windbruch vom 12. Februar 1894 besonders empfindlich erwiesen. Im Ganzen werden in Folge desselben an 3 Millionen Festmeter Derbholz zum Einschlag gekommen sein. Am Aergsten sind die Regierungsbezirke Stettin, Königsberg und Potsdam betroffen worden. Die Versuche, die mit dem Wurzelballen geworfenen Kiefern längere Zeit unaufgearbeitet im Walde liegen zu lassen behufs der Vertheilung der gefallenen Massen auf mehrere Jahre haben sich nicht bewährt. Der Windbruch hat gleichwohl im Allgemeinen namhafte Verluste für die Staatskasse nicht zur Folge gehabt. Für das Jahr 1894/95 hat er eine Steigerung der Einnahme um rund 15 Millionen Mark herbeigeführt. In diesem Jahre nämlich betrug die Einnahme für Holz 72 968 668 Mark; 1893/94 belief sie sich auf 58 800 050 Mark und 1895/96 hat sie ungeachtet einiger Einsparungen die Höhe von 58 603 892 Mark erreicht, also annähernd ebenso viel wie in dem Jahre 1893/94 vor dem Windbruch betragen. Vermöge der angesammelten Reserven ist es mithin möglich gewesen, über die Folgen des Windbruches ohne wahrnehmbare Erschütterung des Forstbudgets hinweg zu kommen.

Vor einigen Jahren ist die Kanne in Oberschlesien und den Regierungsbezirken Potsdam, Magdeburg und Lüneburg in großer Menge aufgetreten, ohne daß das empfohlene Theeren sich als ein radikales Mittel der Bekämpfung erwiesen hätte. Dazu ist insbesondere in der Mark Brandenburg der Fraß des Spanners und verschiedener Blattwespen gekommen und hat zahlreiche Kahlliebe zur Folge gehabt. Endlich ist der Beschädigung des Maikäfers zu gedenken, welcher namentlich in den großen Waldkörpern der Landsberger, Tucheler und Johannisburger Haide in den Oberförstereien Jura, Schmallingen, sowie Grondowken, umfangreiche Verheerungen anrichtet. Eine von dem Regierungs- und Forstrath Feddersen zu Marienwerder über die Bekämpfung dieses Schädlings verfaßte kleine Schrift ist sämmtlichen Regierungen und Oberförstereien mitgetheilt worden. Hoffentlich gelingt es durch energisch fortgesetztes Sammeln und angemessene Nies- und Kulturmaßregeln, das Insekt künftig zu beschränken.

Die Dürre des Jahres 1893 hat nicht nur unmittelbar eine ungünstige Wirkung insbesondere auch durch Vermehrung des Einschlages an Trockeniß geäußert, sondern auch mittelbar durch die verstärkte Anforderung an die Abgabe von Streu eine Schädigung der Forsten herbeigeführt. Es wurden 1 629 716 Kubikmeter Waldstreu — 1 351 099 mehr als im Vorjahre — aus dem Staatswalde abgegeben.

Wegen des Sinkens der Brennholzpreise ist das Bestreben der Verwaltung mehr und mehr auf Steigerung der Nutzholzausbeute gerichtet. Dieselbe hat sich seit 15 Jahren erhöht von 29 % des Derbholz-Einschlages auf mehr als 53 %. Gefördert ist sie durch den steigenden Begehr nach Grubenholz und nach Material für die Cellulose-Fabriken. Um diesen letzteren Gewerbszweig in der Provinz Ostpreußen heimisch zu machen, hat die Staatsforstverwaltung sich verpflichtet, den dort gegründeten beiden Fabriken dieser Art auf eine Reihe von Jahren das erforderliche Fichtenholz zu einem sehr mäßigen Preise zu verabfolgen.

Die Bestrebungen für die weitere Nutzbarmachung des Buchenholzes dauern fort, insbesondere sind Versuche nach

Waldbeschädigungen.

Nutzholzausbeute.

neuen Gesichtspunkten seitens der forstlichen Versuchsstation zu Eberswalde in Verbindung mit der Eisenbahn-Verwaltung angeordnet worden.

Verkehrswege.

Das wesentlichste Mittel zur Förderung des Holzabfahres wird in der Herstellung besserer Verkehrswege gesucht. Zur Anlegung von Kleinbahnen ist der Forstverwaltung durch den Staatshaushalts-Stat in neuerer Zeit eine Summe von 200 000 Mark jährlich zur Verfügung gestellt worden. Sie findet Verwendung durch Beteiligung an der Anlegung von Kleinbahnen mittels Zeichnung von Aktien, oder durch Beihilfe à fonds perdu. Im eigenen Betriebe der Forstverwaltung bestehen bisher Kleinbahnen nicht. Dieselben werden dazu dienen, dem platten Lande die Mineralkohle in noch größerer Menge als bisher zuzuführen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die hierdurch bewirkte Erschwerung des Brennholzabfahres durch gesteigerte Kuchholzpreise reichlich wieder ausgeglichen werden wird.

In eigenem Betriebe hat die Forstverwaltung eine Zahl von verlegbaren Rollbahnen in einer Gesamtausdehnung von etwa 140 km mit einer Spurweite von 60 cm. Diese Bahnen haben sich da gut bewährt, wo große Holzmenzen sich alljährlich in einer bestimmten Richtung bewegen, um Ablageplätze an schiffbaren Gewässern, Eisenbahnen und dergl. aufzusuchen, nicht aber da, wo sich der Holzabfah nach den verschiedensten Richtungen hin vertheilt.

Zur Förderung des Chausseebaues und der Anlage von Eisenbahn-Haltestellen außerhalb der königlichen Forsten steht der Forstverwaltung ebenfalls eine Summe von 200 000 Mark jährlich zur Verfügung. Die Anlage zahlreicher Kreis-Chausseen ist erst durch die Beihilfen der Forstverwaltung ermöglicht worden und in einzelnen Landestheilen hat sie in dieser Beziehung die führende Stellung übernommen. Das Wichtigste bleibt indeß immer der Wegebau innerhalb der Forsten selber. In den eigentlichen Gebirgs-Oberförstereien sind seit langer Zeit bereits auf Nivellements beruhende systematische Wegepläne hergestellt worden, deren Ausbau nach Maßgabe der verfügbaren Mittel vorwärts schreitet. In neuester Zeit ist auch das hügelige Gelände in der Ebene innerhalb der Forsten mit systematischen Wegenecken unter thunlichster Vermeidung verlorenen Steigungen versehen worden. In vielen Oberförstereien kann gegenwärtig auf den Hauptwegen mit gleicher Zugkraft die doppelte Holzmenge fortbewegt werden, wie früher.

Walдарbeiter.

Die Beschäftigung bei der Holzhauerei hat sich nach wie vor als ein sehr werthvolles Mittel zur Gewährung von Arbeitsverdienst während der Wintermonate erwiesen. Es wird dahin gestrebt, für jede Oberförsterei neben denjenigen Holzhauern, welche in der milderen Jahreszeit als Handwerker, Ziegeltrecker, Schiffer etc. Beschäftigung finden, ein ständiges Holzhauerkorps, welches das ganze Jahr hindurch zur Verfügung steht, zu gewinnen. Die Gewährung von Nebenmützungen an Raff- und Leeseholz, Streu, Gras und Weide gegen billiges Entgelt hat sich als ein werthvolles Mittel zur Festhaltung der Holzhauer bei der Waldarbeit erwiesen. Daneben hat die Errichtung von Schlafhäusern und von Arbeiterwohnungen in neuester Zeit namentlich in den östlichen Provinzen dazu beigetragen, den Abfluß der arbeitenden Bevölkerung vom platten Lande nach den Städten einigermaßen einzuschränken. Die Zahl der Arbeitstage in den Staatsforsten beträgt etwa 11 500 000 bei einer Zahl von mehr als 149 500 Arbeitern. Die in der Vermehrung begriffene Zahl der in fiskalischen Gebäuden untergebrachten Waldarbeiter-Familien beläuft sich auf 591, die Zahl der Waldarbeiter-Herbergen im Walde auf 63. In der Regel werden für Waldarbeiter sogenannte Zweifamilienhäuser in Fachwerk- oder Schrottholz-Bau errichtet, in denen jede Familie für sich abgesondert eine Stube, eine Kammer und eine Küche nebst Vorflur, ferner einen Boden- sowie Kellerraum zur Benützung über-

wiesen erhält; außerdem wird dem Bedarf entsprechend für Stallgelaß Sorge getragen. Die Errichtung derartiger Wohnhäuser für zwei Familien pflegt je nach den örtlichen Verhältnissen einen Kostenaufwand von 3500 bis 5000 Mark zu erfordern. Zur Zeit besitzt die Forstverwaltung 282 Wohngebäude für Walдарbeiter. In mehreren Fällen sind den Arbeitern Darlehne und Beihilfen aus Staatsmitteln bewilligt worden, um sich auf fiskalischem Grund und Boden anzusiedeln. Von unzweifelhaft günstigem Einflusse sind die allgemeinen Wohlfahrts Einrichtungen für die Arbeiter gewesen. In vielen Gegenden haben auf Grund des § 2 zu 6 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 die Kommunal-Verbände die Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in die Krankenversicherung beschlossen. Außerdem sind gleiche Beschlüsse von einer Anzahl fiskalischer Gutsbezirke gefaßt worden. Für etwa 3500 Arbeiter bestehen besondere forstfiskalische Betriebs-Krankenkassen, während 40019 Walдарbeiter bei Orts- u. Krankenkassen versichert sind. Der durchschnittliche Aufwand für jeden Arbeiter seitens des Fiskus beträgt für die ersten Klassen 1,63 Mark bis 2,33 Mark, für die letzteren 0,96 Mark bis 1,01 Mark. Jährlich kommen erfahrungsmäßig 1200—1340 Betriebsunfälle vor, davon etwa 50—60 mit tödlichem Ausgange. Im Ganzen beläuft sich die Ausgabe für Krankenversicherung, Unfallvergütungen und Alters- und Invaliditäts-Versicherung und sonstige Unterstützungen an Arbeiter in jedem Jahr auf etwa 453 000 bis 480 000 Mark.

Auf den Ankauf solcher Ländereien, die nur durch forstwirtschaftliche Benutzung zu einer angemessenen Rentabilität gebracht werden können, wird eifrig Bedacht genommen. Es kommen dabei einerseits in der Ebene besonders Sandhöhlen und zum Flüchtigwerden geneigte Bodenflächen, sowie solche Dedländereien oder Ackerflächen geringster Güte, welche die landwirtschaftliche Nutzung nicht mehr lohnen, in Betracht, andererseits im Gebirge steile entwaldete Hänge, deren Abspülung andere Grundstücke gefährden würde, und Hochplateaus. Zum Ankauf und zur Aufforstung solcher Flächen stehen jährlich 2 000 000 Mark nach dem Staatshaushalts-Stat zur Verfügung. Dazu tritt in neuerer Zeit noch diejenige Summe, welche nach den Ausführungen auf Seite 65, 66 dieses Berichts aus dem Erlöse von Domänen-Grundstücken in den neuen Provinzen erzielt wird. Außerdem ist es gelungen, durch Abgabe kleiner werthvoller, in der Nähe der größeren Städte gelegener Waldparzellen große Flächen von Wald und Dedland in abgelegenen Gegenden tauschweise zu erwerben. Endlich haben die General-Kommissionen sich bemüht, in den zur Verkoppelung gelangenden Feldmarken mit geringem Boden die zur Ackerntzung nicht geeigneten Theile kauf- oder tauschweise in die Hand des Forstfiskus zu bringen. Mit vorzüglichem Erfolge und im größten Umfange ist dies im Regierungsbezirk Marienwerder, sodann aber auch in den Bezirken Danzig und Königsberg gelungen. Während diese Maßregel sowohl wie der Ankauf und Eintausch von Dedland sich im Osten verhältnismäßig leicht vollzieht, stoßen die desfallsigen Maßregeln im Westen auf Schwierigkeiten. Hier steht nicht sowohl der höhere Bodenpreis, als vielmehr die außerordentliche Zertheilung des Grundbesitzes der Erwerbung größerer abgerundeter Flächen zum Zwecke der Aufforstung entgegen. Es ist aber in neuester Zeit gelungen auch am Rhein, namentlich im oberbergischen Lande und auf der Eifel größere Flächen für die Staats-Forstverwaltung zu erwerben. Am 1. Oktober 1895 befanden sich an aufzuforstenden Dedlandsflächen im Besitz der Forstverwaltung 37 359 ha.

Erwerbung von
Dedland.

Neben diesen Ankäufen von Dedland zur Aufforstung seitens der Staatsforstverwaltung ist die Aufforstung einer Dedlandsfläche von durchschnittlich jährlich 1000 ha dadurch ermöglicht worden, daß zu diesem Zwecke an Ge-

Aufforstung von
Dedländereien.

meinden und Genossenschaften, sowie ganz ausnahmsweise, wenn es sich um Abstellung von Gefahren für die Nachbargrundstücke handelte, auch an Private Staatsbeihilfen aus Mitteln der landwirthschaftlichen Verwaltung gewährt worden sind.

Außerdem sind, abgesehen von den erwähnten Maaßnahmen der Staatsforstverwaltung, die Aufforstungen in der Eifel, dem hohen Venn, dem Hunsrück und im Westerwald in solchem Umfange gefördert worden, daß die Gemeinden bis jetzt rund 19 000 ha in Bestand gebracht haben, was wegen der ärmlichen Verhältnisse der letzteren freilich nicht ohne große finanzielle Unterstützungen aus der Staatskasse (insgesamt mehr als $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark) möglich gewesen ist. Die Leistungen der Gemeinden sind auf etwa ein Drittel dieser Staatsaufwendungen anzunehmen; jedoch haben die Aufforstungskosten des hohen Venns, wo die Verhältnisse besonders eigenartige sind und die Aufforstung ungewöhnlich schwierig ist, ganz auf die Staatskasse übernommen werden müssen.

Von den übrigen Aufforstungen sind als besonders wichtig anzuführen: die im bergischen Lande mit rund 2000 ha, die in der Lüneburger Heide mit rund 3000 ha, im Regierungsbezirk Stade mit rund 1000 ha; ferner die Sandwehe-Dämpfungen und Aufforstungsarbeiten im Wietingmoor in den Regierungsbezirken Hannover und Osnabrück (Meppen-Hünmeling), sowie die Förderung der sogenannten Knickholzungen und Heidekulturen in der Provinz Schleswig-Holstein.

In den östlichen Landestheilen sind bisher umfangreiche Flächen von Gemeinden oder anderen Korporationen noch nicht aufgeforstet worden. Erst in neuerer Zeit macht sich auch auf diesem Gebiete in den östlichen Bezirken eine größere Regsamkeit bemerkbar. Besonders wird es Aufgabe sein, die hier noch vielfach vorkommenden Sandeschollen und zum Flüchtigwerden neigenden sonstigen Dedflächen der Waldkultur zuzuführen.

Erfreulicher Weise schenken seit einiger Zeit auch die Provinzial-Verwaltungen in Hannover und Schleswig-Holstein den Aufforstungen großes Interesse und gehen thatkräftig mit gutem Beispiel den übrigen Verbänden voran. In beiden Provinzen ist auch die Vereinsthätigkeit auf diesem Gebiete rege.

Meliorationen.

Eine ihrer Hauptaufgaben erblickt die Forstverwaltung in der Melioration von Brüchern, die bisher nur einen ungenügenden Ertrag geliefert haben, und der Verbesserung geringwerthiger Wiesen. Namentlich von ersteren sind große Strecken in den Staatsforsten der östlichen Provinzen vorhanden. Die Verbesserung ist theils unter Anwendung der Rimparschen Damnkultur, theils lediglich durch Einebnung, in allen Fällen aber unter Benutzung von mineralischem Dünger erfolgt.

Bis zum Schlusse des Jahres 1893 waren seit 1881 1250 ha Moordamnkulturen angelegt und allein seit 1890 2550 ha sonstige Wiesen-Meliorationen zur Ausführung gelangt. Inzwischen sind 225 ha weitere Moordamnkulturen und 750 ha anderweite Wiesenmeliorationen, theils bereits ausgeführt, theils in der Ausführung begriffen. In der Johannisburger Heide allein bieten die in den letzten Jahren angelegten forstfiskalischen Meliorationen das Mittel, um 800 Haupt Vieh das ganze Jahr hindurch zu ernähren. Der Staatshaushalts-Stat stellt der Forstverwaltung zu derartigen Verbesserungen eine Summe von 100 000 Mark jährlich zur Verfügung. Daneben sind indeß auch vielfach aus dem Forstkulturfonds kleinere Verbesserungen der gedachten Art zur Ausführung gelangt.

Fischerei und Obstzucht.

Auch der Förderung der Fischerei und der Obstzucht ist die volle Aufmerksamkeit der Staatsforstverwaltung zugewendet gewesen. Neben der erfolgreichen Wirksamkeit einer Zahl von auf Grund und Boden der Staatsforstverwaltung eingerichteten Fischbrutanstalten, insbesondere bei den Forst-

akademien, hat das direkte Einsetzen von Fischbrut in die kleineren Gewässer innerhalb der Waldungen in Verbindung mit kleinen Teichanlagen sich sehr nützlich erwiesen. Erfolge in dieser Beziehung sind namentlich in den Regierungsbezirken Hildesheim, Kassel, Wiesbaden und Trier bezüglich der Forellenzucht erzielt worden. Die dortigen kleinen Gebirgswässer enthalten diesen Fisch jetzt fast durchweg in großer Menge.

Die Förderung der Obstbaumzucht ist durch Abgabe von Stämmen aus den forstfiskalischen Pflanzgärten gefördert worden, auch wird jährlich einer Zahl von Forstschutzbeamten Gelegenheit gegeben, an Obstbaufursen Theil zu nehmen. Obstbaum-Pflänzlinge werden ebenso wie Pflänzlinge der wilden Holzarten zu mäßigen, etwa die Selbstkosten deckenden Preisen an die Bevölkerung abgegeben, 1895/96 sind im Ganzen 364 215,22 Hundert Holzpflänzlinge in dieser Weise zur Abgabe gelangt.

Die Forstakademien erfreuen sich zur Zeit zwar nur einer mäßigen Frequenz als Folge der Ueberfüllung der forstlichen Laufbahn und der demgemäß nöthig gewordenen Einschränkung der Zulassung zu derselben. Dagegen ist für die forstlichen Lehrer mehr Muße zu wissenschaftlichen Arbeiten gewonnen und diese namentlich dem forstlichen Versuchswesen zugewendet worden.

Auch ist bei der Forstakademie zu Eberswalde ein kurzer Sommerkursus, verbunden mit forstlichen Ausflügen für Landwirthse, bereits in der Praxis stehender Forstleute u. s. w. versuchsweise in Aussicht genommen.

Forstakademien.

Während im Allgemeinen die Forstverwaltung das Bild einer günstigen Entwicklung zeigt, müssen schließlich doch zwei große Uebelstände berührt werden, mit denen sie gegenwärtig zu kämpfen hat.

Einer derselben liegt in der übergroßen Zahl der Bewerber für die Oberförsterstellen (Forstassessoren), daher rührend, daß der Zugang zu der Forstverwaltungslaufbahn bis 1888 unbeschränkt war. Wenn auch für eine ferne Zukunft durch die inzwischen eingetretene Begrenzung der Zahl der jährlich zuzulassenden Bewerber die Rückkehr zu normalen Zuständen angebahnt ist, so ergeben sich bis dahin doch höchst mißliche Verhältnisse, sowohl für die Verwaltung, als für die Bewerber selbst. Die Zahl der Forstassessoren ist auf 517 gestiegen. Hierunter befinden sich 467 Civilanwärter, der Rest kommt auf das reitende Feldjägerkorps. Wird angenommen, daß jährlich 27 Civil-Forstassessoren zur Anstellung gelangen, so vergehen voraussichtlich 17 Jahre, bis die jüngsten derselben eine Oberförsterstelle erhalten. Die Verwaltung wird demnach in künftigen Zeiten mit durchschnittlich älteren Beamten zu führen sein, deren Körperkräfte dem jetzigen Durchschnitt nachstehen, ganz abgesehen davon, daß ein nicht unberechtigter Mißmuth die Dienstfreudigkeit zu beeinträchtigen droht, zumal die äußeren Lebensverhältnisse der nach einer kostspieligen Vorbereitungslaufbahn etwa im 27. Lebensjahr zur Ablegung der Forstassessorenprüfung gelangten Bewerber sich mehrertheils ungünstig gestalten. Dem gegenüber kommen auf die Dauer von 10 bis 11 Jahren die Feldjäger-Forstassessoren unter den bisherigen Verhältnissen nach wie vor im Alter von 32 bis 34 Jahren zur Anstellung, da sie bestimmungsgemäß die je fünfte zur Erledigung gelangende Oberförsterstelle zu besetzen haben. Später wird dieses Verhältniß sich etwas zu Ungunsten der Feldjägerassessoren ändern, da den nach 1894 in das Korps getretenen Feldjägern statt der fünften, die je achte frei werdende Oberförsterstelle zufallen soll. Wegen einer schon die nähere Zukunft betreffenden Aenderung der Anstellungsverhältnisse des Korps schweben Verhandlungen mit dem Kriegsministerium. Uebersehen darf aber nicht werden, daß selbst eine gänzliche Beseitigung der Bevorzugung des Feldjägerkorps die Wartezeit der jüngsten Forstassessoren nur um 2 Jahre, also auf etwa 15 Jahre ver-

Forstassessoren.

ringern würde. Die Errichtung einer Zahl von neu zu begründenden Oberförsterstellen wird an dem bestehenden Verhältniß wenig ändern.

Forstschutzbeamte.

Ein zweiter großer Uebelstand besteht in der Ueberfüllung der Forstschutzbeamten-Laufbahn. In Folge des immermehr sich hinauschiebenden Alters der anzustellenden Personen wird einerseits für die Verwaltung der Uebelstand eines körperlich im Durchschnitt minder leistungsfähigen Försterstandes herbeigeführt, da in nicht ferner Zeit die zur Anstellung gelangenden Förster sämmtlich über 40 Jahre alt sein werden. Andererseits wird bei den Anwärtern eine Unzufriedenheit hervorgerufen, welche schon jetzt sehr bedenkliche Erscheinungen zur Folge gehabt hat. Die Schutzbeamtenlaufbahn ist mit der Organisation der Jäger-Bataillone eng verbunden. Seitens der Militärbehörde wird Gewicht darauf gelegt, jedem Jäger-Bataillon und dem Garde-Schützen-Bataillon jährlich eine bestimmte Zahl von Forstlehrlingen zuzuführen. Die Forstverwaltung hat Anlaß, diese Einrichtung aufrecht zu halten, da der Korpsgeist der Jäger-Bataillone und die militärische Gewöhnung der Anwärter, die bis zur Erlangung des Forstversorgungsscheines nach 9- bzw. 12-jähriger Dienstzeit theils bei den Jäger-Bataillonen, theils in der Reserve derselben sich dauernd unter militärischer Kontrolle befinden, für die Forstverwaltung sehr werthvoll ist. Würde diese Verbindung aufgegeben, so würde voraussichtlich der Verwaltung ein minder zuverlässiges Försterpersonal zur Verfügung stehen. Außerdem würden für die Ausbildung der Schutzbeamten kostspielige Veranstaltungen durch Errichtung von Försterschulen getroffen werden müssen, während gegenwärtig der forstliche Unterricht der Jäger nach erledigter Forstlehrzeit mit ganz unbedeutenden Kosten durch die bei den Jäger-Bataillonen zur Dienstleistung einberufenen Offiziere des reitenden Feldjäger-Korps und durch Civil-Forstassessoren erfolgt. In früherer Zeit war die Zahl der anzunehmenden Forst- und Jagdlehrlinge ganz unbeschränkt. Das Anwachsen der Zahl der Anwärter (jetzt 3651, worunter 1489 Forstversorgungsberichtigte) führte vor einigen Jahren dazu, die Zahl der aufzunehmenden Lehrlinge in ähnlicher Weise zu beschränken, wie dies bezüglich der Anwärter für den Forstverwaltungsdienst geschehen war. Die entstehende Verminderung ist aber noch zu gering, um Abhilfe zu gewähren, denn die Zahl der Anstellungen beträgt nur etwa die Hälfte von der Zahl der jährlich aufgenommenen Forst- und Jagdlehrlinge. Auch in Bezug auf diesen Gegenstand werden Verhandlungen mit den Militärbehörden geführt. —

Gemeinde- und Anstaltswaldungen; gemeinschaftliche Holzungen.

Gemeinden und öffentliche Anstalten (Stiftungen etc.) haben in Preußen einen Waldbesitz von insgesammt 1 108 636 ha; dazu kommen noch im Ganzen 222 364 ha gemeinschaftliche Holzungen, die ebenso, wie die Gemeindeforsten, unter Staatsaufsicht stehen. Von diesen letzteren sind 165 223 ha der staatlichen Beaufsichtigung nach dem Gesetze vom 14. März 1881 unterworfen. Während in den östlichen Provinzen die Waldungen hauptsächlich im Besitz der Städte sind, haben in den westlichen Provinzen den Hauptantheil am Waldbesitz die Landgemeinden. Im Osten handelt es sich meist um Hochwald und Nadelwald; im Westen herrschen Laubwald und Mittel- und Niederwaldwirtschaft vor. Die Staatsaufsicht über diese Waldungen wird mit schonender Rücksicht auf die wirthschaftlichen Interessen der Waldbesitzer gehandhabt. Bis zum trockenen Jahre 1892, in welchem in den Gebirgsgegenden des Westens große Futter- und Streumoth eintrat, sind wenig Beschwerden über die Staatsaufsicht vorgekommen. Die damalige Nothlage hat indeß eine Bewegung hervorgerufen, die auf Aufhebung oder Abschwächung der Staatsaufsicht abzielt. Im Hause der Abgeordneten wurde ein Antrag auf Aenderung der einschlagenden Gesetzgebung für die Rheinprovinz angenommen; vom Herrenhause aber abgelehnt. Wenn die überwiegende Mehrzahl der vorgebrachten Beschwerden auch

unbegründet, oder in hohem Maaße übertrieben war, so ist doch Anlaß genommen, den mit der Handhabung der Staatsaufsicht über die gemeinschaftlichen Holzungen betrauten Behörden und Beamten nochmals Vorsicht und schonende Rücksichtnahme auf die wirthschaftlichen Verhältnisse der Waldbesitzer zu empfehlen; vor Allem aber einzuschärfen, daß gegen den Wunsch der Betheiligten zu anderen Betriebsarten, längeren Untriebszeiten, kostspieligen Wegeanlagen u. nicht ohne zwingende Gründe übergegangen werden dürfe. Im Allgemeinen hat die Erfahrung gelehrt, daß in den Gemeindewaldungen und den gemeinschaftlichen Holzungen mit Zwangsmaßregeln wider den Willen der Waldbesitzer nur schwer wirthschaftlich richtige Maßnahmen durchzuführen, daß solche aber mit Zustimmung der Waldbesitzer namentlich dann zu erreichen sind, wenn dazu gleichzeitig Beihilfen aus Staatsmitteln gewährt werden können.

Eine der schwierigsten Aufgaben der Verwaltung ist die Festlegung der Meeresdünen, die im Ganzen einen Umfang von 40 000 ha haben. Bisher sind auf diesem Gebiete die allgemeine Bauverwaltung, die landwirthschaftliche und die Forstverwaltung thätig gewesen. Mit dem Etatsjahre 1896/97 ist eine Aenderung dahin eingetreten, daß das Dünenwesen der Nordseeküste, wo es sich nur um Festlegung handelt, eine Aufforstung aber nicht in Frage kommen kann, von der landwirthschaftlichen Verwaltung ganz an die allgemeine Bauverwaltung abgegeben worden ist. Die Binnendünen an der Ostseeküste, deren Aufforstung angestrebt werden muß, stehen zum Theil gleichfalls unter der Bauverwaltung, zum Theil von Alters her unter der Forstverwaltung. Da, wo dies nicht der Fall war, ist die landwirthschaftliche Verwaltung eingetreten und hat umfassende Deckungs- und Aufforstungsarbeiten ausgeführt. Im Ganzen sind aus Mitteln der landwirthschaftlichen Verwaltungen rund 2 000 ha gedeckt und 3 200 ha aufgeforstet worden. Hierfür, sowie zu den umfangreichen und kostspieligen Nachbesserungs- und Ergänzungsarbeiten, sowie für Ausfüllung von Dünenlücken sind über 2 Millionen Mark aus der Staatskasse aufgewendet worden. Die wichtigsten Unternehmungen der drei auf diesem Gebiete thätigen Verwaltungen entfallen auf die kirische und friische Meeresdünen und die Halbinsel Hela. Auf der kirischen Meeresdünen hängt zur Zeit der Fortbestand zweier Ortschaften Preil und Perwelf davon ab, daß die, dieselben bedrohenden Wanderdünen festgelegt werden, ähnlich wie dies bei den Ortschaften Nidden und Rossitten gelungen ist. Nach den hier gewonnenen Erfahrungen und nach den neuerdings gemachten Fortschritten in der Aufforstungsmethode darf angenommen werden, daß das schwierige Werk in absehbarer Zeit gelingen wird, wenn ausreichende Mittel dazu verwendet werden können.

Festlegung und
Aufforstung der
Binnendünen.

Nachweisung

der in den Jahren 1887 bis einschl. 1896 für Staatsrechnung zur Ausführung
gesetzlich genehmigten Eisenbahnen, und der auf die östlichen Provinzen ent-
fallenden Längen, nebst Baukosten.

Ffde. Nr.	G e f e h vom	Zum Bau genehmigte Eisen- bahnen		Davon entfallen auf					
		Länge km	Geld- betrag *) M	Ostpreußen		Westpreußen		Pommern	
				km	M	km	M	km	M
1	1. April 1887 . .	573,0	51 078 000	76,2	5 414 000	6,2	370 000	35,1	2 125 000
2	11. Mai 1888 . .	600,1	79 542 000	125,2	13 626 000	41,4	4 489 000	—	—
3	8. April 1889 . .	392,2	36 708 000	20,3	1 426 000	41,4	3 051 000	—	—
4	10. Mai 1890 . .	903,8	117 396 000	29,3	3 070 000	—	—	54,8	4 619 000
5	20. Juni 1891 . .	247,9	36 008 000	—	—	56,6	12 347 000	—	—
6	6. Juni 1892 . .	184,5	26 289 000	—	—	—	—	74,3	9 740 000
7	3. Juli 1893 . .	249,6	31 487 000	64,5	6 710 000	31,2	4 189 000	11,4	1 531 000
8	29. April 1894 . .	354,8	35 674 000	120,3	11 043 000	—	—	—	—
9	8. April 1895 . .	427,5	45 263 000	47,9	3 740 000	94,0	7 030 000	—	—
10	3. Juni 1896 . .	665,1	57 503 000	60,1	4 534 000	141,8	10 680 000	81,3	6 809 000
Summa . .		4598,5	516 948 000	543,8	49 563 000	412,6	42 156 000	256,9	24 824 000
Am 30. Juni 1896 waren		eröffnet . .		251,0	23 536 000	145,6	20 257 000	89,9	6 744 000
		im Bau . .		292,8	26 027 000	267,0	21 899 000	167,0	18 080 000

*) Einschließlich der Nachbewilligungen.

die Provinzen						Destliche Provinzen zusammen		Am 30. Juni 1896 waren in den östlichen Provinzen			
Posen		Schlesien		Brandenburg		km	M	bereits eröffnet		noch im Bau	
km	M	km	M	km	M			km	M	km	M
22,8	1 527 000	117,4	7 372 000	82,0	4 943 000	339,7	21 751 000	339,7	21 751 000	—	—
16,8	1 144 000	70,3	5 088 000	—	—	253,7	24 347 000	253,7	24 347 000	—	—
75,0	5 229 000	8,2	1 600 000	58,0	3 480 000	202,9	14 786 000	202,9	14 786 000	—	—
76,4	6 960 000	143,6	12 505 000	103,8	8 131 000	407,9	35 285 000	244,5	21 425 000	163,4	13 860 000
74,7	6 034 000	10,7	920 000	39,6	3 146 000	181,6	22 447 000	125,7	17 407 000	55,9	5 040 000
—	—	—	—	—	—	74,3	9 740 000	—	—	74,3	9 740 000
—	—	13,9	1 200 000	—	—	121,0	13 630 000	—	—	121,0	13 630 000
—	—	24,6	3 080 000	88,8	5 828 000	233,7	19 951 000	—	—	233,7	19 951 000
—	—	37,0	3 853 000	—	—	178,9	14 623 000	—	—	178,9	14 623 000
—	—	48,0	2 828 000	72,4	4 534 000	403,6	29 385 000	—	—	403,6	29 385 000
265,7	20 894 000	473,7	38 446 000	444,6	30 062 000	2397,3	205 945 000	1166,5	99 716 000	1230,8	106 229 000
160,0	11 140 000	319,0	24 585 000	201,0	13 454 000	1166,5	99 716 000				
105,7	9 754 000	154,7	13 861 000	243,6	16 608 000	1230,8	106 229 000				



206\$07657994